



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayerischer Landkreistag in Wunsiedel:

## Plädoyer für energiegeladene Landkreise

Schwerpunkt der diesjährigen Landkreisversammlung des Bayerischen Landkreistags in Wunsiedel i. Fichtelgebirge war die Energie- und Verkehrswende. Zudem beherrschten kommunale Dauerthemen wie Kommunalfinanzen, Sozialausgaben, Aufgabenkritik und die Lage der Krankenhäuser die zweitägige Konferenz.

„Wir wollen gemeinsam mit den Gemeinden bei der Energieversorgung vorankommen. Der notwendige Ausbau der Erneuerbaren ist nur gemeinsam zu schaffen. Zusammen wollen wir vor Ort für Akzeptanz, Wertschöpfung und Versorgungssicherheit sorgen“, unterstrich der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin (Fürstenfeldbruck).

### Nur im Einvernehmen mit den Gemeinden

Um eine kommunal getragene und akzeptanzorientierte Energie- und Verkehrswende zu stärken, müsse den bayerischen Landkreisen die Energieerzeugung und -vermarktung im Einvernehmen

und den Zusammenschluss überörtlicher und damit wettbewerbsfähiger kommunaler Energieunternehmen freiwillig gestalten, würden die gesellschaftliche Akzeptanz, der Erhalt des Wirtschaftsstandorts und das strukturelle Gelingen der Energie- und Verkehrswende in ihrer Gesamtheit in den Mittelpunkt gestellt.

### Keine unnötigen bürokratischen Hürden

Im Gegenzug sollten keine unnötigen bürokratischen Hürden aufgebaut werden. Die Grundlagen für eine umfassende energiewirtschaftliche Betätigung der Landkreise seien nun mit der Änderung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes gelegt wor-

den und müssten nun auch gelebt werden.

Die bayerischen Landkreise fordern einen technologieoffenen und mengenbezogenen Aus- und Umbau der regenerativen Energien. Statt scharfer Flächenvorgaben, Überbetonung einzelner Erzeugungsarten und einem ungesteuerten Ausbau müssten die Maßnahmen vor Ort an den unterschiedlichen regionalen Stärken und Bedürfnissen orientiert werden dürfen.

### Wichtige Grundlastfähigkeit

Die Nutzung grundlastfähiger regenerativer Energien, wie der Wasserkraft, von Biomasse oder der Geothermie, dürfe in einem Gesamtkonzept keine nur nachgeordnete Rolle spielen. Die Definition ableitbarer regionaler Zielmarken sei dabei nicht nur Voraussetzung für einen kommunal gesteuerten Ausbau regenerativer Energien, sondern auch Grundlage einer bedarfsgerechten und vorausschauenden Netzinfrastrukturplanung. Gesetzesänderungen zugunsten von Privilegierungstatbeständen, wie zuletzt im Bereich der Photovoltaik, wirkten dem notwendigen gesteuerten Umbau des Energiesystems hingegen diametral entgegen.

Statt Nord-Süd-Debatten über Strompreissenzen zu führen, verlangen die bayerischen Landkreise eine gerechte Verteilung der Lasten und Nutzen des Umbaus des Energiesystems. Beispielsweise müsse der Ausbau der Photovoltaik gleichermaßen in Stadt und Land erfolgen, vor allem seien bereits ver-

(Fortsetzung auf Seite 4)



V.l.: Landrat Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags und Ministerpräsident Dr. Markus Söder.

men mit ihren Gemeinden umfassend möglich sein. Ihre direkt und überörtlich gewählten Repräsentanten stünden für den gesellschaftlichen Willen vor Ort, gäben der Energie- und Verkehrswende ein Gesicht und schafften in besonderer Weise die notwendige Identität. Dort, wo sie die Errich-

### Krankenhausreform:

## Lauterbachs verpasste Chancen

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Bund und Ländern zu der von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) vorgelegten Krankenhausreform sind auch bei einem Treffen mit den Ministerinnen und Ministern der Länder nicht ausgeräumt worden. „Wir brauchen eine praxistaugliche Reform. Diese haben wir bisher nicht“, stellte die Vorsitzende der Gesundheitsministerkonferenz der Länder, Schleswig-Holsteins Ressortchefin Kerstin von der Decken klar. Das Bundeskabinett hatte den Entwurf des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) knapp zwei Wochen zuvor beschlossen, obwohl das Bundesjustizministerium seine rechtliche Prüfung noch nicht endgültig abgeschlossen hatte.

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach hatte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach im Vorfeld aufgefordert, bei dem Bund-Länder-Gespräch über die Krankenhausreform die Bereitschaft zu deutlichen Nachbesserungen an seinem Gesetzentwurf zu zeigen: „Deutschland braucht dringend eine sinnvolle Krankenhausreform. Deshalb sollte Lauterbach seine starre Haltung aufgeben und im nun anstehenden par-

lamentarischen Verfahren die wichtigen Vorschläge der Länder unterstützen!“

### Entwurf mit gravierenden inhaltlichen Schwächen

Aus Gerlachs Sicht hat der bisherige Gesetzentwurf gravierende inhaltliche Schwächen. Leider sei Lauterbach aber nicht auf die vielen konstruktiven Vorschläge der Länder eingegangen. „Wir Länder werden im Rahmen des



### Scholz, Söder, Herrmann, Faeser und Glauber danken Einsatzkräften

Es regnet und regnet im Freistaat; längst sind zahlreiche Gewässer über die Ufer getreten und in vielen Kommunen herrscht Katastrophalarm. Dämme bersten, Einwohner sind eingeschlossen und können sich selbst nicht mehr befreien und leider verlor auch ein Feuerwehrmann sein Leben. Tausende Hilfskräfte – beruflich ebenso wie ehrenamtlich – sind rund um die Uhr im Einsatz. Bundeskanzler Olaf Scholz, Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Bundesinnenministerin Nancy Faeser, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und Umweltminister Thorsten Glauber besuchten am Montag markante Krisengebiete. „Alle notwendigen Vorbereitungen werden getroffen“, betonten Söder und Herrmann. Ihr großer Dank gilt allen Einsatzkräften von Feuerwehr, THW und Hilfsorganisationen, die die Bürgerinnen und Bürger vor dem Hochwasser schützen. Bild: Polizeipräsidium Oberbayern Nord

### DStGB-Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft:

## Gmehlings Notsignale

Die zunehmende Schieflage der Kommunalfinanzen sowie die kommunale Wärmeplanung standen im Zentrum der jüngsten Sitzung des DStGB-Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft in Wismar. „Die Handlungs- und Investitionsfähigkeit der Kommunen ist akut gefährdet“, betonte Oberbürgermeister Dr. Bernhard Gmehling (Neuburg an der Donau) als Vorsitzender des Gremiums.

Gmehling zufolge schlossen die Kommunen das vergangene Haushaltsjahr mit einem Finanzierungsfizit in Höhe von minus 6,2 Mrd. Euro ab. Während die Ausgaben infolge von Inflation, Tarifabschluss sowie steigenden Kosten für soziale Leistungen weiter dynamisch anwachsen, sei bei den Steuereinnahmen nur mit einem leichten

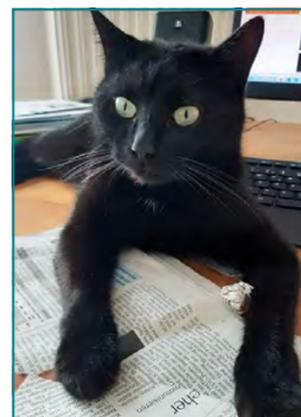
Wachstum zu rechnen. Folge sei eine dauerhafte strukturelle Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden, die die Handlungs- und Investitionsfähigkeit massiv einschränkt.

### Kommunen brauchen Handlungsfähigkeit

„Diese Entwicklung ist fatal. Die Kommunen als Fundament unserer Demokratie und Politikvermittlung vor Ort müssen handlungsfähig bleiben. Bund und Länder stehen in der Verantwortung, ihren Beitrag für eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Städte und Gemeinden zu leisten“, unterstrich der Ausschussvorsitzende. Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands stehe auf dem Spiel, wenn die Kommunen finanziell nicht in die Lage versetzt werden, in ihre Infrastruktur zu investieren. „Das heißt, der massive be-

stehende Investitionsrückstand, insbesondere bei Schulen und der Verkehrsinfrastruktur, muss reduziert, sowie dringend notwendige Zukunftsinvestitionen, unter anderem in den Bereichen Energie und Klima sowie Digitalisierung, getätigt werden.“

Mit Blick auf die kommunale Wärmeplanung, die maßgebliche Grundlage für die Steuerung (Fortsetzung auf Seite 4)



Der Rathauskater räsoniert über den 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes und bemängelt mangelnde Qualität und Phantasie, die man in die Würdigung der freiheitlichsten, beständigsten und wehrhaftesten Verfassung investierte, die unser Staat je hatte. Seite 13

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

## Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Notarzteinsätze: Rasanter Anstieg seit zwei Jahren . . . . .	2
FW-Landesversammlung in Bamberg . . . . .	2
Sudetendeutscher Tag und Heimattag der Siebenbürger Sachsen .	3
GZ-Kolumne Carmen Pepiuk: Wärmeplanung setzt Kommunen unter Druck . . . . .	3
Herrmann: Strategien gegen Extremismus und Terrorismus . . . .	3
Scharf: Das Bürgergeld verfehlt sein Ziel. . . . .	3
Reale Kaufkraftverluste wegen hoher Inflation . . . . .	4
Kommunale Finanzthemen . . . . .	5-8
Kommunale Energiethemen . . . . .	9-11
Aus den bayerischen Kommunen. . . . .	11-14

## Rasanter Anstieg seit zwei Jahren

2022 wurde der Notarzt im Bayern fast 403.000 Mal zu Kassenpatienten gerufen

Sie kommen, hat sich eine Katastrophe ereignet. Ein Zugunglück. Eine Massenkarambolage. Sie kommen bei ausgeprägter Atemnot. Bei Herzstillstand. Und starken Schmerzen. Notärzte sind ein elementarer Teil des Gesundheitswesens. Allein im bodengebundenen Notarztdienst, also ohne Rettungshubschrauber, kam es bei Kassenpatienten letztes Jahr bayernweit zu fast 385.000 Notarzteinsätzen. 2022 lag die Zahl sogar noch deutlich darüber.

Fast 403.000 Mal wurde der bodengebundene Notarzt 2022 zu Kassenpatienten gerufen. Damit waren Notärzte, landauf, landab, vor zwei Jahren jeden Tag mehr als 1.100 Mal im Freistaat im Einsatz. Die Einsatzzahl bedeutet einen erstaunlichen Ausreißer. Im Vergleich zum Vorkrisenjahr stieg sie um mehr als sieben Prozent: 2019 wurden erst knapp 376.000 Einsätze registriert. Zu Beginn der Coronakrise, 2020, kam es nachvollziehbarer Weise zu einem Einbruch. 358.000 Mal fuhr der Notarzt vor vier Jahren mit Tütata los. Die Menschen waren nicht mehr viel unterwegs. Darum sanken zum Beispiel die Unfallzahlen deutlich.

### Jährlicher Zuwachs

Die Frage, warum es 2022 mit einem Mal zu einem großen Sprung kam, bleibt rätselhaft. „Ich habe dafür keine Erklärung“, sagt etwa Günther Griesche, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Zweckverbände für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung in Bayern (Arge ZRF Bayern). Günther Griesche selbst leitet den Zweckverband für die Region Ingolstadt. Auch hier gab es 2022 einen Ausreißer. 67.300 Rettungseinsätze sind für dieses Jahr registriert. 2023 sanken die Zahlen wieder auf 65.600 Einsätze. Das sind immer noch rund 1.000 mehr als 2019. Im Vergleich zum letzten Jahr vor Ausbruch der Corona-Krise wuchs die Einsatzzahl 2022 in Ingolstadt um 4,5 Prozent.

Beim Bayerischen Roten Kreuz war die Gesamteinsatzzahl 2022 ebenfalls deutlich höher als in den Jahren davor und danach. Mit über 1.300 Einsatzfahrzeugen und mehr als 6.200 angestellten Einsatzkräften wurden 2022 mehr als zwei Millionen Rettungsdiensteinsätze absolviert. Der Sprung von 2019 auf 2022 lag, ähnlich wie bei den Zahlen der Kassenärztlichen Vereinigung in Bayern, bei rund sieben Prozent.

Grundsätzlich ist eine Steigerung der Einsatzzahlen von Jahr zu Jahr zu beobachten. 2014 zum Beispiel leisteten die Rettungsdienstler des BRK nur gut 1,7 Millionen Einsätze ab. Der

Zuwachs zum Folgejahr 2015 betrug damals schon 6,55 Prozent. Zu berücksichtigen sind bei der Analyse der Zahlen allerdings die zahlreichen Fehl- und nicht verrechnungsfähigen Einsätze. Rechnet man die heraus, liegt die Einsatzzahl des Bayerischen Roten Kreuzes für das Jahr 2022 bei knapp 1,35 Millionen. Im Jahr 2019 waren gut 1,33 Millionen Einsätze notwendig und wurden verrechnet. Werden die Fehleinsätze und nicht verrechnungsfähigen Einsätze berücksichtigt, beträgt der Zuwachs im gesamten Rettungsdienst des BRK in Bayern zwischen 2019 und 2022 nur noch ein Prozent.

### Nicht nur Bagatellen

Doch so einfach ist die Welt nicht. Denn es fragt sich, was hinter der Formel „nicht verrechnungsfähige Einsätze“ steckt. Darüber klärt BRK-Pressesprecher Sohrab Taheri-Sohi auf. Verrechnet werden können Rettungsdiensteinsätze nach seinen Worten nur dann, wenn ein Patient transportiert wurde. Was im Übrigen nicht bedeutet, dass der Rettungsdienst in solchen Fällen leer ausginge: „Wir sind vorhaltefinanziert, das heißt, wir erhalten eine pauschale Vergütung für unseren Sicherstellungsauftrag.“

### FW-Landesversammlung in Bamberg:

## Pro Europa der Bürger und Regionen

„Die EU muss sich auf Kernthemen wie die Migrations- und Sicherheitspolitik oder die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, die immer mehr verloren geht, konzentrieren. Für die Politik vor Ort braucht es aber individuelle Lösungen“, machte der Landes- und Bundesvorsitzende der Freien Wähler Bayern, Hubert Aiwanger, bei der FW-Landesversammlung in Bamberg deutlich. Im Vorfeld der Europawahl plädierte Aiwanger für „ein Europa der Bürger und Regionen, nicht der Bürokraten und Zentralisten“.

Aiwanger zufolge geht es darum, sich um die Bedürfnisse der Menschen zu kümmern, statt ideologische Klientelpolitik zu betreiben. „Europa ist gut, wenn es vernünftig gesteuert wird. Berlin und Brüssel müssen aufwachen und handeln, wir befinden uns bereits in der Deindustrialisierung – ganze Industriezweige drohen abzuwandern.“

### Ideologisches Verbrenner-Aus

Als „größten industriepolitischen Fehler der vergangenen Jahre unter EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen“ bezeichnete der Parteichef „das ideologische Verbrenner-Aus im Jahr 2035“. Dieses müsse sofort gestoppt werden. Die „Evaluation“ habe jetzt und nicht erst 2026 zu erfolgen. Betriebe und Kunden benötigten Planungssicherheit.

Prekär ist aus Sicht der Freien Wähler auch die Situation in der Gesundheitsversorgung. Bundesweit seien derzeit 70 Prozent der Kliniken ernsthaft besorgt um ihre Existenz und auch im Freistaat sei die Lage dramatisch. Insolvenzbedingte Schließungen seien die Folge der verfehlten Bundespolitik.

### Verfehlte Krankenhauspolitik

Wie Generalsekretärin Susann Enders ausführte, „ist es offensichtlich, dass die Krankenhausreform des Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach zu spät kommt. Bis zur Umsetzung werden viele Krankenhäuser bankrott sein. Der Bundes-

ell kontinuierlichen Anstieg der Anzahl der Notfallereignisse von Jahr zu Jahr. „Anzunehmende Gründe hierfür sind unter anderem Veränderungen bei der ambulanten Versorgung, der demographische Wandel und die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes bei minderschweren Erkrankungen- und Verletzungsbildern“, heißt es.

### Kein Problem?

Nach den Recherchen unserer Zeitung wird der plötzliche Anstieg der Notfallereignisse 2022 nirgends in der „Szene“ problematisiert. Obwohl es ja um Tausende von Menschen geht, die sozusagen „zusätzlich“ zum Notfallereignis wurden. Eine Analyse wäre von daher interessant. Grund dafür, dass sie ausbleibt, mag sein, dass Rettungsdienstler genug andere Sorgen haben.

„Wie in allen medizinischen Bereichen ist auch der Rettungsdienst von sehr knappen personellen Ressourcen geprägt“, sagt Claire Banzer von der Pressestelle des BRK. Notärzte sind darum im Dauerstress. Und müssten dringend entlastet werden. Das Bayerische Rote Kreuz schlägt eine stärkere Einbindung von Notfallsanitätern in der Versorgung von Notfallpatienten vor. Sie seien so gut ausgebildet, dass sie vor Ort eigenverantwortlich zahlreiche lebensrettende Maßnahmen durchführen könnten. Die weitere ärztliche Versorgung könnte dann zum Beispiel durch einen Telenotarzt übernommen werden.

Dass es zu wenige Notärzte ergibt, liegt laut Gökhan Katipoglu, Leiter des Bereichs „Notdienste“ bei der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) nicht zuletzt an schwieriger ge-

wordenen Rahmenbedingungen. „Die fachlichen Zugangsvoraussetzungen wurden erhöht“, erklärt er. Kurze Arbeitsverträge an Kliniken ließen die Bereitschaft sinken, sich zum Notfallmediziner weiterzubilden: „Und niedergelassene Ärzte müssen sich zwischen der Versorgung ihrer Patienten in der Praxis und dem Notarzdienst entscheiden.“ Hinzu komme, dass für die Notfallversorgung relevante Klinikstationen geschlossen wurden.

### Nicht immer besetzt

„Unterm Strich stagniert die Zahl der am Notarzdienst teilnehmenden Ärztinnen und Ärzte bei zirka 3.700, während gleichzeitig die Anzahl der vom einzelnen Arzt übernommenen Dienste sinkt“, so Gökhan Katipoglu. Aus diesem Grund sind die Notarztstandorte in der Regel nicht zu 100 Prozent besetzt. Im vergangenen Jahr gab es bayernweit eine Besetzungsquote von 93,1 Prozent.

Negativer Spitzenreiter war der Notarztstandort Bad Königshofen mit einer Besetzungsquote von lediglich rund 44 Prozent im Jahr 2023: „Im bisherigen Verlauf des Jahres 2024 sehen wir aber wieder eine Verbesse-

### Deutscher Landkreistag:

## Mehr Handhabe für die Jobcenter

In seinem Positionspapier „Mehr Handhabe für die Jobcenter – Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration“ hat der Deutsche Landkreistag Forderungen zur Weiterentwicklung des Bürgergeldes veröffentlicht. Damit soll die Balance zwischen existenzsichernder Hilfeleistung und berechtigten Interessen der Steuerzahler verbessert werden.

Um die Integration in den Arbeitsmarkt seitens der Jobcenter konsequent befördern zu können, bedarf es nach Überzeugung des Deutschen Landkreistags nach wie vor einer starken Komponente des „Förderns“, „nicht hingegen der Freistellung größerer Vermögen und jederweder Wohnungen und Häuser während der ersten ein- bis zwei Jahre des Leistungsbezugs“. Dies gelte auch die gesellschaftliche Akzeptanz bei denjenigen, die die SGB II-Leistungen mit ihren Steuermitteln finanzieren.

### Betreuungsintensität erhöhen

Vor diesem Hintergrund schlägt der Kommunalverband in puncto Bürgergeld vor, die Jobcenter durch ausreichende Verwaltungs- und Eingliederungsmittel in die Lage zu versetzen, die Betreuungsdichte zu erhöhen. Auch sollten die Mitwirkungspflichten bei der Integration in Arbeit intensiviert werden. Die Regelung zur Vollsanktionierung müsse im Hinblick auf Tatbestand und Rechtsfolgen geschärft werden, damit ihr ein sinnvoller Anwendungsbereich zukommt und den Jobcentern ein notwendiges Instrument bei Totalverweigerung an die Hand gegeben wird. „Wer ohne wichtigen Grund nicht zur Annahme zumutbarer und existenzsichernder Arbeit bereit ist, sollte keinen Leistungsanspruch haben“, heißt es in dem Papier. Auch sollte das Nichterscheinen zur ersten Gesprächseinladung ohne wichtigen Grund mit einer Leistungsminderung belegt werden können.

Gestrichen werden sollte nach Auffassung des Landkreistags dagegen die Vorgabe eines zusätzlichen Schlichtungsverfahrens im Falle von Meinungsverschiedenheiten bei der Erstellung oder Fortschreibung eines Kooperationsplans. Gleiches gelte für die „Karenzzeit Wohnen: Im ersten Jahr des Leistungsbezugs auf eine „Prüfung der Angemessenheit der Miete“ zu verzichten, führe zu Fehlanreizen. Darüber hinaus seien negati-

ve Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt zu befürchten, da die Mieten erfahrungsgemäß schnell nachziehen. Dies laufe dem Ziel der Schaffung bezahlbaren Wohnraums zuwider. Bei Streichung der Karenzzeit bleibe es immer noch bei einem Zeitraum von sechs Monaten, in dem die Miete geschont wird. Grundsätzlich sollte das Wohnen „in erheblich überdurchschnittlich teuren Wohnungen“ gesetzlich ausgeschlossen werden.

„Karenzzeit Vermögen“ Ebenfalls zu streichen ist laut Deutschem Landkreistag die „Karenzzeit Vermögen“. Die derzeitige Regelung – im ersten Jahr Schutz aller nicht erheblichen Vermögen bis zu 40.000 Euro pro Person – lasse sich mit Sinn und Zweck einer steuerfinanzierten Sicherung des Existenzminimums nicht vereinbaren. Reduziert werden sollte der Grundfreibetrag für Vermögen in Höhe von 15.000 Euro pro Person. Über die genaue Höhe wäre zu diskutieren. Eingeführt werden sei eine Gesamtvermögensfreigrenze je Bedarfsgemeinschaft, so dass die Freibeträge der gesamten Bedarfsgemeinschaft genutzt werden können, wenn das Vermögen der Einzelpersonen die Freigrenze übersteigt. „Damit entfernt sich das Bürgergeld immer weiter vom Grundsatz des Nachrangs der Existenzsicherung“, so der Landkreistag.

Problematisch für Rettungsdienstler ist laut Günther Griesche, Vorsitzender der Arge ZRF Bayern, auch, dass Rettungsdienstfahrzeuge relativ häufig kaputt sind. „Das liegt daran, dass in den letzten Jahren die Lebensdauer und die Kilometerleistung in die Höhe gesetzt wurden“, erklärt er. Ein gewaltiges Problem stellen darüber hinaus Krankenhausschließungen dar: „Deswegen kann man den Patienten manchmal nirgendwo hinbringen.“ Um mehr Notärzte zu gewinnen, plädiert Günther Griesche für eine bessere Honorierung: „Der Bereitschaftsdienst der KVB wird besser bezahlt.“ Letztlich müsste das Gesundheitswesen als Ganzes reformiert werden. **Pat Christ**

### Karenzzeit Vermögen

Reduziert werden sollte der Grundfreibetrag für Vermögen in Höhe von 15.000 Euro pro Person. Über die genaue Höhe wäre zu diskutieren. Eingeführt werden sei eine Gesamtvermögensfreigrenze je Bedarfsgemeinschaft, so dass die Freibeträge der gesamten Bedarfsgemeinschaft genutzt werden können, wenn das Vermögen der Einzelpersonen die Freigrenze übersteigt. „Damit entfernt sich das Bürgergeld immer weiter vom Grundsatz des Nachrangs der Existenzsicherung“, so der Landkreistag.

„Gesamtverantwortung der Jobcenter erhalten“ Die zum 1. Januar 2025 anstehende Zuständigkeitsverlagerung für die berufliche Weiterbildung von Bürgergeld-Beziehern von den Jobcentern zu den Agenturen für Arbeit dürfe den Integrationsprozess nicht beeinträchtigen, wird abschließend gefordert. Um Brüche für die Bürgergeld-Bezieher zu vermeiden, müsse die Gesamtverantwortung der Jobcenter so weit wie möglich erhalten bleiben. **DK**

### Gesamtverantwortung der Jobcenter erhalten

### Wir gratulieren

#### ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Beimler  
Markt Waldthurn  
am 19.06.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gerhard Weber  
Gemeinde Auerbach  
am 10.06.

Bürgermeister Mirco Ketz  
Markt Pöttmes  
am 14.06.

#### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Bader  
Gemeinde Rottenbuch  
am 14.06.

#### ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Daniel Graßl  
Markt Teisnach  
am 10.06.

### Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Sudetendeutscher Tag und Heimattag der Siebenbürger Sachsen:

## Zukunft braucht Herkunft

Unter dem Motto „Schicksalsgemeinschaft Europa“ fand am Pfingstwochenende in der Donau-Arena Regensburg das traditionelle Treffen der Sudetendeutschen statt. Zeitgleich führten die Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl ihren Heimattag durch. Das Motto: „75 Jahre Gemeinschaft – Mach mit!“

Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, ging in seiner Rede auf das jahrhundertelange Zusammenleben von Deutschen und Tschechen in Europa ein. Bereits in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie habe der Grundsatz „Alle Volksstämme sind gleichberechtigt“ gegolten.

Mit Richard Graf Coudenhove-Kalergi aus Ronsperg in Böhmen sei es ein Sudetendeutscher gewesen, der 1922 die Paneuropa-Bewegung begründete. Zu Recht könne die europäische Einigung daher als eine sudetendeutsche Erfindung bezeichnet werden.

### Europäischer Karls-Preis für Jean-Claude Juncker

Die Verleihung des Europäischen Karls-Preises der Landsmannschaft an den früheren luxemburgischen Ministerpräsidenten und EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker nutzte Posselt, um scharfe Kritik „an jenen nationalen Politikern zu üben, die Junckers europäisches Aufbauwerk wieder in Frage stellen“. Die Europawahl am 9. Juni müsse beweisen, „dass es nicht auseinanderdriftende tschechische und deutsche Nationalinteressen gibt, sondern eine Gemeinsamkeit im Herzen Europas, auf die vor allem die Sudetendeutschen besonderen Wert legen. Je besser das deutsch-tschechische Verhältnis ist, desto besser für unsere völkerverbindende Volksgruppe.“

Ministerpräsident Dr. Markus Söder würdigte in seiner Festrede die Leistungen und den Versöhnungswillen der Sudetendeutschen. Die Völkerverständigung zwischen Deutschen und Tschechen sei auch ein Verdienst der damaligen Vertriebenen. „Unsere sudetendeutschen Landsleute sind unser vierter

bayerischer Stamm. Sie haben mit Mut und Kraft unsere gemeinsame Heimat wieder aufgebaut und Bayern so stark ge-



V.l.: Jean-Claude Juncker und Bernd Posselt.

macht, wie es heute ist. Zugleich haben sie die Türen geöffnet für die Freundschaft mit unseren tschechischen Nachbarn.“

Damit so Söder, seien die Sudetendeutschen „Vorbilder und Wegbereiter für die europäische Idee von Frieden, Freiheit und Wohlstand, denn es ist die Liebe zur Heimat, die immer Kraft gibt, sich für andere einzubringen. Daher gilt gerade jetzt in diesen bewegten Zeiten Dank und Anerkennung für solche Botschafter des Friedens und der Versöhnung, wie es unsere sudetendeutschen Landsleute sind.“

### 75-jähriges Verbandsjubiläum

Zum 75-jährigen Bestehen des Verbandes der Siebenbürger Sachsen hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann der Vertriebenenorganisation für ihre Arbeit gedankt. „Ich gratuliere Ihnen von Herzen zu diesem großartigen Jubiläum. Seit 75 Jahren halten Sie das siebenbürgisch-sächsische Bewusstsein wach, geben es an die nächste

Generation weiter und bringen es einer breiten Öffentlichkeit nahe.“

Herrmann würdigte zudem den großen Beitrag der Vertriebenen und Aussiedler in ihrer neuen bayerischen Heimat: „Zusammenhalt, gegenseitige Hilfe, Fleiß und Leistungswille sind bei Ihnen lebendige Werte. Der Wille mitzugestalten und anzupacken sowie das vielfältige ehrenamtliche Engagement machen die Siebenbürger Sachsen zu einem großen Gewinn für unsere Gesellschaft. Wir in Bayern können uns wirklich glücklich schätzen, dass Sie bei uns Ihre Heimat gefunden haben“, hob der Minister hervor.

### Bereicherung für den Freistaat Bayern

Bayern hat nach Herrmanns Worten bei der Entwicklung zu einem modernen Industriestaat besonders von der Leistung der Aussiedler profitiert. „Als gut ausgebildete Handwerker, Industriearbeiter, Lehrer und Wissenschaftler haben die Siebenbürger Sachsen mit ihrer zupackenden Art viel zur Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Bayern beigetragen. Seit Jahrzehnten gestalten sie unser Land mit und bereichern es auch mit ihrer Kultur. Die alte Heimat tragen Sie nach wie vor fest im Herzen.“ Hiervon zeugten eine Vielzahl von Trachtengruppen, Chören, Blaskapellen und Theatergruppen.

Die Siebenbürger Sachsen seien echte Brückenbauer zwischen ihrer alten Heimat in Rumänien und ihrer neuen in Bayern: „Sie leben uns hier in Bayern auf vorbildliche Weise vor, wie die Bewahrung von lebendiger Kultur und Tradition funktioniert. Und genau damit prägen Sie auch unsere Zukunft – denn Zukunft braucht Herkunft!“, unterstrich der Innenminister und bekräftigte abschließend auch das klare Bekenntnis des Freistaats zu den Vertriebenen und ihrem Schicksal: „Sie haben die volle Wertschätzung des Freistaats Bayern und unsere Unterstützung.“ DK



Bayerns Innenminister Joachim Herrmann begrüßt das in Abu Dhabi unterzeichnete Memorandum of Understanding zwischen der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) und dem Manara Regional Center for Coexistence. „Ziel der Absichtserklärung ist, gemeinsam an Initiativen für einen intensiveren interreligiösen und interkulturellen Dialog zu arbeiten. Im Mittelpunkt stehen mehr Verständnis und Toleranz füreinander für ein friedlicheres Zusammenleben“, so Herrmann. Unser Bild zeigt (v.l.): Houssam Maarouf, Vizepräsident der Deutsch-Arabischen Freundschaftsgesellschaft, Prof. Dr. Mathias Rohe, Direktor des Zentrums für Islam und Recht in Europa an der FAU, Bakhita Al Roumeithi, Direktorin des Manara Regional Center for Coexistence, Innenminister Joachim Herrmann, Dr. Otto Wiesheu, Präsident der Deutsch-Arabischen Freundschaftsgesellschaft. Bild SEMI

Joachim Herrmann in Abu Dhabi:

## Austausch und Strategien gegen Extremismus und Terrorismus

Im Mittelpunkt eines dreitägigen Informationsbesuchs von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) standen angesichts der weltweiten Sicherheitslage aktuelle Fragen der Inneren Sicherheit, insbesondere zum Kampf gegen Extremismus und Terrorismus.

Nach Gesprächen mit dem stellvertretenden Premierminister und Innenminister der VAE, dem Vorsitzenden des Ausschusses für Verteidigung, Innere und Auswärtige Angelegenheiten im Parlament der VAE sowie mit dem Präsidenten des

Auslandsgeheimdienstes in Abu Dhabi sagte Herrmann: „Wir haben uns intensiv über die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten ausgetauscht, die unmittelbar Auswirkungen auf die Sicherheits-

lage in Europa und Deutschland haben.“

### Weltweite Gefahren durch Islamismus

Einigkeit bestand in der Einschätzung, dass die von Islamisten ausgehenden Gefahren weltweit zugenommen haben. „Umso wichtiger ist ein intensiver und regelmäßiger Austausch mit den VAE“, erklärte Herrmann. „Des-

**KOLUMNE**  
Carmen Pepiuk

*Liebe Leserinnen und Leser,*

die Kommunen stehen vor einer Vielzahl an Herausforderungen, die sich stetig erweitern. Die Aufgaben reichen vom Bau und Betrieb von Kindergärten über die Unterbringung von Flüchtlingen bis hin zur Erstellung kommunaler Wärmepläne und der Organisation von Kommunalwahlen. Die Personalressourcen in den Verwaltungen wachsen jedoch nicht im gleichen Maße wie die Anforderungen, was zu einer erheblichen Überlastung führt.

Insbesondere der Bau und Betrieb von Kindergärten ist eine dringliche Aufgabe, um den Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder zu decken. Dies ist entscheidend für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für die frühkindliche Bildung.

Partizipation sicherzustellen. Jetzt kommt noch die Verpflichtung zur Erstellung kommunaler Wärmepläne hinzu. Diese Pläne sind wohl notwendig, um die Energiewende voranzutreiben und den Klimaschutz auf lokaler Ebene zu stärken. Sie erfordern jedoch detaillierte Analysen und umfangreiche Planungsarbeiten. Die kommunale Wärmeplanung liegt noch längst nicht überall auf dem Tisch und stellt vor allem mittlere und kleinere Gemeinden vor eine große Aufgabe. Viele Kommunen werden die Aufgabe mit eigenem Personal nicht stemmen können und in vielen Rathäusern fehlt einfach auch das Know-how.

Die zunehmenden Aufgaben werden nicht durch eine entsprechende Erhöhung des Personals in den Verwaltungen begleitet. Dies führt dazu, dass immer mehr externe Büros beauftragt werden müssen, um die vielfältigen Aufgaben zu bewältigen. Dies wiederum verursacht ständig steigende Kosten für die Kommunen, was deren finanzielle Belastung weiter erhöht.

Insgesamt stehen die Kommunen vor der Herausforderung, wie sie mit den stetig wachsenden Anforderungen umgehen sollen, ohne dass ihnen entsprechend mehr personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen.

Durch Kombination verschiedener Ansätze können die Kommunen ihre wachsenden Aufgaben eventuell besser bewältigen, auch wenn die personellen Ressourcen begrenzt bleiben. Langfristig sind jedoch auch politische Lösungen notwendig, um die strukturellen Herausforderungen im öffentlichen Dienst zu adressieren und eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen.

**Wärmeplanung setzt Kommunen unter Druck**

Die Unterbringung von Flüchtlingen ist eine weitere dringende Aufgabe, die erhebliche organisatorische und soziale Herausforderungen mit sich bringt. Hier müssen geeignete Unterkünfte geschaffen und gleichzeitig Integrationsmaßnahmen angeboten werden.

Ebenso laufen in den Kommunen bereits die Vorbereitungen für die Kommunalwahlen 2026. Auch hier ist eine sorgfältige Planung und Durchführung erforderlich, um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten und die demokratische

**Ihre Carmen Pepiuk**  
Stv. Landesvorsitzende der KPVB Bayern  
Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Trabit

halb werden wir die polizeiliche Zusammenarbeit intensivieren.“

Als vorbildhaft bezeichnete Herrmann das Hedayah Center in Abu Dhabi, ein internationales Zentrum im Kampf gegen Extremismus und Gewalt. „Das Zentrum leistet weltweit durch innovative Programme, strategische Kommunikation und Forschung vor Ort einen wichtigen Beitrag, um das Radikalisierungsrisiko zu reduzieren sowie Toleranz, Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten.“

### Christliche Kirche, islamische Moschee, jüdische Synagoge

Beeindruckt zeigte sich Herrmann auch vom Besuch des Abraham Family House in Abu Dhabi, ein richtungsweisendes Projekt zum friedlichen Zusammenleben der drei abrahamitischen Weltreligionen. Auf einem gemeinsamen Areal sind dort in moderner Architektur drei neue Gotteshäuser errichtet worden, eine christliche Kirche, daneben eine islamische Moschee und eine jüdische Synagoge. „Ein starkes Zeichen! Die VAE nehmen eine Vorreiterstellung beim interreligiösen Dialog ein. Dieser muss auch in Deutschland noch deutlich ausgebaut werden“, betonte Herrmann.

### Vertiefung des Dialogs

Ein wichtiger Beitrag zur Vertiefung des Dialogs zwischen den Kulturen und Religionen sei daher auch die Unterzeichnung des Memorandum of Understanding zwischen dem Zentrum für Islam und Recht in Europa an der Erlanger Universität und dem Manara Regional Center for Coexistence. In diese Kooperation einbezogen werde auch die vom bayerischen Innenministerium geförderte Forschungsstelle für religiöse Vielfalt. „Ich danke dem Direktor des Zentrums, Prof. Dr. Mathias Rohe, für sein großartiges Engagement. Wir brauchen für ein friedliches Zusammenleben mehr Verständnis und Toleranz füreinander.“ □

Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf:

## „Das Bürgergeld verfehlt sein Ziel!“

Arbeitsministerin fordert weiterhin dringend notwendige Reform des Bürgergelds

Das IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) hat jüngst die kurzfristigen Auswirkungen der Bürgergeldreform zum 1. Januar 2023 auf die Arbeitsaufnahmen analysiert. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass diese um fast 6 Prozent im ersten Jahr nach der Reform gesunken ist. Das IAB empfiehlt daher eine Anpassung der Regelungen, u. a. eine Verlängerung der Sanktionsdauer und eine Verbesserung der Personalausstattung in den Jobcentern.

Bayerns Arbeitsministerin Ulrike Scharf sieht sich durch die Untersuchung des IAB in ihrer Kritik an der Bürgergeldreform bestätigt: „Das Bürgergeld der Bundesregierung hat das Leben mit Grundsicherung für Arbeitsuchende bequemer und eine Arbeitsaufnahme weniger interessant gemacht. Das Bürgergeld in seiner jetzigen Form ist ein verheerendes Signal an alle, die tagtäglich zur Arbeit gehen. Die Balance zwischen existenzsichernder Hilfeleistung und berechtigten Interessen von Steuerzahlenden muss dringend wieder verbessert werden. Ich fordere konkrete Änderungen am Bürgergeld, um die Menschen schneller wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.“

Arbeitsministerin Scharf erklärt weiter: „Das Bürgergeld verfehlt das Ziel, die Menschen möglichst rasch in Arbeit zu bringen. Mehr Geld ist leichter zugänglich verfügbar. Gleichzeitig sind die Jobcenter unterfinanziert. Das wirkt sich negativ auf die Betreuung und die Arbeitsmarktintegration aus. Das muss sich wieder ändern!“

### Ministerin Scharf fordert eine konkrete Änderung des Bürgergelds in folgenden Punkten:

- **Fördern und Fordern stärken:** Das Eingliederungs- und Verwaltungsbudget der Jobcenter muss dauerhaft erhöht werden, um die Arbeitsuchenden besser betreuen zu können. Außerdem müssen die Sanktionen verschärft werden, da auch die

aktuelle Neuregelung der Bundesregierung weiterhin unzureichend und untauglich ist.

- **Nach Leistung differenzieren:** Nur Personen mit entsprechender Lebensleistung dürfen in den Genuss von Karenzzeiten und besonderen Freibeträgen kommen.
- **Erhöhung des Regelbedarfs zum 1. Januar 2024 aussetzen:** Der Mechanismus der jährlichen Anpassung muss angepasst und die Erhöhung des Bürgergelds zum 1.1.24 ausgesetzt werden.
- **Kostenbremse bei den Kosten der Unterkunft und Heizung:** Die Karenzzeit soll auf sechs Monate und auf Personen mit entsprechender Lebensleistung beschränkt werden. Die Kosten für teure Wohnungen werden auch während einer Karenzzeit nicht mehr übernommen und die Karenzzeit sollte im Falle eines Umzuges sofort enden.
- **Vermögensanrechnung wieder verschärfen:** Die derzeitige Karenzzeit für Vermögen bis zu 40.000 Euro pro Person im ersten Jahr muss ersatzlos gestrichen werden. Nach Ablauf der Karenzzeit soll der Grundfreibetrag in Höhe von 15.000 Euro je leistungsberechtigter Person auf sechs Monate verkürzt und auf Personen mit entsprechender Lebensleistung beschränkt werden.
- **Leistungsausschlüsse für Ausländer erweitern:** Leistungen dürfen nach fünfjährigem unrechtmäßigen Aufenthalt nicht automatisch gewährt werden. Auch hier müssen Leistungsausschlüsse möglich sein. □

## Plädoyer für energie...

(Fortsetzung von Seite 1)

siegelte und überbaute Flächen stärker zu nutzen. Dort, wo die notwendige Energie am Ort des Verbrauchs erzeugt wird, könnten Infrastrukturkosten wesentlich reduziert werden. Es gelte, Hemmnisse im Denkmalschutz sowie im gemeindlichen Satzungsrecht zu überwinden. Nicht zuletzt müssten schließlich den ländlichen Raum treffende Lasten des Ausbaus regenerativer Energien sowie von überörtlichen Infrastrukturmaßnahmen in Form einer dauerhaften und verpflichtenden kommunalen Strukturabgabe ausgeglichen werden. Akzeptanzfördernde Direktzahlungen von Investoren sollten rechtssicher ermöglicht werden.

### Karmasin an Habeck: Weniger Vorschriften, mehr Geld und ein stärkeres Mitspracherecht

Im digitalen Austausch mit Dr. Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, machte Karmasin deutlich: „Wir brauchen weniger Vorschriften, mehr Geld und ein stärkeres Mitspracherecht zur Frage, was vor Ort Sinn macht. Eine Umfrage im Vorgriff auf unsere Landkreisesammlung unter allen 71 Landkreisen zeigt, dass 90 Prozent der bayerischen Landkreise der Auffassung sind, dass der Gesetzgeber nicht immer die richtigen Weichen für die Energiewende gestellt hat. Als diejenigen, die die Gesetze vollziehen sollen, wissen wir oft nicht mehr, was gilt. Aufgrund wechselnder Vorgaben herrscht ein investitionsfeindliches Klima. Das kann so nicht weitergehen!“

Laut Habeck ist die Unterstützung der Kommunen zentral für den Erfolg der Energiewende. Sie seien etwa bei Planungs- und Genehmigungsverfahren für Erneuerbare Energien-Anlagen, beim Netzausbau oder der Wärmewende unverzichtbare Partner. Die damit verbundene Bürokratie müsse auf ein notwendiges Maß reduziert werden.

## Gmehlings Notsignale ...

(Fortsetzung von Seite 1)

und Ausgestaltung der Wärmewende auf kommunaler Ebene, forderte der OB einen vollständigen Ausgleich der Planungskosten. Die Kommunen erwarteten vom Bund, dass alle Anträge auf Bundesförderung über die Kommunalrichtlinie, die fristgerecht eingereicht worden sind und die weiteren Voraussetzungen erfüllen, eine Förderzusage erhalten.

Die Möglichkeiten der Kommunen, den lokalen Transformationsprozess zu gestalten, hängen nach Angaben des Vorsitzenden entscheidend von den überörtlichen Rahmenbedingungen ab. Seit Anfang des Jahres liege die Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes bei den Ländern. Sie entschieden über die Ausgestaltung bezüglich der Möglichkeit zur interkommunalen Wärmeplanung und zur verkürzten Wärmeplanung. Auch ein vereinfachtes Beteiligungsverfahren könnten die Länder für die Kommunen möglich machen.

Aus Gmehlings Sicht „müssen die Länder die Voraussetzungen für eine effiziente Wärmeplanung schaffen, die knappe Planungsressourcen klug einsetzt. Zum Beispiel sollte dort eine verkürzte Wärmeplanung möglich sein, wo sich naheliegenderweise abzeichnet, dass keine aussichtsreiche Perspektive für die Errichtung eines Wärmenetzes besteht.“

Auch die Finanzierung der Wärmeplanung müsse im Zuge der landesgesetzlichen Umsetzung abgesichert werden. „Die

Der Bundesminister appellierte an die bayerischen Regionen, den Ausbau erneuerbarer Energieanlagen nicht zu verschleppen, da dies mit negativen wirtschaftlichen Folgen behaftet sei. Insbesondere bei Windkraftanlagen habe der Freistaat Aufholbedarf. Er warb in diesem Zusammenhang dafür, die Bevölkerung beispielsweise über Bürgerwindparks stärker auch an den Renditen zu beteiligen. Zudem wies Habeck darauf hin, dass der Bund plane, für das nächste Jahr Änderungen an der Verteilung der Netzentgelte vorzunehmen. Demnach sollen vor allem Kommunen im ländlichen Raum, die sich intensiv am Ausbau der erneuerbaren Energien beteiligen, entlastet werden.

Auch bei der Verkehrswende ging es um politische Ziele, die sich am realistisch Machbaren orientieren. „Mobilität ist trotz immer sparsamerer Fahrzeuge einer der größten Verursacher von Treibhausgasen in Deutschland. Da die Einsparziele in den letzten Jahren verfehlt wurden, versuchen EU und Bund, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch die verpflichtende Umstellung auf alternative Antriebe einzudämmen. Die Umsetzung trifft die Landkreise insbesondere im ÖPNV unmittelbar. Egal ob Fahrzeuge selbst beschafft oder an Busunternehmen Verkehrsverträge vergeben werden, sind die Vorgaben zu erfüllen“, stellte Landrat Franz Löffler (Cham), Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag, fest.

### Teure Alternativbusse

Busse mit alternativem Antrieb seien doppelt so teuer wie Dieselbusse und deren Reichweite sei wesentlich geringer, weshalb zusätzliche Busse und mehr Fahrer wegen kürzerer Umlaufstrecken notwendig sind, so Löffler. Bei unveränderten Rahmenbedingungen werde es mangels finanzieller und personeller Ressourcen zu einem Angebotsabbau im ÖPNV kom-

### Drohender Vertrauensverlust

Zudem sei sicherzustellen, dass alle Anträge auf Bundesförderung über die Kommunalrichtlinie, die fristgerecht eingereicht worden sind und die weiteren Voraussetzungen erfüllen, eine Förderzusage erhalten und diese Vorhaben auch vollumfänglich gefördert werden. Bereits gestellte Anträge nicht mehr zu bewilligen und bewilligte Vorhaben zu widerrufen, sobald ein Landesgesetz in Kraft getreten ist, führe zu einem erheblichen Vertrauensverlust bei den Kommunen. So werde den planerischen Aktivitäten der Kommunen die Grundlage entzogen und der Erfolg einer fristgerechten Wärmeplanung insgesamt in Frage gestellt.

„Kommunen können Bürgerinnen und Bürgern nur Orientierung geben, wenn sie selbst einen verlässlichen Rechts- und Förderrahmen haben. Die Wärmeplanung ist der erste Schritt einer gesamtgesellschaftlichen Transformationsaufgabe, die die Kommunen nur mit Unterstützung von Bund und Ländern bewältigen können“, stellte Gmehling abschließend fest. **DK**

men. „Wir benötigen zusätzliche staatliche Mittel, um die Antriebswende und den Angebotsausbau möglich zu machen“, erklärte der Landrat.

### ÖPNV-Unterstützung durch den Freistaat

Nach den Worten von Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter unterstützt der Freistaat die Kommunen beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs: „Die bayerischen Kommunen sind auf einem guten Weg. Viele haben mit Unterstützung des Freistaats flexible Bedienformen wie Rufbusse eingerichtet, wir greifen bei der Umstellung auf nachhaltigeren Klimabusse unter die Arme und haben die ÖPNV-Zuweisungen im Vergleich zu 2017 nahezu verdoppelt. Allerdings laufen die Kosten gerade in allen Bereichen davon, deshalb brauchen wir auch ausreichend Finanzmittel durch den Bund, der sich gerade bei den Regionalisierungsmitteln und auch bei der Förderung

## Lauterbachs verpasste ...

(Fortsetzung von Seite 1)

manchen Regionen – vor allem auf dem Land. Unkontrollierte Standortschließungen aus finanziellen Gründen müssen vermieden werden.“

Bayern und den anderen Ländern gehe es zum Beispiel darum, dass der Bund seiner Verantwortung für die Betriebskostenfinanzierung der Kliniken gerecht wird und eine auskömmliche Finanzierung sicherstellt. Denn ohne auskömmliche Finanzierung drohe eine Pleitewelle der Kliniken. Der Bund ist für die Betriebskosten zuständig. Überdies brauche es deutlich mehr Möglichkeiten für Krankenhäuser, um mit anderen Kliniken kooperieren und Strukturen zusammenlegen zu können. Bisher sehe der Bund hier nur sehr begrenzte Regelungen vor. Es müsse aber möglich sein, Standorte durch sinnvolle Kooperationen zu erhalten und so eine bestmögliche medizinische Versorgung für die Menschen auch auf dem Land zu sichern.

### Verfassungswidriges Gesetz

„Zudem betrachten wir das Gesetz in seiner aktuell geplanten Form als verfassungswidrig“, erläuterte Gerlach, „denn die Regelungen greifen viel zu stark in die Planungshoheit der Länder ein. Deshalb behält sich Bayern auch weiterhin das Instrument der Verfassungsklage vor, wenn der Bundesgesundheitsminister die Länder weiterhin ignoriert.“

Im Fokus stehe auch der Transformationsfonds. Der aktuelle Gesetzentwurf sehe nur sehr wenige Unterstützungsmöglichkeiten vor. Die Umstrukturierung könne aber nur dann erfolgreich sein, wenn weitreichende Fördermöglichkeiten bestehen. Zudem werde die hälftige Finanzierung durch die Länder klar abgelehnt. Denn sie berücksichtige nicht, dass der Bund die alleinige Verantwortung für die notwendigen Transformationsmaßnahmen trägt. Dies müsse sich auch in der Finanzierung widerspiegeln.

„Auch diesmal hat der Bundesgesundheitsminister eine weitere Gelegenheit verstreichen lassen, einen guten Kompromiss mit den Ländern zu finden“, machte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) Dr. Gerald Gaß deutlich.

Die Kritikpunkte der Länder entsprächen im Großen und Ganzen auch denen der Praktiker aus den Kliniken: Das reformierte Vergütungssystem müsse so gestaltet sein, dass man von einer echten fallzahlunabhängigen Vorhaltevergütung re-

von Bussen mit alternativen Antrieben aus der Affäre zieht.“

Themenwechsel. Mit Blick auf die stark steigenden Sozialausgaben erklärte Landkreistagschef Karmasin: „Wir erleben, dass immer mehr Menschen hilfs- und pflegebedürftig vor unseren Türen stehen. Zugleich hat die Bundesregierung den Hang zur Erfindung ständig neuer Wohltaten. Der ungebremste Anstieg dieser Kosten ist gigantisch und dauerhaft kommunal nicht mehr zu bewältigen.“ Deshalb gelte es, umzudenken. „Wir müssen aufhören, dass wir hundertausende Menschen, seien es Deutsche oder Ukrainer, mitunter für Jahre im Bürgergeldsystem einfach faktisch stilllegen, statt sie zur Arbeit zu motivieren. Wir müssen aufhören, bei jedem noch so kleinen Thema immer und immer wieder personalintensive bürokratische Pirouetten zu drehen. Wir sind dankbar, dass die Bayerische Staatsregierung jetzt in ihrem Bemühen um Entbüro-

den könne. Lauterbachs angekündigte Vorhaltefinanzierung befreie die Kliniken keineswegs aus dem Hamsterrad von immer mehr Fällen. Sie sichere auch nicht die Existenz der bedarfsnotwendigen kleinen Krankenhausstandorte, und sie fördere nicht die Konzentration hochkomplexer Behandlungen an Zentren. „Damit werden alle politischen Ziele der Finanzierungsreform verfehlt“, erklärte Gaß.

Nach Auffassung der Deutschen Krankenhausgesellschaft benötigten die Kliniken jetzt endlich den Inflationsausgleich. Krankenhausinsolvenzen und Leistungseinschränkungen wegen der wirtschaftlichen Notlage gefährdeten zunehmend die Versorgung. Die Krankenträger müssten sich massiv verschulden, und die ohnehin klammen Kommunen hätten hohe Summen aufzuwenden, um ihre Kliniken zu subventionieren – Steuergeld, das an anderer Stelle fehlt. Auch hier schauete der Minister trotz aller Appelle weiter tatenlos zu.

### Geisterfahrt aufgeben

„Minister Lauterbach muss endlich seine Geisterfahrt bei der Krankenhausreform aufgeben“, forderte Gaß. „Seine Hinterzimmerpolitik der verschlossenen Türen und handverlesenen widerspruchsfreien Diskussionszirkel ist krachend gescheitert. Seine Krankenhausreform verzögert sich immer weiter, obwohl sie so dringend gebraucht wird.“

Jüngstes Ergebnis seiner Ausgrenzungs- und Eskalationspolitik sei der Klinik-Atlas, der nach monatelangen großen Ankündigungen nichts anderes als „eine gefährliche Ansammlung gravierender Fehler und Falschdarstellungen“ sei. Ungezählte anerkannte Fach-Experten forderten mittlerweile, dass dieser Klinik-Atlas abgeschaltet wird, betonte Gaß. Die dort enthaltenen Fehler führten zu einer massiven Patientengefährdung. Statt mehr Transparenz fänden die Patienten in Lauterbach-Atlas fehlerhafte Fallzahlen, nicht mehr existierende Abteilungen und falsch zugeordnete Notfallstandorte.

Die Krankenhäuser appellierten nun an die Bundestagsabgeordneten, den Minister zum Kompromiss zu drängen. „Nach allen gescheiterten Kompromissversuchen ist nun das Parlament der letzte Ort, der noch in der Lage ist, eine praxistaugliche Reform durchzusetzen, die die Sicherung der Versorgung und die langfristige Finanzierbarkeit des Systems im Fokus hat“, unterstrich Gaß abschließend. **DK**

kratisierung ernst macht. Wir sollten uns bei jedem Standardfragen, brauchen wir ihn? Und wenn ja, brauchen wir ihn so? Passiert wirklich etwas Schlimmes, wenn wir das einfacher machen? Deutschland ist längst Weltmeister in der Haltungsnot, jetzt müssen wir endlich einmal wieder weit springen.“

### Skandalöse Ignoranz des Bundes

Zur katastrophalen Lage zahlreicher kommunal getragener Krankenhäuser meinte der Präsident: „Obwohl der Bund für die Zahlung der Betriebskosten zuständig ist, können über 80 Prozent der Krankenhäuser ihren laufenden Betrieb nicht mehr decken. Sie alle rutschen in ein Defizit der Betriebskosten, für das die Landkreise mit kommunalem Geld einspringen müssen. Das bedeutet, wir müssen kommunale Aufgaben gegeneinander ausspielen: Bauen wir noch Kindergärten, können wir den ÖPNV noch finanzieren? Und das alles nur, weil wir mit kommunalem Geld die Ignoranz des Bundes notgedrungen ausgleichen. Das ist ein unglaublicher politischer Skandal!“

Wie Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder hervorhob, lege der Bund immer neue Steine in den Weg, sei es bei der Krankenhausreform oder der Ganztagsbetreuung: „Berlin schafft an, die Kommunen sollen zahlen.“ Dies belaste gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten zusätzlich. Bayern steuere mit der Krankenhausmilliarde, der Möglichkeit zur Energieerzeugung und Vermarktung durch die Landkreise und einem Rekordbetrag von 11,3 Mrd. Euro im kommunalen Finanzausgleich dagegen. Zugleich nehme die Aggression gegenüber der Politik zu. „Wir

geben unseren Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern all unseren Rückhalt und wollen schnelle und harte Strafen für diese inakzeptablen Angriffe“, stellte Söder klar.

### Migrationskrise

Auch die vielfältigen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Migrationskrise spielten im Austausch der Landräte mit dem Ministerpräsidenten eine große Rolle. Die kommunale Handlungsfähigkeit wird durch die Pflicht zur Unterbringung enorm eingeschränkt. Mit einer kurzfristigen Entlastung ist nicht zu rechnen. Dafür bedürfe es unter anderem eines funktionierenden Rückkehrsystems.

Zu Beginn der Verbandsversammlung hatten Wunsiedels Erster Bürgermeister Nicolas Lahovnik und Landrat Peter Berek den Wunsiedler Weg der Energiezukunft vorgestellt. Lahovnik zufolge hat die oberfränkische Stadt den ersten und größten netzdienlichen Elektrolyseur für grünen Wasserstoff gebaut – „abgesehen von einer kleineren Mobilitäts-Förderung komplett wirtschaftlich finanziert“. Dies nämlich sei die Idee des Wunsiedler Wegs: „Alle unsere Modelle müssen fliegen und Geld verdienen.“ Deswegen werde Wasserstoff auch nicht nur für die Mobilität genutzt, „sondern wir integrieren ihn sektorübergreifend und netzdienlich in unser komplettes Energiesystem“, bestehend u.a. aus Biomasseanlagen, Nahwärmenetzen und Biogasanlagen. „In Wunsiedel wurde das Thema Energie schon vor über 20 Jahren als Teil der Regionalentwicklung ernst genommen und immer weiterverfolgt“, bilanzierte Berek. Davon konnten sich Gäste der Tagung bei einer Besichtigung des Energieparks überzeugen. **DK**

## Reale Kaufkraftverluste wegen hoher Inflation

Verfügbares Einkommen je Einwohner in Bayern im Jahr 2022 so stark gestiegen wie seit Langem nicht

Nach Meldung des Bayerischen Landesamts für Statistik hatten private Haushalte in Bayern im Jahr 2022 durchschnittlich 28.469 Euro je Einwohner für Konsum und Sparen zur Verfügung. Dies ist der höchste Wert unter allen Ländern. Mit einem Zuwachs um 5,5 Prozent ist das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Bayern zudem 2022 nominal so stark gestiegen wie seit 1991 nicht mehr. Real mussten die Haushalte in Bayern dennoch Kaufkraftverluste hinnehmen, da die Inflation mit 7,1 Prozent im Jahr 2022 den Einkommenszuwachs übertraf.

Fürth. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik meldet, erzielten die privaten Haushalte in Bayern im Jahr 2022 mit durchschnittlich 37 085 Euro je Einwohner das höchste Primäreinkommen in Deutschland. Es umfasst das Einkommen aus Erwerbsarbeit und Vermögen. Zieht man davon u. a. Steuern und Sozialleistungen ab und rechnet u. a. die empfangenen monetären Sozialleistungen hinzu, standen den bayerischen Haushalten im Jahr 2022 durchschnittlich 28 469 Euro je Einwohner für Konsum und Sparen zur Verfügung – ebenfalls der höchste Wert in Deutschland. Auch im zeitlichen Vergleich ragt dieses Ergebnis besonders heraus: Nie seit Beginn der Zeitreihe für das wiedervereinigte Deutschland im Jahr 1991 ist das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Bayern binnen eines Jahres nominal so stark gestiegen wie im Jahr 2022, nämlich um 5,5 Prozent gegenüber 2021. Für Deutschland insgesamt belief sich die Zunahme nominal auf 5,6 Prozent. Trotz dieses starken Wachstums blieb das verfügbare Einkommen in Bayern und Deutschland jedoch hinter dem Anstieg der Verbraucherpreise zurück, die 2022 im Vorjahresvergleich um 7,1 bzw. 6,9 Prozent anzogen. Unter dem Strich sank somit die reale Kaufkraft in Bayern und in Deutschland.

Nimmt man die Einkommenssummen für Bayern insgesamt in den Blick, losgelöst von der Pro-Kopf-Betrachtung, zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen bei einzelnen Einkommenskomponenten im Jahr 2022. So haben zu dem starken nominalen Wachstum des verfügbaren Einkommens in Bayern der deutliche Anstieg der empfangenen Arbeitnehmerentgelte mit nominal plus 6,0 Prozent und die erhebliche Zunahme des Netto-Vermögens-einkommens mit nominal 19,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr maßgeblich beigetragen. Demgegenüber ist das Einkommen aus selbständiger Tätigkeit (Nettobetriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen) nominal sogar um 3,7 Prozent zurückgegangen. Im Rahmen der Umverteilung der Einkommen wirkte der Anstieg der geleisteten Einkommen- und Vermögensteuern mit plus 8,9 Prozent deutlich dämpfend auf die Entwicklung des verfügbaren Einkommens in Bayern. Teilweise kompensiert wurde dies aber durch die Erhöhung der „sonstigen laufenden Transfers“ um nominal 69,8 Prozent gegenüber 2021. Hier schlagen u.a. die Maßnahmen des Staates zur Entlastung der privaten Haushalte bei den stark angestiegenen Energiekosten zu Buche. **DK**

## Wieder ein starkes Jahr für die Förderprofis der bayerischen Sparkassen

2,7 Mrd. Euro an Förderkrediten ausgereicht  
BayernLB zeichnet besonders engagierte Institute aus

Die S-Finanzgruppe hat bei der Vergabe von Förderkrediten im Freistaat erneut ein sehr hohes Volumen erreicht. Vergangenes Jahr haben die bayerischen Sparkassen in Kooperation mit der BayernLB Darlehen der LfA Förderbank Bayern, der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank mit einem Gesamtvolumen von 2,7 Mrd. Euro ausgereicht. Damit erzielten sie einen Marktanteil von 38,3 Prozent. Für ihren Beitrag zu diesem Erfolg wurden wieder besonders engagierte Sparkassen in München mit dem „Förderprofi“ ausgezeichnet.

„Bayerns Sparkassen und die BayernLB sind im Verbund auch im Fördergeschäft sehr gut aufeinander eingespielt. Förderdarlehen für Kunden bestmöglich in die Finanzierung einzubinden, erfordert hohe Fachexpertise und Kundennähe der Berater. Die hohe Förderkompetenz und das gute Teamwork in der S-Finanzgruppe zahlen sich für Privatkunden ebenso aus wie für landwirtschaftliche Betriebe oder mittelständische Unternehmen. Mit Fördermitteln wird auch die Transformation der Energiewende mit Blick auf nachhaltiges Bauen weiter vorangebracht. Förderkredite der Förderbanken gibt es für alle betrieblichen Investitionsmaßnahmen aber auch für private Haushalte. So gibt es für jeden Heizungstausch, wie auch für Sanierungsmaßnahmen sehr günstige Darlehen“, sagt Gero Bergmann, der im Vorstand der BayernLB das Sparkassengeschäft verantwortet.

### Perfektes Team

Stefan Proßer, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern: „Die bayerischen Sparkassen und die BayernLB sind das perfekte Team, das zuverlässig einen Weg durch jeden Förderdschungel ebnet. Die besondere Stärke unserer Sparkassen ist dabei ihre regionale Verwurzelung – sie kennen die Unternehmen und deren lokale Umgebung, die Handwerksbetriebe, die Menschen vor Ort. Sie sind ja selbst ein Teil davon. Darum wissen sie, wie wichtig eine verantwortungsvolle Partnerschaft in Finanzfragen ist. Von politischer

Seite wünsche ich mir manchmal mehr Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit bei der Ausgestaltung der Förderkulisse. Sonst leidet das Investitionsklima. Die bayerischen Sparkassen setzen sich dafür ein, dass Förderung dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Genau das wird durch die Auszeichnung sichtbar – was mich außerordentlich freut. Herzlichen Glückwunsch im Namen des Sparkassenverbands an alle „Förderprofis“.

### Auszeichnung für die Besten

Die Auszeichnung „Förderprofi“ vergibt die BayernLB jährlich. Sie würdigt damit die engagiertesten Institute im Fördergeschäft in jedem Regierungsbezirk. Gemessen an der Neugeschäftsquote (Anteil Förderkreditzusagen am Kreditneugeschäft) waren das im Jahr 2023 die Sparkasse Allgäu, die Sparkasse Amberg-Sulzbach, die Sparkasse Deggendorf, die Sparkasse Forchheim, die Sparkasse Freising Moosburg, die Vereinigten Sparkassen Gunzenhausen und die Sparkasse Schweinfurt-Haßberge.

Des Weiteren wurde der Sparkasse Deggendorf der Förderprofi „Nachhaltigkeit“ verliehen. Sie wies die höchste Zusagequote für Förderprogramme aus, die auf Energieeffizienz und Umweltschutz einzahlen, diese hatte auch gleichzeitig das höchste Zusagevolumen aller in Bayern tätigen Sparkassen erreicht.

Die LfA verlieh darüber hinaus einen Sonderpreis für das höchste Zusagevolumen von LfA-Programmen an die Spar-

kasse im Landkreis Neustadt a. d. Aisch - Bad Windsheim.

„Die bayerischen Sparkassen sind langjährige und erfahrene Partner, auf die wir uns bei der Vermittlung unserer Förderangebote stets verlassen können. Ihre regionale Vernetzung macht es möglich, mittelständische Unternehmen und Existenzgründer in ganz Bayern mit den passgenauen und zielgerichteten Finanzierungshilfen der LfA zu unterstützen – etwa mit unserem neuen Gründungs- und Wachstumskredit. Besonders hervorheben möchten wir das Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse im Landkreis Neustadt a. d. Aisch - Bad Windsheim, die im vergangenen Jahr führend bei der Vermittlung unserer Förderangebote war“, fügt Hans Peter Göttler, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der LfA Förderbank Bayern, hinzu. Der Sonderpreis Landwirtschaft für das höchste Rentenbank-Fördervolumen ging an die Sparkasse Dachau.

### Zentraler Dienstleister

Die BayernLB steht den Sparkassen im Fördergeschäft als zentraler Dienstleister zur Seite. Sie berät zu Verfügbarkeit, Konditionen und Kombinationsmöglichkeiten der Programme und leitet sämtliche Mittel von den Förderinstituten an die Sparkassen weiter. Dabei spielen die Förderprogramme für Sanierungsmaßnahmen sowie den energieeffizienten und nachhaltigen Neubau für Privat- als auch gewerbliche Kunden eine immer gewichtigere Rolle für die bayerischen Sparkassen. Stark nachgefragt sind auch Förderprogramme für Innovations- bzw. Digitalisierungsmaßnahmen, diese beherrschen die bayerischen Sparkassen sogar im besonderen Maße.

Von der S-Finanzgruppe und den Förderbanken wurden zu-

### Redaktionsgespräch Versicherungskammer Bayern:

## Auf Nummer sicher gehen

Rückendeckung für Kommunen,  
kommunale Angestellte und ehrenamtliche kommunale Entscheider

Wer an Atychiphobie leidet, wird kaum eine Position als kommunaler Entscheider oder Entscheiderin einnehmen. Die chronische Angst, Fehler zu machen, ist ein psychosomatisches Krankheitsbild, das die Ausübung eines kommunalen Mandats erheblich erschwert. Dennoch kennt jeder die Furcht, wichtige Entscheidungen treffen zu müssen und dafür möglicherweise haftbar gemacht zu werden. Diese Angst führt zum Versuch sich genügend abzuschern und damit oft zu übermäßiger Bürokratie, bei der zahlreiche teure Gutachten erstellt werden, nur um im Ernstfall sagen zu können: „Ich war's nicht.“

Wie können Mitarbeiter in den Verwaltungen sowie Kommunalpolitikerinnen und -politiker darin bestärkt werden, klar und deutlich Position zu beziehen und Verantwortung bei schwierigen Entscheidungen zu übernehmen? Dazu ist eine gute Rückendeckung erforderlich. Profis in Sachen Rückendeckung

sind die Versicherungen. Deshalb sprach GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit Christian Krams, Leiter Konzern Schaden und Vorstand BavariaDirekt, und Dr. Herbert Hofmann, Abteilungsleiter für das Kommunalgeschäft der Versicherungskammer Bayern.

Dr. Hofmann beleuchtete die

verschiedenen Aspekte des kommunalen Vermögensschadenskonzepts, mit dem die in der Verwaltung handelnden Personen umfassend abgesichert sind. Mit der kommunalen Haftpflichtversicherung sind kommunale Wahlbeamte und Mitglieder der Gremien (Stadt-/Gemeinderat) vor Schadenersatzansprüchen Dritter geschützt. Mitversicherung im Versicherungsschutz der Kommune dürfen sie darauf vertrauen, dass geltend gemachte Forderungen geprüft, unbedingte Ansprüche vom Versicherer für sie abgewehrt und berechnete reguliert werden.

### Kein Regress zu befürchten

Hat die Kommune darüber hinaus auch eine Kommunale Kassenversicherung abgeschlossen, ergibt sich ein weiterer Schutz. Erleidet die Kommune einen Vermögensschaden wegen eines fahrlässig fehlerhaften Handelns ihres Bediensteten oder Inhabers eines Ehrenamtes (z. B. Mandatsträger), erhält die Kommune ihren Schaden über die Kommunale Kassenversicherung ersetzt. Der Mandatsträger muss – außer bei Vorsatz – keinen Regress des Versicherers befürchten und auch der Dienstherr ist grundsätzlich von einem Mitarbeiterregress entbunden.

(Fortsetzung auf Seite 6)



V.l.: Dr. Herbert Hofmann, Constanze von Hassel und Christian Krams.  
Bild: VKB/Dr. Michael Lehner

Schreiben von Bürgermeister Günther Werner an MdL Wolfgang Fackler:

## Nicht den Kommunen die Schuld in die Schuhe schieben

Der Artikel in der Bayerischen Gemeindezeitung vom 03.05.2024 „Bürger sollten sich rechtzeitig für angepasste Hebesätze einsetzen“ veranlasste Haßfurts Ersten Bürgermeister Günther Werner zu einer Replik an den CSU-Abgeordneten Wolfgang Fackler. Wir veröffentlichen sein Schreiben im Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Abgeordneter Fackler, im genannten Artikel der Gemeindezeitung werden Sie mit dem Hinweis zitiert, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die neue Grundsteuer von Vergleichsberechnungen erst einmal absehen sollen. Sie sollten vielmehr auf die neuen Hebesätze der Gemeinden warten. Nachdem bei uns in Haßfurt Bürgerinnen und Bürger sich aufgrund ihres Grundsteuermessbetragsbescheides an uns wandten, hat der zuständige Mitarbeiter angefangen eine kleine Tabelle anzulegen. Dabei hat sich mittlerweile herausgestellt, dass sich die Werte zu den bisherigen Einheitswerten drastisch unterscheiden. Die Spanne reicht vom 1,2-fachen bis zum 18-fachen Wert!

Aufgrund dieser Tatsache werden wir es schwer haben, die von der Staatsregierung immer wieder in den Raum gestellte Kostenneutralität zu erreichen. Dabei ist auch der Nivelierungshebesatz von entscheidender Bedeutung. Dieser beträgt in Bayern den Wert 310, was bedeutet, dass eine Kommune diesen Wert nicht

unterschreiten darf um Kürzungen bei Förderungen in Kauf zu nehmen.

Aus diesem Grund und der Tatsache, dass viele Kommunen im ländlichen Raum schon jetzt nur Hebesätze zwischen 320 und 400 haben, haben diese Kommunen nur wenig Spielraum ihren Hebesatz nach unten anzupassen. Dies bedeutet auf der anderen Seite, dass viele Grundbesitzer tatsächlich aufgrund des neuen Grundsteuermessbetrags mehr bezahlen müssen.

Die Thematik habe ich bereits mit mehreren Mandatsmitgliedern diskutiert. Ich habe den Eindruck, dass dieser Fakt wenig interessiert und die Schuld der höheren Grundsteuer am Schluss den Kommunen in die Schuhe geschoben wird, da sie ihre Hebesätze nicht entsprechend – also auch unter 310 – angepasst haben.

Da nützt es auch nichts, wenn Sie den Bürgerinnen und Bürgern empfehlen frühzeitig das Gespräch mit ihrer Kommune zu suchen. In Anbetracht der angespannten Haushaltslage vieler Kommunen werden diese keine gekürzte Förderung akzeptieren und maximal ihren Hebesatz auf 310 (Nivelierungshebesatz) festsetzen können.

Ich bin gespannt, wie Sie als Bürgerbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung dieses sehen. Von Ihren Kollegen, mit denen ich dieses Thema besprochen habe, habe ich bisher keine Rückantwort erhalten.“



Günther Werner, Erster Bürgermeister Haßfurt.  
Bild: Stadt Haßfurt

dem sechs Kundenberaterinnen und Kundenberater bayerischer Sparkassen ausgezeichnet. Sie haben aus einer Vielzahl von Förderangeboten das pas-

sende Förderprogramm ausgewählt und für ihre Kunden die bestmögliche Finanzierungs-

lösung entwickelt. Diese umfassten beispielsweise Wohnungsbauförderung, Umwelt-, Gründungs- und Innovationsförderung oder Rentenbankförderung sowie Infrastrukturförderung in der Kommune. □



VER S I C H E R U N G S  
K A M M E R  
B A Y E R N

## Ihr verlässlicher Partner, egal was kommt.

Sicherheit unter dem blauen Schirm.

Finanzgruppe

## Zahl der Bankfilialen weiter rückläufig

Kommentar von Dr. Jürgen Gros: „Warum das so bleiben wird und gar nicht so schlimm ist“

In Deutschland nimmt die Zahl der Banken und ihrer Zweigstellen weiter ab. Ende 2023 gab es in Deutschland 1.458 Banken, wie die Bundesbank jüngst veröffentlicht hat. Zusammen verfügen sie über 19.501 mit Menschen besetzte Filialen. Im Vergleich zu 2022 hat national mithin die Zahl der Kreditinstitute um 55 und die der Zweigstellen um 945 abgenommen. Unangefochtene Platzhirsche im Bundesgebiet sind nach wie vor die 1.084 Sparkassen und Genossenschaftsbanken mit zusammen 13.392 Dependancen.

Für den Freistaat Bayern gilt spiegelbildlich Gleiches. Zwar reduzierte sich 2023 die Zahl der Sparkassen fusionsbedingt um

eine und die ihrer Filialen um 66. Ebenso ging die Anzahl der Genossenschaftsbanken aufgrund von Fusionen um 13 zurück. 54 Niederlassungen machten die Kreditgenossenschaften im letzten Jahr dicht. Dennoch dominierten 2023 die 60 Sparkassen mit 1.727 Geschäftsstellen zusammen mit den 185 Kreditgenossenschaften und deren 1.742 Zweigstellen zumindest zahlenmäßig auch den bayerischen Bankenmarkt.

An dieser numerischen Dominanz der Banken mit den roten und blau-orangen Logos wird sich im Freistaat wie im Bundesgebiet auf Sicht wenig ändern. Sicher ist freilich auch, dass sowohl die Zahl der Kreditinstitute und ihrer Zweigstellen weiter deutlich zurückgehen werden. Es liegt in der Natur der deutschen Bankenstruktur, dass es vor allem zahlreiche Sparkassen und Genossenschaftsbanken sein werden, die in Verschmelzungen aufgehen und Geschäftsstellen schließen. Ausgehend von der Entwicklung der letzten fünf Jahre ist es nicht allzu verwegend, für das Jahr 2030 etwa 900 Banken mit weniger als 12.000 Geschäftsstellen in Deutschland zu prognostizieren.

Warum das so sein wird? „Die zunehmende Verbreitung des Online-Bankings sowie der weiterhin bestehende Kostendruck führten zu einer Verschlankung

des Filialnetzes in quasi allen Banksektoren“, gibt die Bundesbank als Antwort für die zurückliegenden Filialreduktionen. Zugleich ist damit die Begründung für die künftige Entwicklung vorgezeichnet, wie zudem eine Umfrage zeigt, die der Digitalverband Bitcom im Mai veröffentlicht hat. Danach erledigen 81 Prozent der Deutschen ihre Bankgeschäfte mittlerweile online. Vor allem Senioren werden zunehmend digitaler. In der Altersgruppe der über 65jährigen ist binnen Jahresfrist der Anteil derer, die die Bankgeschäfte online abwickeln von 45 auf 54 Prozent gestiegen. Das verwundert kaum. Denn allmählich kommen jene ins Seniorenalter, die vor knapp 20 Jahren zu den Smartphonepinonieren zählten.

Die Entwicklung zum digitalen Banking wird anhalten. „On line-Only“ sei der eindeutige Trend beim Banking, meint Bitcom-Hauptgeschäftsführer Bernhard Rohleder dazu. So ganz falsch liegt er damit wohl nicht, denn 49 Prozent der 1.004 Befragten der Bitcom-Studie sagt, ihnen würde „nichts fehlen“, wenn es keine Bankfilialen mehr gäbe.

Gespräche mit genossenschaftlichen Bankvorständen legen offen, dass es zwei weitere Treiber gibt, die die Flächenpräsenz verringern werden: Personalmangel einerseits und abnehmende Bereitschaft des vorhandenen Personals andererseits, Tätigkeiten wie Filialleitung und

Arbeiten in einer Niederlassung zu übernehmen. Sie werden mitunter als eintönig bis langweilig empfunden – weil eben in vielen Zweigstellen der Flächenbanken zunehmend weniger los ist. Gleichzeitig wird Personalgewinnung, insbesondere in hochspezialisierten Tätigkeitsfeldern, zur Königsdisziplin für die HR-Bauftragten in den Instituten. Die benötigten Hochqualifizierten sprengen zugleich das bisherige Gehaltsgefüge, insbesondere bei Regionalbanken wie Sparkassen sowie Volksbanken und Raiffeisenbanken. Knappheit und Leistung bestimmen den Preis, den jedoch zunehmend mehr Bankleiter bereit sind zu bezahlen. Zumal der Regulator, aber auch die Kunden in Beratungsprozessen zu Immobilienfinanzierung, Altersvorsorge oder der Absicherung von Lebensrisiken, Qualität erwarten.

Qualität kostet. Höhere Dotierungen in der Spitze der Leistungsträger sind die Folge und führen in der Gegenfinanzierung zur Personalverschwendung in der Breite. Die Konsequenz ist dann weniger Dienstleistung in der Fläche, die der Kunde gleichwohl zunehmend seltener nachfragt, weil er den Alltagservice vor früher im digitalen Zeitalter schlichtweg nicht mehr benötigt. Was stattdessen zählt, sind digitale und telefonische Erreichbarkeit der Bank – und zwar dann, wenn es dem Kunden pressiert. Dass in solchen Momenten die Technik funktioniert und das Institut erreichbar ist, sind die erwarteten Standards. Zweigstellen nicht mehr. □

### Ergebnisse Steuerschätzung Frühjahr 2024:

## Weniger Geld für kommunale Investitionen

Auch in Bayern starker Rückgang der Steuereinnahmen

Auch in der aktuellen Steuerschätzung spiegelt sich das stagnierende Wirtschaftswachstum in Deutschland wider. Gegenüber der Herbst-Steuerschätzung 2023 haben sich die Konjunkturerwartungen der Bundesregierung deutlich verschlechtert. Demnach müssen Bund, Länder und Gemeinden bis 2028 mit insgesamt 80,7 Milliarden weniger Steuereinnahmen rechnen. Für den Bund bedeutet dies nach Angaben von Bundesfinanzminister Christian Lindner ein Minus von 41,6 Milliarden Euro.

Wie DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. André Berghegger betonte, bestätigten die veröffentlichten Zahlen die zunehmend kritische öffentliche Finanzlage. Betroffen sei vor allem die kommunale Ebene, die kaum Einfluss auf die Ausgabenentwicklung habe und besonders unter der stagnierenden Einnahmementwicklung leide.

Die Steuerschätzung prognostiziert für die Gemeinden Steuereinnahmen in Höhe von 145,8 Mrd. Euro für das laufende Jahr. Betrachte man die Jahre 2024 bis 2026, fällt das Ergebnis auf 4,1 Mrd. Euro schlechter als noch bei der Herbstschätzung angenommen aus, was unter anderem auf die erwartenden Mindereinnahmen durch das Wachstumchancengesetz sowie die weiter bescheidene konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen sei, so Berghegger.

Einzig infolge der allgemeinen Inflation und der hohen Tarifabschlüsse bleibe die Steuerentwicklung insgesamt weiterhin positiv. Inflation und Tarifabschluss wirkten sich gleichwohl in stärkerem Ausmaß auf die kommunalen Ausgaben aus. Hinzu kämen weiter äußerst dynamisch steigende Ausgaben für soziale Leistungen. „Marginal steigenden Einnahmen stehen weiter förmlich explodierende Ausgaben entgegen. Durch diese dauerhafte strukturelle Unterfinanzierung ist die kommunale Handlungs- und Investitionsfähigkeit akut gefährdet. Bund und Länder müssen sich ihrer Verantwortung stellen und ihren Beitrag für nachhaltige Kommunal Finanzen leisten. Hierfür braucht es in erster Linie

eine aufgabenadäquate Finanzausstattung, die mit Blick auf die Konnexität auch nachträgliche Standardanpassungen berücksichtigt“, unterstrich der Hauptgeschäftsführer.

Die Länder stünden verfassungsrechtlich in der Finanzierungsverantwortung ihrer Kommunen, allerdings trage der Bund durch Standardanpassungen und Aufgabenerweiterungen maßgeblich zur strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen bei. „In Zeiten begrenzter öffentlicher Mittel kann aber selbstverständlich nicht immer nur über notwendige Mehrausgaben gesprochen werden. Es braucht zunächst ein Aufgabenmoratorium und in der Folge eine Diskussion zwischen Bund, Ländern und Kommunen über eine mögliche Priorisierung öffentlicher Aufgaben. Es ist schlicht nicht mehr alles, was wünschenswert ist, auch finanzierbar“, machte Berghegger deutlich.

„Die Städte werden unterm Strich weniger Geld für Investitionen zur Verfügung haben. Denn zum einen steigen die Steuereinnahmen deutlich weniger als erwartet, zum anderen fressen steigende Kosten die zusätzlichen Einnahmen komplett auf“, erklärte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages.

Auch die mittelfristige Entwicklung der Steuereinnahmen sei ernüchternd. Mit Blick auf die wirtschaftliche Lage drohe eine lange Durststrecke. Dedy: „Schwaches Wirtschaftswachstum führt zu schwachem Wachstum. Wir haben nicht nur ein Konjunkturproblem, son-

Finanzminister Albert Füracker:

## Bargeldobergrenze beschneidet Freiheitsrechte!

EU beschließt Barzahlungsobergrenze von 10.000 Euro ab 2027

„Bayern setzt sich klar und konsequent für eine wirksame Bekämpfung der Geldwäsche ein. Mit der jetzt endgültig beschlossenen europaweiten Barzahlungsobergrenze von 10.000 Euro im Geschäftsverkehr werden die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger jedoch erheblich eingeschränkt. Bayern wird sich mit aller Kraft dafür engagieren, dass die jetzt beschlossene Beschränkung kein Auftakt für weitere Verbote oder gar zur vollständigen Abschaffung von Bargeld als Zahlungsmittel wird. Schnelle Verfügbarkeit, Unabhängigkeit von technischer Infrastruktur und sicherer Schutz der Privatsphäre – auch in Zukunft müssen die vielen Vorteile des Bargeldes verfügbar bleiben! Die ab 2027 geltende Barzahlungsgrenze beruht zu einem großen Teil auch auf dem mangelnden Einsatz der Bundesregierung. Während sich der Bundesfinanzminister noch Anfang des Jahres öffentlichkeitswirksam gegen Bargeldbeschränkungen positioniert hat, konnte er ihre Einführung auf EU-Ebene doch nicht verhindern. Mit öffentlichkeitswirksamen Lippenkenntnissen lässt sich die Preisgabe liberaler Ideale im Handeln nicht verdecken!“, so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

### Einschränkungen ab 2027

Rat, EU-Parlament und EU-Kommission hatten sich bereits im Januar in sogenannten Trilog-Verhandlungen auf die Einführung einer EU-weiten Obergrenze für Barzahlungen im Geschäftsverkehr von 10.000 Euro geeinigt. Nachdem im April das EU-Parlament die neue Regelung formal gebilligt hat, wurde diese jetzt auch vom Rat angenommen. Die neue Beschränkung wird nun im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und schränkt ab 2027 die Nutzung von Bargeld auch in Deutschland ein. □

den auch ein Strukturproblem. Steuersenkungen lösen in dieser Lage keines der Probleme, sie sorgen dafür, dass die öffentliche Hand weniger handlungsfähig ist. Wenn wir raus wollen aus der Wachstumsschwäche, müssen Infrastruktur und Rahmenbedingungen stimmen. Dafür müssen die Städte investieren können.“

Die Kommunen brauchen aus seiner Sicht dringend eine bessere Finanzausstattung. Nur dann könnten die Städte und Gemeinden ihren Teil dazu beitragen, dass die Wirtschaft wieder wächst und die Transformation gelingt.

Der Arbeitskreis Steuerschätzungen prognostiziert für die Städte und Gemeinden eine Steigerung ihrer Steuereinnahmen um 2,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Für den Bund werden Einnahmesteigerungen von 5,5 Prozent erwartet, für die Länder von 3,1 Prozent.

Das Gesamtaufkommen der Gewerbesteuer als wichtigste eigene Steuer der Städte wird 2024 voraussichtlich bei 75,6 Milliarden Euro liegen, im Jahr 2025 voraussichtlich bei 78,0 Milliarden Euro. Das ist deutlich weniger als noch vor einem halben Jahr erwartet wurde. Gegenüber der Steuerschätzung vom November 2023 sinken die Erwartungen zum Gewerbesteueraufkommen für die Jahre 2024 bis 2028 um insgesamt 7,2 Milliarden Euro.

„Dem Freistaat wird für das Jahr 2024 ein Rückgang der Steuereinnahmen von rund 0,6 Milliarden Euro prognostiziert, für das Jahr 2025 von knapp 0,5 Milliarden Euro“, stellte der Bayerische Finanz- und Heimatminister Albert Füracker fest. „Das Ergebnis der aktuellen Steuerschätzung ist die Quittung für die verfehlte Politik der Ampel in Berlin. Sie muss ein deutlicher Weckruf und Appell an die Bundesregierung sein, endlich geeignete Maßnahmen zu ergreifen und die Wirtschaft in Deutschland wieder auf Kurs zu bringen – es ist allerhöchste Zeit. Es kann so nicht weitergehen, sonst bekommen wir wirklich tiefgreifende Probleme in unserem Land. Mit Ankündigungen und leeren Versprechungen lässt sich diese Krise nicht lösen“, forderte Füracker.

Aus seiner Sicht bestätigte sich nun Bayerns solide und vorausschauende Haushaltsplanung: „Wir haben mit Blick auf die

schwache konjunkturelle Entwicklung bereits bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2024/2025 solide geplant und uns auf absehbare Rückgänge bei den Steuereinnahmen eingestellt. Fakt ist aber auch: Unsere finanziellen Spielräume sind sehr beschränkt, zusätzliche Mehrausgaben sind nicht finanzierbar.“ □

Wirtschaftsminister Aiwanger:

## Belegausgabepflicht mildern

Die Flut an Kassenbons, die frisch ausgedruckt weggeworfen werden, ist überflüssig und absolut vermeidbar. In einem Brief an Bundesfinanzminister Christian Lindner forderte Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger erneut eine Reform der Kassenbonnpflicht. Er betonte die Notwendigkeit, unnötige Bürokratie abzubauen und Unternehmen zu entlasten. „Je weniger Papier wir sinnlos entsorgen, desto besser ist das für Wirtschaft und Umwelt“, sagt der Minister.

In einer Antwort des Bundesfinanzministeriums (BMF) wurde jetzt bekanntgegeben, dass Erleichterungen bei der Kassenbonnpflicht für Kleinbeiträge geprüft werden. Weitergehende Vorschläge wurden dagegen abgelehnt. Aiwanger äußerte sich enttäuscht über diese Antwort: „Wenn wir in Deutschland innerhalb von vier Jahren nicht mal solche offensichtlich schädliche Bürokratie beseitigen können, glaubt niemand mehr an den vielbeschworenen Bürokratieabbau. Dabei sind es genau die kleinen praxisrelevanten Stellschrauben, die die Rahmenbedingungen der Unternehmen erleichtern würden.“

Aiwanger wies darauf hin, dass Bayern bereits 2020 einen Entschließungsantrag im Bundesrat eingebracht habe, um die Belegausgabepflicht zu entschärfen. Die Vorschläge seien damals jedoch nicht berücksichtigt worden. In der Bundesratsinitiative wurde der Vorschlag eingebracht, dass keine Kassenbons mehr bei unbaren Geschäften sowie Kleinbeträgen von unter 15 Euro ausgedruckt werden müssen. □



Dr. Jürgen Gros. ©Barbara Obermaier

### Über unseren Autor

Der an der Ludwig-Maximilians-Universität in München promovierte Politikwissenschaftler Jürgen Gros (\*1969) war zwei Jahrzehnte im Management verschiedener bayerischer Verbände tätig, zuletzt als Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern. Schwerpunkt-mäßig beschäftigt er sich mit finanzwirtschaftlichen und mittelstandspolitischen Themen.

## Auf Nummer sicher ...

(Fortsetzung von Seite 5)

Das Vermögensschutzkonzept wird abgerundet durch eine Amts- und Diensthaftpflichtversicherung. Speziell für kommunale Unternehmen dient die D&O-Versicherung dem Schutz von Managern und Geschäftsführer, wenn diese persönlich von Dritten oder der Kommune in Anspruch genommen werden. Als Beispiel nannte Dr. Hofmann mögliche Fehler im Energieeinkauf von Stadtwerken, die schnell zu erheblichen Vermögensverlusten führen können.

Der Versicherungsexperte betonte: „Trotz hoher im Raum stehender Risiken bietet die VKB eine D&O-Versicherung an. Um Eigenschäden effektiv abdecken, ist die Integration der kommunalen Unternehmen, wie zum Beispiel der Stadtwerke, in das Vermögensschadenskonzept dringend ratsam.“

### Genereller Schutz für ehrenamtliches Engagement

Neben dem Versicherungsschutz für kommunale Mandatsträger sichert die Versicherungskammer grundsätzlich auch ehrenamtliches Engagement der Bürgerinnen und Bürger ab. Ehrenamtliche, die für Kommunen tätig sind, sind dabei im Rahmen der kommunalen Haftpflichtversicherung mitversichert. Sollte diese oder eine private Haftpflichtversicherung des Ehrenamtlichen nicht greifen, kann die Bayerische Ehrenamtsversicherung des Freistaats Bayern weiteren Schutz bieten.

Im Bereich der kommunalen Gebäudeversicherung gehen die Verantwortungsbereiche von Hofmann und Krams Hand in Hand. Denn in einem Schadenfall kann und darf nur der versicherte Schaden reguliert werden. Beide machten mehrfach darauf aufmerksam, deshalb den Versicherungsschutz regel-

mäßig, d.h. alle zwei bis drei Jahre und spätestens bei baulichen Veränderungen, zu überprüfen. Anlass hierfür ist immer auch eine Änderung der Nutzung von Gebäuden, wenn z.B. eine Garage eines Bauhofs als Materiallager und nicht für das Abstellen eines Fahrzeugs verwendet wird. Bei den beiden Rathausbränden in Straubing und Dillingen hatten die Kommunen Glück im Unglück, denn der Versicherungsschutz durch die kommunale Gebäudeversicherung war kurz vorher überprüft und angepasst worden. „Es ist sowieso eine große Herausforderung für die Mitarbeiter im Rathaus einen solchen Ausnahmezustand zu bewältigen, wenn der eigene Arbeitsplatz nicht mehr zur Verfügung steht. Dank einer gut gewählten Versicherungsstrategie fallen in einer solchen Situation dann wenigstens nicht noch zusätzliche finanziellen Sorgen ins Gewicht“, erläutert Krams die Bedeutung eines effektiven Versicherungsschutzes.

### Elementarschäden müssen besser abgesichert werden

In der kommunalen Gebäude- und Inhaltsversicherung sehen beide Versicherungsexperten jedoch auch ein „Sorgenkind“: Während der Versicherungsschutz für Feuer in der Regel besteht, hat noch immer ein Anteil von ca. 30 Prozent aller kommunalen Gebäude in Bayern keinen Versicherungsschutz für die Gefahr „Sturm/Hagel“. Erweiterte Elementargefahren (z.B. Starkregen, Überschwemmung, Schneedruck oder Erdbeben) sind sogar bei ca. 75 Prozent aller kommunalen Liegenschaften noch nicht im Versicherungsschutz enthalten. Wie die letzten Unwetterereignisse gezeigt haben, ist auch ein Großteil des Gebäudeinhaltes, etwa Mobiliar, ohne Versicherungsschutz. □

Konjunkturumfrage des Genossenschaftsverbands Bayern:

## Unsicherheiten bleiben – Deutschland braucht jetzt einen Schub

Bayerische Volks- und Raiffeisenbanken sehen leichte Erholungstendenzen

Der Tiefpunkt der Krise scheint überwunden. Die Volks- und Raiffeisenbanken in Bayern erkennen erste leichte Erholungstendenzen im Tagesgeschäft. Das ist das Ergebnis der halbjährlichen Konjunkturumfrage des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB) unter seinen 184 Mitgliedsinstituten, die im Zeitraum vom 18.03.2024 bis 29.03.2024 durchgeführt wurde. „Viele Unsicherheiten bleiben, aber es deutet sich eine leichte Entspannung an“, kommentierte GVB-Präsident Gregor Scheller das Ergebnis der Umfrage.

Mit aktuell 38,3 Punkten beurteilen die Volks- und Raiffeisenbanken ihre derzeitige Geschäftslage so gut wie zuletzt vor zwei Jahren. Infolge der sich 2022 anbahnenden Wirtschaftskrise war die Geschäftslage auf ein Allzeittief von 15,6 Punkten gefallen, hatte sich aber bis zuletzt sukzessive verbessert. Die Lage bleibt weiter sehr volatil. Nach wie vor erwarten in den kommenden sechs Monaten mehr Institute eine Verschlechterung der Geschäftslage als eine Verbesserung. Im Vergleich zu früheren Umfragen hat sich deren Anteil aber deutlich verringert. Das Geschäftsklima stieg dank der verbesserten Ausgangslage auf einen positiven Wert von 16,3 Punkten. Im vergangenen Halbjahr 2023 lag dieser Wert mit minus 2,2 noch knapp im Negativen.

Die Hauptursache für die Entwicklung beim Geschäftsklima und den Erwartungen ist der Ausblick auf eine Stabilisierung der Wirtschaft und damit einhergehend eine erwartete Senkung der Leitzinsen. Der Höhepunkt der Krise nach der Corona-Pandemie, hohen Energiepreisen und Negativwachstum scheint überwunden. Allerdings muss

vor allem das Wohnungsbaugeschäft erst wieder anlaufen. „Wir benötigen dringend umfangreiche Strukturreformen, sonst wird Deutschland den Anschluss an andere Volkswirtschaften verlieren“, mahnte Scheller.

### Signale stehen auf Zuversicht

Im Kreditgeschäft mit Privatkunden scheint die Talsohle ebenfalls erreicht, auch wenn eine Rückkehr zur Normalität noch auf sich warten lässt. Nach dem historischen Tiefstand von saldiert minus 81,6 Zählern im Sommer des vergangenen Jahres, erholte sich das Privatkundengeschäft auf minus 68,8 Zähler. Die Bewertung der Geschäftslage in den kommenden sechs Monaten drehte sich auf 29,7 Zähler in den positiven Bereich. Mehr Banken rechnen mit einer anstehenden Verbesserung der Lage als mit einer weiteren Verschlechterung. Zurückzuführen ist der Einbruch im Kreditgeschäft mit Privatkunden vor allem auf den erheblichen Rückgang in der Baufinanzierung.

Auch im Firmenkundensegment verbesserte sich die Einschätzung der aktuellen Kreditvergabe erstmals seit 2022 et-

was. Mit minus 30,2 Saldopunkten bewerten die bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken die Nachfrage aber immer noch als schwach. „Die Kombination aus kontraktiver Geldpolitik und fehlenden Impulsen für die Wirtschaft verunsichert den bayerischen Mittelstand. In der Folge wird weniger investiert“, analysierte Scheller. Für die kommenden sechs Monate erwarten die Institute analog zum Privatkundengeschäft eine deutliche Verbesserung ihrer Situation.

„Die Signale stehen auf Zuversicht“, sagte Scheller. Allerdings sei eine konjunkturelle Erholung kein Selbstläufer. „Wir brauchen jetzt endlich den Mut und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und bürokratische Hemmnisse abzubauen. Vor allem die überbordende Regulierung sollte schnell zurückgefahren werden“, mahnte Scheller.

Der Genossenschaftsverband Bayern e.V. (GVB) vertritt seit mehr als 130 Jahren die Interessen bayerischer Genossenschaften. Zu seinen 1.186 Mitgliedern zählen 184 Volksbanken und Raiffeisenbanken (davon 29 Banken mit Warengeschäft) sowie 1.002 Unternehmen aus Branchen wie Landwirtschaft, Energie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen. Sie bilden mit rund 50.000 Beschäftigten und 2,8 Millionen Anteilseignern eine der größten mittelständischen Wirtschaftsorganisationen im Freistaat (Stand: 31.12.2023). □

KfW-Kommunalpanel 2024:

## Getrübe Stimmung in den Kämmereien

Das aktuelle, vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) durchgeführte KfW-Kommunalpanel 2024, bestätigt die finanziell düsteren Zukunftsaussichten in Deutschlands Kommunen. Wesentliche Ursache für die weitere Anspannung ihrer finanziellen Lage im vergangenen Jahr sei die Ausgabensituation gewesen, getrieben durch gestiegene Sozial- und Personalausgaben, so das Ergebnis der Befragung. Eine große Rolle habe aber auch die hohe Inflation gespielt. Analog dazu sei die kommunale Verschuldung wieder angewachsen.

Angesichts dieser Gesamtsituation bewerteten 58 Prozent der insgesamt knapp 800 teilnehmenden Kommunen ihre aktuelle Finanzlage im vergangenen Jahr als bestenfalls „ausreichend“. Dies sind knapp 10 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Zu einer positiven Einschätzung der Finanzlage kommen derzeit nur noch 17 Prozent der befragten Kommunen, ein Minus von 6 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Noch pessimistischer ist der Ausblick der Kämmereien auf die kommenden fünf Jahre: Angesichts der engen kommunalen Haushaltsspielräume erwarten nur noch 2 Prozent der Kommunen eine positive Entwicklung ihrer Finanzlage, die große Mehrheit von 88 Prozent blickt eher negativ in die nahe Zukunft.

### Sorge vor Investitionskürzungen

Die Sorge ist, dass dieser Umstand über kurz oder lang beispielsweise zu niedrigeren Investitionen führen wird. Für das aktuelle Jahr rechnen die Kommunen aber mit Gesamtinvestitionen von 45 Mrd. Euro in ihren Kernhaushalten. Insgesamt legen die Investitionsplanungen damit um 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu, gleichen aber die Preissteigerungen im Bausektor nicht aus. Wichtigste Investitionsschwerpunkte bleiben mit knapp 13 Mrd. Euro die Schulen, gefolgt von knapp 11 Mrd. Euro für die Straßen. Mit Abstand folgen die Kinderbetreuung sowie der Brand-

und Katastrophenschutz mit jeweils rund 4 Mrd. Euro. Für die öffentlichen Verwaltungsgebäude werden nur etwas mehr als 3 Mrd. Euro eingeplant.

### Investitionsrückstand bei den Kommunen

In der bundesweiten Hochrechnung führten die steigenden Preise gemeinsam mit weiter zunehmenden Anforderungen an die kommunale Infrastruktur zu einem Anstieg des wahrgenommenen Investitionsrückstands der Kommunen auf insgesamt 186,1 Mrd. Euro. Das entspricht 20,5 Mrd. Euro bzw. 12,4 Prozent mehr als im Vorjahr und wird im Wesentlichen durch die Investitionsbereiche Straßen (+ 9,7 Mrd. Euro auf 48,3 Mrd. Euro), Schulen (+ 7,3 Mrd. Euro auf 54,8 Mrd. Euro) sowie Brand- und Katastrophenschutz (+ 4,0 Mrd. Euro auf 16,3 Mrd. Euro) getrieben. Weitere größere Blöcke des Investitionsrückstands stellen Verwaltungsgebäude mit 18,8 Mrd. Euro, Kitas mit 12,7 Mrd. Euro und Sportstätten mit 12,1 Mrd. Euro dar.

Als Sonderthema des diesjährigen KfW-Kommunalpanels wurden kommunale Investitionen in Verwaltungsgebäude in den Blick genommen. Auf sie entfällt seit Jahren ein relativ hoher Anteil des kommunalen Investitionsrückstands. Die Difu-Analyse offenbart nicht nur, dass der Zustand von Verwaltungsgebäuden in der Kommunalpolitik in der Regel keine hohe Priorität besitzt, sondern do-

kumentiert auch, dass gerade in den Bereichen, die mit dem energetischen Zustand der Gebäude zusammenhängen, besonders hohe Investitionsbedarfe bestehen.

### Fehlende Eigenmittel

Verschiedene Hemmnisse stehen einer Steigerung der kommunalen Investitionstätigkeit im Wege oder verzögern die Umsetzung von Investitionen. In mehr als der Hälfte der Kommunen werden notwendige Projekte aufgrund fehlender Eigenmittel nicht durchgeführt. Gleich mehrere Ursachen sind zudem dafür verantwortlich, dass sich Investitionen regelmäßig erheblich verzögern. Dazu gehören Liefer- und Kapazitätsengpässe in der Bauwirtschaft, komplexe Genehmigungs- und Verabreichungsverfahren, aber auch die oft langwierige Bearbeitung von Förderanträgen sowie Personalmangel in der Bauverwaltung.

Kaum verändert hat sich im Vergleich zum Vorjahr, wie die Kommunen ihre Investitionen finanzieren. Eigenmittel machen rund die Hälfte im Finanzierungsmix aus, während sich die andere Hälfte weitgehend aus Fördermitteln (22 Prozent) sowie Kommunalkrediten (24 Prozent) zusammensetzt. Angesichts der immer enger werdenden Haushaltsspielräume erwartet jede zweite Kommune eine steigende Bedeutung der Kreditfinanzierung. Dies fällt in einen Zeitraum deutlich gestiegener Zinsen. Rund 40 Prozent der Kommunen, die einen Kredit in Anspruch genommen haben, empfanden die Konditionen der Kreditaufnahme im vergangenen Jahr als eher oder sehr schlecht. Für das kommende Jahr bleibt der überwiegende Teil der Kommunen auch mit Blick auf die Kreditkonditionen pessimistisch. □

Erste Bilanz der LBS Landesbausparkasse Süd

## Start geglückt

Summe der Bauspardarlehen fast verdreifacht – 7,75 Milliarden Euro für den Wohnungsbau

Nach einem herausfordernden Jahr 2023, in dem die LBS Südwest und die LBS Bayern fusionierten, hat die neu entstandene Landesbausparkasse Süd ihr erstes Geschäftsjahr erfolgreich abgeschlossen. Die LBS Süd ist die größte der fünf Landesbausparkassen in Deutschland und erreicht per Ende September 2023 einen Marktanteil von 34 Prozent in ihrem Geschäftsgebiet. Ihre Kundinnen und Kunden verfügen über rund 3,3 Mio. Verträge mit einer Bausparsumme von etwa 160 Mrd. Euro. Die vorläufige Bilanzsumme der LBS Süd beträgt 38,1 Mrd. Euro. Damit steht sie künftig unter der Aufsicht der Europäischen Zentralbank. Da die Fusion rückwirkend zum 1. Januar vollzogen wurde, bilanziert die LBS Süd für 2023 ihr erstes volles Geschäftsjahr.

Gegenüber dem von der dramatischen Zinswende geprägten Ausnahmejahr 2022 hat sich das Bausparneugeschäft im vergangenen Jahr normalisiert. 2023 wurden in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz knapp 218.000 Verträge (-10,8 %) über eine Bausparsumme von 16,4 Mrd. Euro ab (-19,9 %). Das Neugeschäft erreicht damit ein hohes Niveau, das die Vorjahre 2020 und 2021 noch deutlich übertrifft. Erfreulich ist der sehr hohe und stark gestiegene Anteil der Bauspardarlehen, deren Summe sich seit 2021 mehr als verdreifacht hat.

Die Summe der Auszahlungen von Bauspardarlehen stieg 2023 um rund 186 Prozent auf 1,17 Mrd. Euro. „Darin zeigt sich der Kernnutzen des Bausparens, der mit der abrupten Zinswende wieder in den Fokus gerückt ist: langfristig sichere und günstige Darlehenszinsen. Wer noch einen zuteilungsfähigen Bausparvertrag hat, kann jetzt bei der Baufinanzierung davon profitieren“, sagt Stefan Siebert, Vorsitzender des Vorstands der LBS Süd. In den nächsten Jahren werden bei der LBS Süd Jahr für Jahr

Bausparverträge mit mehr als 5 Mrd. Euro Bausparsumme in die Zuteilung kommen – und das ganz überwiegend zu einem Darlehenszins von unter 3 Prozent.

Im Gesamtjahr 2023 erreichte die LBS Süd ein Finanzierungsneugeschäft in Höhe von 2,8 Mrd. Euro (-25 %). Die gesamten Wohnbaufinanzierungen von Privathaushalten und Selbstständigen in Deutschland verzeichneten einen Rückgang von gut 37 Prozent. Die Kreditauszahlungen beliefen sich 2023 insgesamt auf 3,26 Mrd. Euro (-7,7 %). Inklusiv der Bausparguthaben stellte die LBS Süd ihren Kundinnen und Kunden im vergangenen Jahr rund 7,75 Mrd. Euro (+2,8 %) zur Verfügung. Der Kreditbestand betrug zum Jahresende 23,0 Mrd. Euro.

### Wachstumsmarkt kommunales Bausparen

Neben privaten Haushalten können auch Kommunen und kommunale Unternehmen mit einem Bausparvertrag für künftige Investitionen vorsorgen oder unmittelbar erforderliche Maßnahmen finanzieren. Dies ist eine

wesentliche Voraussetzung für eine zuverlässige Planung und gerade bei angespannter Haushaltslage von großer Bedeutung. Mit den gestiegenen Zinsen registriert die LBS Süd auch ein verstärktes Interesse von Kommunen an Bausparverträgen als Zinssicherungsinstrument. Kommunale Bausparverträge haben im Geschäftsjahr 2023 bei der LBS Süd eine Summe von rund 460 Millionen Euro erreicht.

Zum Zinsanstieg addierten sich Unsicherheiten über staatliche Förderprogramme, die Energiepreise, steigende Baukosten und Bauauflagen als bremsende Faktoren. Die Finanzierung der eigenen vier Wände ist die größte und langfristige Investition eines Privathaushalts. Deshalb gehören Planungssicherheit und Verlässlichkeit zu den wichtigsten Rahmenbedingungen, um Wohneigentum zu erwerben.

### Wohnungspolitik gefordert

Die Baugenehmigungen waren im Geschäftsgebiet der LBS Süd im vergangenen Jahr zweistellig rückläufig: in Bayern mit einem Minus von knapp 25 Prozent. Mit Blick auf den zunehmenden Wohnungsmangel und die weiter steigenden Mieten sieht die LBS Süd dringenden Handlungsbedarf. Angesichts des sich abzeichnenden Fehlens von mehr als 700.000 Wohnungen fordert Siebert die Politik auf, die Wohneigentumsbildung nicht aus den Augen zu verlieren. Wohneigentum entlastet den Wohnungsmarkt. □



## Bestens abgesichert.

Frühzeitig vorsorgen mit der PlusPunktRente!

Die BVK Zusatzversorgung bietet mit der PlusPunktRente die optimale Absicherung fürs Alter – zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente.

- hohe garantierte Rente
- staatliche Förderung
- keine Vermittlungsprovision
- flexible Beitragsgestaltung
- sichere Versorgung aus einer Hand



Beratungstermin

Jetzt informieren und beraten lassen!

Einfach QR-Code scannen und Beratungstermin vereinbaren.

 **BVK** Bayerische  
Versorgungskammer  
ZUSATZVERSORGUNG

Jetzt anmelden!  
UNSER NEWSLETTER  
www.bvk-zv.de/Newsletter

Jetzt lesen!  
UNSER MAGAZIN  
www.bestens-abgesichert.de

Folgen Sie uns!  
UNSERE SOCIAL MEDIA ACCOUNTS  
bvkzuzatzversorgung

Bayernwerk stellt Studie vor:

## 6,9 Gigawatt zu wenig gesicherte Leistung

Erzeugungslleistung aus zentralen Großkraftwerken geht zurück; Verbrauchlast steigt bis 2030

Mit einer „Wachstums-offensive Energiezukunft Bayern“ holt das Bayernwerk laut Vorstandsvorsitzendem Dr. Egon Leo Westphal zum großen Wurf aus. „Mit einem für das Bayernwerk historischen Wachstumsprogramm gehen wir als Unternehmen ‚All-in‘ und starten ein mehrjähriges, milliardenschweres Programm für den Ausbau unserer bayerischen Verteilnetze. Bis 2028 – also in den nächsten vier Jahren – wollen wir die Netze um zusätzliche 540 Kilometer Hochspannungsleitung, etwas mehr als 10.000 Kilometer Mittelspannungsleitung, knapp 10.000 Kilometer Niederspannungsleitung, 173 Umspannwerke und 8.500 digitale Ortsnetzstationen erweitern. Und das ist erst der Anfang einer dynamisierten Netzentwicklung.“

Um das zu stemmen, erhöhe das Unternehmen die Belegschaftszahl signifikant im vierstelligen Bereich. Personal- und Vertriebsvorstand Albert Zettl: „Zum Ende des ersten Quartals 2024 arbeiten in der Bayernwerk-Gruppe über 4.200 Mit-

arbeiterinnen und Mitarbeiter an der bayerischen Energiezukunft. In herausfordernden gesamtwirtschaftlichen Zeiten bedeutet das für die letzten 18 Monate einen Wachstumssprung von mehr als einem Drittel.“ Die Wachstums-offensive schaffe zu-

Energieministerkonferenz 2024 in Kiel:

## Koordinaten künftiger Energiepolitik

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger hat bei der Energieministerkonferenz 2024 in Kiel die Bundesregierung aufgefordert, den Bundesratsbeschluss zu wasserstofffähigen Gaskraftwerken schnellstmöglich voranzutreiben. „Deutschland braucht im Rahmen der Kraftwerksstrategie genügend wasserstofffähige Gaskraftwerke für die Versorgungssicherheit, gerade auch im Süden. Nur mit einem raschen, signifikanten Zubau grundlastfähiger Kraftwerke kann die Stromversorgungssicherheit trotz Kohleausstieg gewährleistet werden“, hob der Staatsminister hervor.

Er bat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, nach der bis Jahresende 2024 geplanten Ausschreibung von Kraftwerken mit einer Erzeugungskapazität von insgesamt 10 Gigawatt rasch Kapazitäten von weiteren sieben bis elf Gigawatt auf den Weg zu bringen. Nach Kalkulation der Bundesnetzagentur müsse Deutschland ab 2031 etwa 17 bis 21 Gigawatt Kraftwerkskapazitäten zur Verfügung haben. Zehn Gigawatt seien zu wenig. Die Wirtschaft brauche eine sichere Stromversorgung trotz Kohleausstieg. Aiwanger zufolge „können wir uns Unsicherheit nicht leisten. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien kommt gut voran, aber wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, brauchen wir genügend Kraftwerkskapazität in Deutschland. Ich habe Sorge, dass wir nicht schnell genug vorankommen.“ Aiwanger wies darauf hin, dass der Bund den Ausbau der Wärmenetze mit ausreichend Bundesmitteln fördern müsse: „Klimafreundliche Wärmenetze sind ein zentraler Bestandteil der Dekarbonisierung der kommunalen Wärmeversorgung. Der Bund muss ausreichend Mittel verlässlich zur Verfügung stellen.“

Zudem stellte Bayerns Wirtschafts- und Energieminister den Entwurf für eine Bayerische Speicherstrategie vor. „Mit der Bayerischen Speicherstrategie haben wir bereits ein konkretes Konzept für den Speicherhochlauf entwickelt. Der Bund hat das bisher leider versäumt“, stellte Aiwanger fest.

Bayerische Speicherstrategie

Die Bayerische Speicherstrategie ist die erste von fünf Teilstrategien zur Umsetzung des im bayerischen Koalitionsvertrag vereinbarten Energieplans Bayern 2040. Die weiteren Teilstrategien Versorgungssicherheitsstrategie, Wasserstoffstrategie 2.0, Wärmestrategie und Erneuerbare-Energien-Strategie werden nacheinander im weiteren Verlauf des Jahres 2024 entwickelt und ergeben das energiepolitische Gesamtkonzept.

Aiwanger zufolge müssen auf Bundesebene zunächst die regulatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, um den er-

forderlichen Speicherausbau zu ermöglichen, insbesondere sollte die Speicherdefinition einheitlich in den verschiedenen Gesetzen gehandhabt werden. Aber auch auf bayerischer Ebene wolle man tätig werden und etwa zusätzliche Pumpspeicherkraftwerke in Bayern ermöglichen. Außerdem sollen im Bereich der Wasserstoffspeicherung erste konkrete Projekte auf den Weg gebracht werden.

Der DStGB forderte im Austausch mit den Ministerinnen und Ministern eine ausreichende Finanzierung der Wärmeplanung. Bereits jetzt sei klar, dass gerade in kleineren Gemeinden die verfügbaren personellen und finanziellen Kapazitäten in keinem Verhältnis zur Aufgabe der Wärmeplanung stehen. Im Rahmen der Förderung bedürfe es deshalb eines ausreichenden Sockelbetrags, der unabhängig von der Einwohnerzahl der Gemeinden gewährt wird. Alle Gemeinden seien unabhängig von ihrer Größe zur Wärmeplanung verpflichtet, unterstrich Beigeordneter Timm Fuchs.

Bundesregierung in der Pflicht

Gegenüber dem Bund machte der DStGB deutlich, dass die Bundes-Förderung der Wärmeplanung nach der Kommunalrichtlinie vollständig gewährt werden muss. Alle Gemeinden, die form- und fristgerecht einen Antrag gestellt haben, der die inhaltlichen Anforderungen der Förderrichtlinie erfüllt, müssten auch in den Genuss der Fördermittel kommen. Dies war zuletzt unter Verweis darauf infrage gestellt worden, dass keine Bundesförderung gewährt werden kann, sobald den Gemeinden durch Landesgesetz eine Verpflichtung zur Wärmeplanung auferlegt wird.

An die Länder appellierte Timm Fuchs, im Rahmen der Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes des Bundes Verfahrensvereinfachungen zugunsten der planenden Gemeinden zu schaffen. Dazu zählt etwa, die Planung in gemeindlichen Konvois zu ermöglichen und zugleich ein verkürztes Verfahren für Gebiete einzurichten, in denen weder die Errichtung eines Wärme- noch eines Wasserstoffnetzes in Betracht kommt.

dem einen zusätzlichen Bedarf von mehreren tausend Stellen bei Dienstleisterfirmen.

Bayernwerk-Finanzvorständin Dr. Daniela Groher stellte die Entwicklung des Netzbudgets vor: „In Summe wird das Bayernwerk damit von 2024 bis 2026 5,1 Mrd. Euro für Bayerns Energiezukunft aufbringen.“ Daniela Groher verwies bei der Vorstellung der Netzbudgets darauf, dass jegliche Investitionsvorhaben immer in Verbindung zu wirtschaftlichen Umfeldbedingungen wie Materialverfügbarkeit, Kostenentwicklungen, Inflationsgeschehen, Fachkräftebedarf, Genehmigungsdauer oder auch zur gesellschaftlichen Akzeptanz örtlicher Maßnahmen stehen.

So kann der Aufwand deutlich reduziert werden.

Ein weiteres Thema des Austauschs mit den Ministern war die Transformation der Gasverteilnetze. Der Kommunalverband stellte klar, dass es nicht Aufgabe der Gemeinden sei, in Fällen von Unwirtschaftlichkeit künftig Gasnetze zu betreiben. Wenn sich kein Versorgungsunternehmen mehr findet, sollte der bisherige Netzbetreiber gegen eine wirtschaftliche Entschädigung durch den Gesetzgeber zu einem befristeten Weiterbetrieb verpflichtet werden. Der Bundesgesetzgeber sei mit hin gefordert, entsprechende Regelungen zu treffen, die einen geordneten Rückzug aus der Gasversorgung ermöglichen. Ein vollständiger Rückbau der Gasnetze sei volkswirtschaftlich ineffizient. Auch kämen ggf. Nutzungen in Betracht. Die Gemeinde sollte aber im Bedarfsfall, etwa wenn die Leitungen die Ertüchtigung der Verkehrsinfrastruktur beeinträchtigen, die Beseitigung stillgelegter Leitungen verlangen können.

Verteilnetzentgelte wälzen

Darüber hinaus gelte es, den Wasserstoffhochlauf dezentral auszugestalten, damit im Interesse gleichwertiger Lebensverhältnisse die damit verbundene Wertschöpfung auch in ländlichen Regionen entsteht. Um die Regionen zu entlasten, in denen der starke Zubau erneuerbarer Energien für hohe Strompreise sorgt, müssten die dortigen Netze (sog. Verteilnetzentgelte) bundesweit gewälzt werden.

Mit Blick auf den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien unterstrich der Deutsche Städte- und Gemeindebund, dass die Akzeptanz vor Ort gegenüber Windenergie- und Solaranlagen maßgeblich davon abhängt, ob der Ausbau von den Gemeinden gesteuert werden kann. Durch eine finanzielle Beteiligung der Gemeinden an Wind- und Photovoltaikanlagen würden Vorteile für die örtliche Gemeinschaft sichtbar.

Insofern kritisierte der Verband sehr deutlich, dass dies im von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Solarpaket I nicht ausreichend berücksichtigt wurde: Für Solaranlagen des sog. ersten Segments gebe es dort keine finanzielle Beteiligung der Gemeinden und die kommunale Duldungspflicht für die Verlegung und den Betrieb von Anschlussleitungen für erneuerbare Energien Anlagen sei zu weit gefasst. Beides müsse im folgenden Solarpaket II dringend nachgebessert werden. DK

Ein Einspeiserekord jagt den nächsten

Die bisherige Entwicklung der Energiewende in Bayern bezeichnete Egon Leo Westphal im Rückblick als Erfolgsgeschichte. „Waren es 2015 noch 40.000 Photovoltaikanlagen, konnten wir 2023 über 87.000 Anlagen mit einer Leistung von mehr als 2.200 Megawatt neu an unser Netz anschließen, so viele wie nie zuvor“, betonte Westphal. Der Vorstandsvorsitzende gab einen Einblick, was das in der Praxis des Netzbetriebs bedeutet. „Pünktlich zum 103. Geburtstag des Bayernwerks kam es zu einem PV-Einspeiserekord. ... Wir sind ein wetterabhängiges Großkraftwerk und trotzdem zu 99 Prozent versorgungssicher.“ Das Jahr 2024 stehe im Zeichen der Energiezukunft. „Erstmals in der Bayernwerk-Geschichte werden wir in diesem Jahr dank PV mehr Energie aus unseren Netzen exportieren als importieren. Das neue Energiesystem wird sichtbar“, so Westphal.

Bei der Jahrespressekonferenz ging der Vorstandsvorsitzende ebenso auf aktuelle Massenphänomene der Energiewende ein, die das Bayernwerk und seine Mitarbeitenden derzeit stark fordern. So verzeichne das Unternehmen bei Einspeisern, Speichern und andere Bezugsanlagen von Januar bis März 2024 rund 47.000 Anfragen. Das sei im Vergleich zum Vorjahreszeitraum eine Steigerung um rund 24 Prozent. „Da fällt es je nach regionaler Situation oft schwer, Schritt zu halten. In der Transformation bleiben wir alle Lernende. Wir kennen die aktuellen Engpässe und arbeiten an Lösungen“, so der Vorstandsvorsitzende. Problematisch wirke sich in allen Bereichen der Transformation aus, dass der Ausbau Erneuerbarer Energie nicht an die Netze angepasst sei.

„Nach wie vor fehlt ein effizienter und steuernder Bauplan. Es geht immer noch nach dem Motto ‚Erneuerbare voran, Netze hinterran‘. Das ist die falsche Reihenfolge. Durch den massiven Zubau von Erneuerbarer Energie werden in vielen Regionen vor-

Kommunale Wärmeplanung:

## Klarheit vom Bund bei Förderprogrammen gefordert

Runder Tisch von Staatsminister Hubert Aiwanger mit Vertretern der Kommunen und der Energiewirtschaft

Auf Initiative von Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger hat ein Runder Tisch zur kommunalen Wärmeplanung stattgefunden. Im Fokus stand die Frage, wie das Wärmeplanungsgesetz des Bundes in den Bayerischen Kommunen und Städten umgesetzt werden soll. Dazu der Wirtschaftsminister: „Viele bayerische Kommunen sind bereits ohne bundespolitischen Zwang in die Wärmeplanung gestartet. Als Staatsregierung begleiten wir unsere Städte und Gemeinden eng bei der Umsetzung der bundespolitischen Vorgaben.“

In der Planung werde es keine Zwänge oder planwirtschaftliche Vorgaben geben, versichert der Minister. „Wir müssen die Bürger mitnehmen und gut beraten. Die Wärmewende wird in der Praxis das Ergebnis vieler individueller Lösungen sein. Im Gegensatz zur Bundesregierung wollen wir in Bayern niemandem pauschale Lösungen aufdrängen, die oftmals weder praktikabel noch bezahlbar sind. Stattdessen sehe ich die große Chance einer breit aufgestellten kommunalen Wertschöpfung, an der sich je nach Kommune verschiedene Akteure wie Stadtwerke, Bürgerenergiegenossenschaften, Landwirte oder Privatunternehmen beteiligen können.“

Immenser Kostenfaktor

Von der Bundesregierung fordert Aiwanger ausreichend Fördermöglichkeiten. „Die Planung ist ein immenser Kostenfaktor für die Kommunen. Als Freistaat werden wir unseren Beitrag leis-



Das Vorstandsteam v.l.: Albert Zettl, Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Leo Westphal und Dr. Daniela Groher.

Bild: Florian Hammerich, altfoto/ Bayernwerk AG

handene Netzkapazitäten ausgereizt. Der Ausbau der Energienetze kann da nicht Schritt halten. Deshalb steht ein bayerischer Landesbedarfsplan auf Platz eins unserer politischen Forderungen“, so Westphal.

„Plug and Play“ mit Einspeisesteckdose

Erneuerbare Energie müsse dorthin, wo die Netze sind. Nicht umgekehrt. Dazu habe das Bayernwerk gemeinsam mit LEW Verteilnetz eine wirkungsvolle Lösung entwickelt: die sogenannte Einspeisesteckdose. Westphal: „An passenden Stellen des Netzes bauen wir spezielle Einspeise-Umspannwerke, die für die Aufnahme Erneuerbarer Energie da sind. So stellen wir proaktiv zusätzliche Kapazitäten bereit, an die sich regional Erneuerbare Energie-Anlagen anschließen oder anstecken können, also „Plug and Play“ in der Energiezukunft.“

Studie und Strategiekonzept für gesicherte Leistung

Mit Fokus auf Versorgungssicherheit hat das Bayernwerk in der Jahrespressekonferenz eine landkreisspezifische Studie vorgestellt. Laut der Studie hat Bayern aus heutiger Sicht für das Jahr 2030 eine Lücke von 6,9 Gigawatt an gesicherter Leistung. Denn die gesicherte Erzeugungslleistung aus zentralen Großkraftwerken in Bayern geht zurück. Und die Verbrauchlast steigt.

Auf Basis dessen hat das Bayernwerk ein Konzept vorgestellt, wie in Ergänzung und unterstützend zur Kraftwerksstrategie des Bundes dezentrale Potentiale in den bayerischen Regionen genutzt werden können, um eine bayerische Leistungslücke zu vermeiden. „Dabei geht es konkret um die Einbindung von Flexibilität in Haushalten und Gewerbe, den Ausbau von Großspeichern, die Erweiterung bestehender Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und den Zubau dezentraler „H2-ready“-Gaskraftwerke. Das sind Schätze, die man nutzen sollte“, erklärte der Vorstandsvorsitzende. „Eine wichtige Erkenntnis lautet: Wärmeplanung, Mobilität und Versorgungssicherheit müssen auch verzahnt gedacht und entwickelt werden“, so Egon Leo Westphal weiter.

Bayernwerk-Akademie für Nachwuchs und Fachkräfte

Der Fachkräftemangel bleibt laut Albert Zettl ein Megathema in der Energiebranche, das Antworten fordert. „Wir haben als Bayernwerk proaktiv einen revolutionären Kurs gewählt und mit der Bayernwerk-Akademie unsere eigene Nachwuchs- und Fachkräfteschmiede ins Leben gerufen“, erklärte der Personal- und Vertriebsvorstand. Darüber hinaus verstehe sich die Bayernwerk-Akademie als Fachkräftemotor für die gesamte Energiebranche mit dem Ziel ein weites Wissensnetzwerk aufzubauen. Erste Initiativen sind bereits auf dem Markt. In einer Kooperation mit IHK Regensburg kann die Ausbildung zum Industriemeister für Elektrotechnik erfolgen. Für Quereinsteiger in die Energiewirtschaft bietet die Bayernwerk-Akademie die hauseigene EFK-Ausbildung sowie ein Ausbildungsprogramm in Form eines Qualifikationsprints. Ab dem beginnenden Wintersemester bietet die Akademie eigens entwickelte Bachelor- und Masterstudiengänge an.

„Ein vielversprechendes neues Geschäftsfeld der Bayernwerk Natur liegt im Bereich der Großbatteriespeicher. Großbatteriespeicher gewinnen bei großen PV-Freiflächenanlagen stark an Bedeutung. Die Kombination aus Erzeugung und Speicherung macht derartige PV-Freiflächenanlagen zum Schweizer Taschenmesser der Energiewende“, betont der Vertriebsvorstand. Stolz sei man mit dem Partner Stadtwerke Dingolfing auf einen Dekarbonisierungs-Auftrag am größten BMW-Produktionsstandort Europas in Dingolfing. „Ab Mitte 2025 werden dort durch unser Biomasseheizwerk 50 Prozent grüne Prozesswärme aus regionalem nachhaltigem Restholz erzeugt“, so Albert Zettl. Und einen Meilenstein gab es in Geschäftsfeld der Straßenbeleuchtung. „Wir betreiben in 1.200 bayerischen Kommunen die Straßenbeleuchtung. Vor einer Woche haben wir die 500.000ste LED-Leuchte in Betrieb genommen. Damit sind knapp 75 Prozent aller 650.000 Leuchten umgerüstet. Die Vollumrüstung fassen wir für 2026 ins Auge“, blickt Albert Zettl voraus. CH

Energeminister Aiwanger:

## Neue Märkte erschließen

Bei der Grundsteinlegung für den Bau von drei Windenergieanlagen im Höhenkirchener Forst würdigte Energeminister Hubert Aiwanger das „Modellprojekt für ganz Bayern“. Das Bürgerwindprojekt zeige exemplarisch, wie durch Bürgerbeteiligung der Ausbau erneuerbarer Energien erfolgreich umgesetzt werden kann. Die frühe Einbindung der lokalen Bevölkerung habe entscheidend zu Vertrauen und Akzeptanz beigetragen.

Anfang 2020 wurde der Standortsicherungsvertrag abgeschlossen und im Frühjahr 2023 hatten die Gemeinden Egming, Oberpfammern und Höhenkirchen-Siegertsbrunn gemeinsam die Genehmigung für die Windenergieanlagen beantragt. In naher Zukunft können sich die Einwohner der drei

Gemeinden an den Windenergieanlagen als sogenannte Kommanditisten an der Betreibergesellschaft beteiligen.

### Kommune profitiert

„Damit werden die Bürger zu Miteigentümern an den Windrädern und haben umfangreiche

Stimmrechte“, betonte Aiwanger. Außerdem profitiere die Kommune als Ganzes von der dezentralen Energiewende. Arbeitsplätze blieben erhalten oder würden neu geschaffen, weil regionale Firmen für den Windenergieausbau gebraucht werden. Die Pachteinnahmen wiederum kämen den Bayerischen Staatsforsten (BaySF) zugute, die das Geld sinnvoll für Waldumbau und Walderhalt einsetzen. Davon profitierten wiederum die Bürger. Aiwanger hofft, dass sich das beispielhafte Vorgehen auf geplante Wind-

parkprojekte in anderen Regionen positiv auswirkt.

Die drei Windenergieanlagen des Typs Enercon E-160 halten insgesamt knapp 17 MW an Leistung bereit und liefern rund 30 Millionen kWh Strom. Sie erzeugen so viel wie ungefähr 9.000 Haushalte im gleichen Zeitraum verbrauchen. Errichter und Betreiber des Windparks ist die „Bürgerwind Höhenkirchner Forst GmbH & Co KG“. Fachkundige Unterstützung beim Projekt leistete die Energieagentur Ebersberg-München.

### Bayerisches Biogas

Voranbringen will der Minister auch das bayerische Biogas, das aus seiner Sicht Ausgangsstoff für erneuerbares Kerosin sein könnte: „In Bayern erzeugen über 2.800 Anlagen Biogas. Diesen regionalen Rohstoff können wir auch zur Herstellung moderner Kraftstoffe nutzen. Statt fossilem Kerosin könnte bayerisches Biogas künftig Flugzeuge bewegen. Das ist ein echter Zukunftsmarkt für die Betreiber von Biogasanlagen“, bemerkte Aiwanger.

Um dieses Ziel zu erreichen, müsse Biogas zu Biomethan aufbereitet werden. Erst dann könne daraus Kerosin hergestellt werden. Entsprechende Projekte im Freistaat hätten dies bereits demonstriert.

„Jetzt müssen die rechtlichen Weichen gestellt werden“, erklärte der Minister und fordert deshalb vom Bund, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) anzupassen: „Wir müssen im EEG die massenbilanzielle Abrechnung im Rohgasnetz ermöglichen. So kann nachgewiesen werden, welcher Anteil des Roh-Biogases rein rechnerisch

für die Erzeugung von Biokraftstoffen genutzt wird. Auf diese Weise kann die Herstellung von Flugzeugtreibstoff aus Biomasse wirtschaftlich interessant werden.“

Aiwanger zufolge unterstützt der Freistaat Bayern seit mehreren Jahren tatkräftig Überlegungen und Planungen zum Aufbau von Demonstrationsanlagen und industriellen Produktionsanlagen für erneuerbare Flugkraftstoffe. „Leider legt der Bund Unternehmern und Investoren immer wieder Steine in den Weg. Wir brauchen freie Fahrt für Innovationen und Investitionen.“

Die massenbilanzielle Abrechnung von Biomethan erfolgt über entsprechende Herkunftsnachweise. Hier gibt es bereits etablierte Zertifizierungs- und Datenbanksysteme, in denen beispielsweise die Anrechnung von Biomethan auf die Kraftstoffquote geregelt sind. Dies könnte als Vorbild für die bilanzielle Teilung von Roh-Biogases dienen.

### Stichwort Wasserstofftankstellen

Nach Angaben des Bayerischen Wirtschaftsministeriums geht Anfang Juni das Bayerische Förderprogramm zum Aufbau einer Wasserstofftankstelleninfrastruktur in eine neue Runde. Damit sind neuerdings auch Wasserstofftankstellen für Pkw förderfähig. Projektskizzen können bis 15. Juli 2024 eingereicht werden. Das Bayerische Wirtschaftsministerium empfiehlt allen Interessenten, sich zeitnah mit dem Projektträger Bayern Innovativ abzustimmen.

„Nur wenn der Treibstoff in der Fläche zur Verfügung steht,

werden auch Fahrzeuge mit Wasserstoffantrieb gekauft. Dieses Henne-Ei-Problem kennen wir bereits aus der Elektromobilität. Mit unserem Förderprogramm gehen wir das an. Die Nachfrage gibt uns Recht: Alle drei bisherigen Förderaufrufe in den Jahren 2022 und 2023 waren stark überzeichnet“, teilte Aiwanger mit. Seit dem ersten Förderaufruf im März 2022 wurden inzwischen 23 Förderbescheide für Tankstellen in ganz Bayern ausgestellt. Die ersten drei Tankstellen sind in Betrieb, weitere folgen in Kürze.

Sorgen macht dem Energieminister allerdings, dass der Bund zahlreiche Förderprogramme im Wasserstoffbereich ausgesetzt hat. Besonders betroffen sind Wasserstoffbusse und -Nutzfahrzeuge. „Der Ausfall der Bundesprogramme schadet der bayerischen Wasserstoffwirtschaft. Viele Betriebe haben mit dem Geld vom Bund gerechnet und sind in Vorleistung gegangen“, erläuterte Aiwanger und fordert die Bundesregierung daher auf, die entsprechenden Förderprogramme weiterzuführen. „Genau das hat der Bund in der Fortschreibung der nationalen Wasserstoffstrategie angekündigt und muss jetzt liefern. Andernfalls gefährdet die Bundesregierung den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft in Bayern und ganz Deutschland“, machte Aiwanger deutlich.

Die Errichtung öffentlicher Tankstellen wird mit bis zu 90 Prozent, die von betriebsinternen Tankstellen mit 40 Prozent der zuwendungsfähigen Investitionskosten unterstützt. Der Freistaat hatte ein solches Förderprogramm als erstes Bundesland bereits im Oktober 2020 aufgelegt. **DK**

## LEW treibt Energiewende in der Region voran

### Umbau des Energiesystems als gemeinsame Kraftanstrengung

Die Energiewende im Südwesten Bayerns läuft auf Hochtouren: Die Transformation umfasst neben dem massiven Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auch den Aus- und Umbau der Stromnetze, die Flexibilisierung des Stromverbrauchs, neue Speichertechnologien sowie die Verbesserung der Energieeffizienz.

Derzeit speisen Ökostromanlagen mit einer Leistung von 3,5 Gigawatt in das Verteilnetz von LEW ein. Um Klimaneutralität zu erreichen, wird dieser Wert um ein Vielfaches steigen. Neben der Stromversorgung müssen gleichzeitig auch der Wärme- und der Verkehrssektor klimaneutral gestaltet werden.

### Grün, regional, digital

„Die Transformation ist eine Jahrhundertaufgabe“, sagt LEW-Vorstand Christian Barr. „Wir sind fest entschlossen, den Umbau des Energiesystems in der Region weiter voranzutreiben. Unser Leitbild dabei ist: grün, regional, digital“. Auf der Jahrespressekonferenz 2024 erläuterte das Unternehmen, wie LEW den Umbau des regionalen Energiesystems weiter beschleunigen will. Allein im Geschäftsjahr 2023 hat die LEW-Gruppe insgesamt 226 Millionen Euro investiert – so viel wie noch nie in der über 120-jährigen Geschichte des Unternehmens. Innerhalb von fünf Jahren plant LEW weitere Investitionen von 1,3 Milliarden Euro. Auch die Neueinstellungen erreichten 2023 mit 284 neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen historischen Höchststand. Die heimische Wirtschaft profitiert ebenfalls vom Wachstumskurs der LEW-Gruppe: Im vergangenen Jahr gingen Aufträge mit einem Volumen von über 90 Millionen Euro an Unternehmen der Region.

Die Wurzeln von LEW liegen in der Wasserkraft. Jedes Jahr liefern die 36 von LEW betriebenen Wasserkraftwerke rund eine Milliarde Kilowattstunden CO<sub>2</sub>-freien Strom. Das entspricht dem jährlichen Strombedarf von mehr als 300.000 Haushalten. Außerdem übernimmt LEW wichtige Zusatzfunktionen wie etwa den Hochwasserschutz. „Als Vorreiter der nachhaltigen Wasserkraft investieren wir kontinuierlich in Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerökologie sowie in die Modernisierung und technologische Weiterentwicklung der Anlagen“, sagt LEW-Vorstand Dietrich Gemmel. Dabei kommen auch neue digitale Technologien zum Einsatz – etwa künstliche Intelligenz für die Erzeugungsprognose. Im Bereich der Photovoltaik (PV) hat LEW die eigene Erzeugungskapazität innerhalb eines Jahres von 11 auf rund 26 Megawatt peak erhöht. Über die Genossenschaft LEW Bürger-Energie können sich Bürgerinnen und Bürger an vielen PV-Projekten von LEW finanziell beteiligen und damit von der Energiewende profitieren.

Neben der Stromwende sind die Wärme- und Verkehrswende unverzichtbare Bausteine für eine klimaneutrale Region. Für Kommunen und Geschäftskunden realisieren die Energieexperten der LEW integrierte und innovative Energielösungen, die Strom, Wärme und Mobilität miteinander verbinden.

Mehr als 100.000 Erzeugungsanlagen – vor allem Photovoltaikanlagen, aber auch Wasserkraft, Biomasse- sowie Windkraftanlagen – sind inzwischen an das LEW-Verteilnetz angeschlossen. Ihre gesamte Erzeugung hat 2023 rechnerisch fast 90 Prozent des Strombedarfs aller an das Verteilnetz angeschlossenen Stromkunden gedeckt. Der Wert liegt damit weit über dem Bundesdurchschnitt von etwa 52 Prozent.

Die Anforderungen an die Infrastruktur sind deshalb schon heute enorm und werden weiter steigen. Innerhalb weniger Jahre haben sich die Anmeldezahlen neuer Erzeugungsanlagen vervielfacht: 2023 verzeichnete LEW Verteilnetz 25.000 Anmeldungen für neue PV-Anlagen unterschiedlichster Größenklassen. Rechnerisch gesehen wird inzwischen alle 300 Meter Ökostrom in das LEW-Verteilnetz eingespeist.

Bis zum Ende dieses Jahrzehnts muss die bestehende Netzinfrastruktur um etwa 50 Prozent erweitert werden. Um Klimaneutralität zu erreichen, ist in den Folgejahren ein weiterer erheblicher Netzausbau notwendig.

„Der Transformationsbedarf ist enorm. Wir müssen ihn so effizient wie möglich realisieren. Neben dem Ausbau von Leitungen und Anlagen gilt es, die Transparenz und Steuerbarkeit im System durch Smartifizierung zu erhöhen. Um die geänderten Anforderungen zu meistern, sind neue Lösungen gefragt“, sagt Christian Barr.

LEW Verteilnetz verfolgt diese neuen Ansätze in mehreren Projekten, etwa zur Beschleunigung und Optimierung der Netzanbindung neuer, großer Erzeugungsanlagen. Im Projekt FLAIR – „Flexible Anlagen intelligent regeln“, wiederum hat ein LVN-Team in Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Industrie einen Algorithmus entwickelt, der es ermöglicht, den Verbrauch von Wallboxen oder Wärmepumpen auf die lokale Erzeugungssituation abzustimmen und so die lokalen Netzressourcen optimal zu nutzen. Um Netzstabilität im größeren Maßstab geht es beim dezentralen Netzbooster, der in Kooperation mit Amprion und E.ON entsteht. Durch den Einsatz von dezentral im Verteilnetz ange-

schlossenen Batteriemodulen mit einer Gesamtleistung von 250 Megawatt sollen Leitungen im Übertragungsnetz von Amprion höher ausgelastet und teure Redispatch-Maßnahmen reduziert werden. Zusätzlich wird in dem Projekt untersucht, wie die Speicher im regionalen Verteilnetz zur Optimierung der Leitungsauslastung beitragen können.

Ein nachhaltiges und bezahlbares Energiesystem ist nur durch den Einsatz digitaler Technologien möglich. Dazu ist eine leistungsfähige IT-Infrastruktur notwendig. LEW TelNet, das Telekommunikationsunternehmen von LEW, sorgt mit einem über 7.000 Kilometer langen Glasfasernetz für eine hochwertige digitale Vernetzung der Region und bietet ein breites Spektrum digitaler Dienste an.

Mit dem neuen LEW Green Data Center entsteht derzeit in Augsburg ein Leuchtturmprojekt, das die Themen Digitalisierung, Regionalität und Klimaschutz unter einem Dach vereint. Mit seinem energieeffizienten und klimaschonenden Betrieb ist das grüne Rechenzentrum das erste seiner Art in der Region. Es bietet Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen die Möglichkeit, ihre Server-Infrastruktur in eine nachhaltige IT-Umgebung auszulagern und so aktiv ihren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck zu reduzieren.

### Gemeinsam Aufgaben angehen

Der Umbau des Energiesystems ist stark von den politischen Leitplanken abhängig. Deshalb kommt es entscheidend auf die weitere Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen an. Beispielsweise, indem Regulierungen vereinfacht, Genehmigungsprozesse vor allem beim Leitungsbau beschleunigt sowie PV- und Netzausbau besser koordiniert werden. „Es ist an der Zeit, gemeinsam die Rahmenbedingungen so anzupassen, dass sie einen erfolgreichen, zügigen und wirtschaftlichen Umbau unseres Energiesystems möglich machen“, sagt Christian Barr.

Einen weiteren Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende sieht LEW in Zusammenarbeit und Vernetzung auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene. „Nur durch den Austausch von Erfahrungen, die gemeinsame Entwicklung neuer Technologien und die intelligente energiewirtschaftliche Vernetzung von Regionen und Ländern werden wir die Herausforderungen bewältigen. Wir arbeiten an der grünen, regionalen und digitalen Zukunft im Südwesten Bayerns. Als Partner der Region bereitet LEW den Weg in die nachhaltige Zukunft“, so Dietrich Gemmel. „Diesen Weg sollten wir gemeinsam gehen.“ **□**

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:

## Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter [bayernwerk.de/buergerenergiepreis](https://www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis)







# Eine „Blaupause“ für weitere ähnliche Projekte

Auftakt des Gemeinschaftsprojekts Gabreta Smart Grids von Bayernwerk und E.ON Czech

Mit einem einzigartigen Event starteten die Bayernwerk AG und die tschechische E.ON-Konzernschwester EG.D in der Schwarzachtalhalle in Neunburg vorm Wald das gemeinsame, grenzüberschreitende Energieprojekt Gabreta Smart Grids. Bei dem 200-Millionen-Euro-Projekt (50-Prozent-Förderung durch die EU) geht es um eine smarte grenzüberschreitende Digitalisierung der Energienetze im bayerisch-böhmischen Raum und damit um die Sicherung der Stromversorgung. Bei Podiumsgesprächen wurden die gesellschaftlich-politischen sowie die technischen Aspekte erörtert. Für die EU-Kommission bezog Wolfgang Bücherl, Leiter der Regionalvertretung für Baden-Württemberg und Bayern, Stellung.

Umrahmt von moderner und klassischer Musik mit deutschen und tschechischen Musikern, die Stile ineinander verweben, standen im Hauptteil zwei Gesprächsrunden im Zentrum. Geleitet von der Schweizer Moderatorin Nina Havel diskutierten Dr. Egon

Leo Westphal (Vorstandsvorsitzender Bayernwerk AG), Claudia Viohl (Geschäftsführerin E.ON Tschechien), Hubert Aiwanger (stellvertretender Bayerischer Ministerpräsident und Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie) und Dieter

Janecek (MdB, Koordinator für maritime Wirtschaft und Tourismus, Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Bundestages) die Thematik aus politischer und gesellschaftlicher Sicht.

## Bedeutung der ländlichen Regionen

Einig waren sich die vier Podiumsteilnehmer, dass bei der Energiewende trans- bzw. international, europäisch und grenzüberschreitend gedacht und gehandelt werden müsse, aber zugleich alle regionalen Ebenen einzubeziehen seien. Westphal erinnerte an das Jahr 2018, in dem die Idee zu diesem Projekt ent-

stand. „Die Energiewende muss sich vor allem und auch in ländlichen Regionen vollziehen“, konkretisierte der Bayernwerk-Chef. Er verwies auf die gestiegene Einspeisung von Strom aus Erneuerbaren Energien, aber auch auf die Aspekte Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit, Preis/Kosten bzw. Finanzierbarkeit. Das Projekt Gabreta Smart Grids könne als Mikrokosmos für Europa im Feld der Energiewende im ländlichen Raum dienen, sei sicher aber „ein schweres Stück Arbeit“. Zusammenfassend nannte er dieses grenzüberschreitende Vorhaben eine „Blaupause“ für ähnliche Unternehmungen.

## Ohne Netze keine Energiewende

Dem stimmte auch Claudia Viohl zu. Sie kann sich auch vorstellen, dass ein Impuls davon ausgeht. Insgesamt sprach sie von „großen Herausforderungen durch die Energiewende, jedes Land muss seinen Beitrag leisten“. Für Tschechien nannte sie aktuell 17 Prozent Einspeisung aus Erneuerbaren Energien, bis 2030 sollen es 30 Prozent werden. „Wir könnten etwas schneller sein“, mahnte sie an. Doch dies sei mit hohen Investitionen in die Infrastruktur und –



Symbolisch fügten Dr. Egon Leo Westphal und Claudia Viohl zwei Stecker zusammen. Links Wolfgang Bücherl, rechts Dieter Janecek und Hubert Aiwanger.

Bild: Markus Bauer

damit einhergehend – mit entsprechender Gesetzgebung verbunden, die unter anderem Klarheit über Tarifstrukturen, Daten, Speicherung, Flexibilität bringen sollte. „Die Netze sind wichtig, ohne diese werden wir die Energiewende nicht schaffen“, so die Geschäftsführerin. Dafür seien erhebliche Investitionen nötig. „Das müssen wir viel mehr diskutieren und erklären – auch im Hinblick auf die Kostenverteilung“, machte Viohl deutlich. „Heute ist ein bedeutender Tag der gemeinsamen Weichenstellung“, freute sich Minister Aiwanger. Grundsätzlich ist ihm der

richtige Umgang mit Überschuss-situationen wichtig. Daher setzt er sich ganz besonders für die Speicherung und den intelligenten Ausbau von Speichertechnik ein. „Es geht darum, Energie abzunehmen und diese nicht abzuriegeln. Und möglichst viel dezentral zu erzeugen und auch zu verbrauchen“, so Aiwanger. Bei der Energiewende müsse sich die Politik – auf allen Ebenen – auch mit den Verbrauchern rückkopplern. „Wir dürfen den Kunden, Bürger, Wähler nicht verlieren – wir müssen ihn mitnehmen“, empfahl der Wirtschaftsminister. Das Projekt Gabreta Smart Grids sieht er als „wegweisend für die Region“, aber auch als überregionales Vorbild.

# Wasserkraft hat eine vielversprechende Zukunft

Die Jahrestagung der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern e.V. versammelte führende Persönlichkeiten aus Politik und Energiebranche, um die Zukunftsaussichten der Wasserkraft mit den Mitgliedern der Vereinigung zu erörtern. Unter den Teilnehmern waren prominente Vertreter wie Prof. Dr. Angelika Niebler, MdEP, Muhanad Al-Halak, MdB, Hans-Josef Fell, Präsident der Energy-Watch-Group, Dr. Helge Beyer, Geschäftsführer des BDW e.V. sowie Josef Lausch, MdL, und Anton Rittel, MdL.

Fritz Schweiger, Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern, betonte den Stellenwert der Wasserkraft und wies auf die Erfolge der Verbandsarbeit der letzten Jahre hin. „Die Wasserkraft ist Teamplayer in vielfacher Hinsicht, das wird unsere Arbeit auch für die Zukunft prägen“, so Schweiger zur Eröffnung der Jahrestagung. Daran schloss sich Dr. Helge Beyer, Geschäftsführer des Bundesverbands Deutscher Wasserkraftwerke (BDW) e.V., an: „Mit dem Zusammenschluss aller deutschen Wasserkraftverbände haben wir eine neue Schlagkraft und ermöglichen eine effektive Vertretung der Interessen der Wasserkraftbranche.“

## Stellenwert der Wasserkraft in Europa

Prof. Dr. Angelika Niebler richtete den Fokus auf die aktuelle Lage der Wasserkraft in Europa: „In den Diskussionen im europäischen Parlament fehlt die verdiente Aufmerksamkeit für die Wasserkraft. Mein Ziel ist es, die Rolle der Wasserkraft hochzuhalten“, so Niebler. Denn vor allem für Regionen, die allein topografisch bedingt gute Voraussetzungen haben, muss auch die Wasserkraft, als langjährige erneuerbare Energie einen entsprechenden Stellenwert im Energiemix erhalten. „In Bayern hat die Wasserkraft eine lange Tradition und bedeutendes Potenzial. Das sollte erhalten bleiben“, so Niebler weiter. Natürlich ging es auch um das Thema Bürokratieabbau, v.a. um die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und die Vereinfachung von Rahmenbedingungen. In der weiteren Diskussion wurde u.a. angeregt, den Fokus bei neuen Genehmigungsverfahren auf vorhandene Stufen zu legen. Eine Flächenbetrachtung, wie es bei Sonne und Wind umgesetzt wurde, ist für die Wasserkraft weniger zielführend. Zudem müssen Genehmigungsverfahren für den Weiterbetrieb von Anlagen bürokratisch verschlankt werden.

## Unerschlossenes Potenzial

Dass die Wasserkraft in ganz Deutschland noch weitere unerschlossene Potenziale hat, die nur gehoben werden müssten, weiß Hans-Josef Fell, Präsident der Energy Watch Group.

Die Ergebnisse der Metastudie „Wasserstrom – der neue Gamechanger für Klimavorsorge, Heimatenergien und Gewässernatur“ zeigten, dass enormes Potenzial für eine Leistungssteigerung im Wasserkraftsektor für ganz Deutschland vorhanden ist. Aus Klimaschutzgründen müsse die Wasserkraft modernisiert und ausgebaut werden, denn sie liefert CO2-freien Strom und ergänzt mit sicherer Leistung Solar- und Windstrom, insbesondere im Winter. „Mit optimierten neuen Technologien und Anlagenkonzepten leistet die Wasserkraft auch einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Biodiversität in und an unseren Flüssen und Bächen. Die Wasserkraft ist ein wichtiger Akteur in vielfacher Hinsicht, trägt zur Importunabhängigkeit bei und fördert die lokale Wertschöpfung“, betonte Fell.

## Bundespolitischer Blick

Auch auf bundespolitischer Ebene ist das Potenzial der Wasserkraft im Fokus, so Muhanad Al-Halak MdB. Eine anstehende umfangreiche Potentialstudie soll neue Blickwinkel auf die Wasserkraft ermöglichen. Das Budget dafür wurde im Bundeshaushalt 2024 bereits beschlossen.

## Wärme aus dem Fluss

Wasserkraft kann nicht nur Strom erzeugen, sondern auch Wärme. „Wärmepumpen an Fließgewässern – Analyse des theoretischen Potenzials in Bayern“ heißt eine aktuelle Untersuchung der Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FFE). Dass Wasserkraftstandorte auch für die künftige Wärmegewinnung genutzt werden können, stellen Joachim Ferstl und Niklas Wettberg von der FFE vor. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass mindestens die Hälfte der bayerischen Städte und Gemeinden für die durchzuführende Wärmeplanung Wärmepumpen an ihren Flüssen einbeziehen könnten. Weitere Standortvorteile, die Wärmegewinnung an Wasserkraftanlagen umzusetzen, lägen auf der Hand: die erneuerbare Stromerzeugung vor Ort ist vorhanden, weitere Eingriffe ins Ökosystem bleiben gering und bereits „kleine“ Wasserkraftwerke können im Wärmebereich große Anlagen sein. Für die Kommunen, die alle bis

2028 eine Wärmeplanung aufsetzen müssen, wäre das eine gute Perspektive im Möglichkeitsspektrum. □

# Kommunale PV-Planung für eine nachhaltige Energiewende

Regierung der Oberpfalz informiert zu sinnvoller Herangehensweise

Regensburg. Rund 80 Vertreterinnen und Vertreter von Oberpfälzer Kommunen sowie Interessierte aus Behörden und Organisationen haben sich an der Regierung der Oberpfalz zum Thema „Die kommunale PV-Planung als Unterstützung für einen synchronisierten Netzausbau“ informiert. Die Veranstaltung im Spiegelsaal der Regierung der Oberpfalz bot einen Einblick in aktuelle Entwicklungen und Erfahrungen im Bereich der Energiewende und des Netzausbaus.

Regierungsvizepräsidentin Christiane Zürn betonte dabei die entscheidende Rolle der Kommunen bei der Umsetzung der Energiewende und hob die Bedeutung eines koordinierten Vorgehens hervor: „Unsere Kommunen sind maßgeblich daran beteiligt, die Energiewende voranzubringen. Durch ihre Beteiligung an der regionalen Planung und Genehmigungsverfahren sowie durch den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern tragen sie entscheidend zum Gelingen bei.“ Die Regierung der Oberpfalz stehe den Kommunen als Partner zur Seite, um sie bestmöglich zu unterstützen. Der Wohlstand unserer Gesellschaft hänge von einer funktionierenden Energieversorgung ab. Ohne Strom, Wärme und Mobilität sei unser Alltag nicht mehr denkbar. Das Ziel der Energiewende müsse es daher sein, eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung zu realisieren.

## Bedarfsgerechter Ausbau der Stromnetze und -speicher

„Der Aus- und Umbau der Strominfrastruktur ist dabei zentrale Herausforderung für eine nachhaltige Energieversorgung. Je mehr Strom aus regenerativen Quellen wie Windkraft und Photovoltaik stammt, desto mehr räumliche und zeitliche Flexibilität muss auch die Infrastruktur bieten. Stromnetze und -speicher müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden, um genügend Windstrom von Nord nach Süd zu bringen oder auch den dezentral vor Ort erzeugten Strom abnehmen und einspeisen zu können“, so Zürn weiter.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand daher auch die regionale Netzausbauplanung und die Erstellung von PV-Standortkonzepten auf kommunaler Ebene. Experten der Bayernwerk Netz GmbH und Vertreter des Bayerischen Gemeindetags präsentierten Lösungsansätze und Best Practices. Ein zentraler Punkt war

die Erkenntnis, dass der Ausbau von Freiflächen-PV-Anlagen zunehmend durch die Kapazität des Stromnetzes begrenzt wird. Dies erfordert eine strategische und

zeitnahe Planung, um den reibungslosen Übergang zu erneuerbaren Energien zu gewährleisten unter Beibehaltung der kommunalen Planungshoheit. Die Devise für die Kommunen sollte lauten „Agieren statt Reagieren.“

Ein Erfahrungsbericht von Bürgermeister Markus Ackermann aus Waldmünchen zeigte Einblicke in die kommunale PV-Planung und bot Erkenntnisse und Inspiration für andere Kommunen. □



Regierungsvizepräsidentin Christiane Zürn (m.) mit den Referenten (v.l.) Markus Ackermann, 1. Bürgermeister Stadt Waldmünchen, Stefan Graf, Direktor Bayerischer Gemeindetag, Dr. André Zorger, Leiter Kommunalmanagement Ostbayern, Bayernwerk Netz GmbH, Michael Kölbl, Leiter Netzplanung, Bayernwerk Netz GmbH.

Bild: Regierung der Oberpfalz/Schmied

## Energiesparmeister-Wettbewerb für Schulen:

### Freude in Regensburg und Kempten

Gleich mehrere bayerische Schulen dürfen sich heuer Energiesparmeister nennen und werden dafür vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz mit Preisen ausgezeichnet. Die Berufsfachschule für Büroberufe und die Berufsoberschule Wirtschaft in Regensburg erhalten den mit 2.500 Euro dotierten Preis als bayerischer Landessieger. Das Hildegardis-Gymnasium in Kempten wird mit dem mit 1.000 Euro dotierten Sonderpreis Energiesparmeister geehrt. Der Sonderpreis geht damit zum ersten Mal nach Bayern.

Die Berufsfachschule für Büroberufe und die Berufsoberschule Wirtschaft in Regensburg erhalten den Preis des bayerischen Landessiegers für ihre Schulungsoffensive „Sei dein Energiemanager“. Allein im Wärmebereich konnten dort bereits Einsparungen von über 100 Tonnen CO2 erzielt werden. Für ihr Ziel, bis 2030 klimaneutral zu werden, erarbeiten alle Klassen jährlich in einer mindestens 90-minütigen Trainingseinheit, wie sie zum Beispiel durch optimales Lüften, Müllvermeidung und -trennung die CO2-Bilanz des Schulgebäudes messbar verbessern können. Unter den 16 Landessiegern werden aktuell noch Bundespreise ermittelt. Für den Sieger winken weitere 2.500 Euro. Bereits 2019 wurde das Hildegardis-Gymnasium in Kempten für sein Konzept „Weg zur Klimaneutralität“ als bayerischer Landessieger mit dem Energiesparpreis ausgezeichnet. 2022 wurde das Gymnasium als eine von drei Schulen als Klimaschule Bayern Gold ausgezeichnet und erreichte im selben Jahr sein Ziel, klimaneutrale Schule zu sein – vier Jahre früher als geplant. DK

## Leuchtturmprojekt für die Energiezukunft

Auf die Einhaltung der Klimaschutzziele machte Dieter Janecek aufmerksam. „Die Zahlen sind gut, aber wir brauchen eine Beschleunigung bei den Erneuerbaren Energien“, rief der Bundestagsabgeordnete. Er nannte dabei auch die aktuellen Rahmenaspekte: hohe Kosten für Infrastruktur, geopolitische Bedrohung (Russland, China), weshalb schnelles Handeln zur Erreichung der Unabhängigkeit angesagt sei. Ein Auge sei dabei aber immer auch auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu richten.

Als „Leuchtturmprojekt für die Energiezukunft“ würdigte in einer Videogrüßbotschaft der Bayerische Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales Eric Beißwenger, MdL, das Gemeinschaftsprojekt.

## Um was es geht

Im technischen Bereich geht es um die Verbindung und Stärkung der Verteilnetze (41 Mio. Euro). Konkret werden auf beiden Seiten der Grenze je zwei Umspannwerke und im Projektraum drei neue Mittelspannungsverbindungen gebaut. Und – der zentrale Punkt: das bestehende Verteilnetz wird zum Smart Grid modernisiert (97 Mio. Euro; davon Tschechien 36 Mio. Euro und Bayern 61 Mio. Euro). Unter anderem entstehen hier auf tschechischer Seite 300 und auf bayerischer Seite 1.024 digitale Ortsnetzstationen. In Tschechien steht außerdem die Installation von Smart Grid Komponenten sowie die Entwicklung smarterer Technologien zur Verbesserung der Qualität und Sicherung des Verteilnetzes an. 44 Mio. Euro sind für die Verteilnetzkommunikation veranschlagt, unter anderem für den Ausbau des Glasfasernetzes (Bayern 190 Kilometer, Tschechien 130 Kilometer). Schließlich sind für Smart Grid IT-Lösungen 16 Mio. Euro vorgesehen. Zusammengerechnet also 200 Mio. Euro. „Die europäischen Klimaziele sollen auch durch Erneuerbare Energien und durch Projekte wie dieses erreicht werden“, betonte mit Blick auf die für das Jahr 2050 in der EU festgelegte Klimaneutralität Wolfgang Bücherl, Leiter der Regionalvertretung für Baden-Württemberg und Bayern. Weitere Infos unter [www.gabreta-smartgrids.eu/home-de](http://www.gabreta-smartgrids.eu/home-de).

Markus Bauer

Rosenheimer Energiedialoge:

## Von Wasserkraft bis Wärmedämmung

Im Rahmen der Initiative „Rosenheimer Energiedialoge“, einer mehrteiligen Themenreihe der Technischen Hochschule Rosenheim, des Landkreises Rosenheim, dem Klimaschutzmanager der Stadt Kolbermoor, des Rosenheimer Solarfördervereins (Rosolar) sowie dem BUND Naturschutz Rosenheim gemeinsam mit der Energiezukunft Rosenheim (ezro), fanden in jüngster Zeit einige Informationsveranstaltungen zu den Themen Energie, Wärme und Nachhaltigkeit statt.

Unter dem Titel „Kleinwasserkraft – Energie und Ökologie?“ hatte die Initiative nach Westerrham eingeladen. Einen spannenden Einblick in dieses Thema vermittelten u.a. Prof. Dr. Markus Aufleger, Leiter des Lehrstuhls Wasserbau der Universität Innsbruck, und Dr. Christoph Rapp, Leiter des Bereichs Wasserkraft der Stadtwerke München (SWM).

Der Ausstieg aus der fossilen Wärme verdoppelt in etwa den Stromverbrauch, betonte Prof. Aufleger. Wasserkraftanlagen seien hierfür ein wesentlicher Baustein. Gleichwohl seien ökologische Probleme wie Sedimentablagerung, zu geringe Restwassermengen bei Ausleitungsstrecken, stark schwankende Wasserstände bei Speicherung (Schwall und Sunk), und Durchgängigkeit für auf- und absteigende Fische zu lösen. Die ökologisch besonders wichtigen freien Fließstrecken sollten bewahrt werden. Die Uni Innsbruck kümmere sich vor allem um den Schutz beim Abstieg. Lösungen hierfür biete unter anderem der Fish-Protector.

### Strom aus Wasserkraft nur Nebenprodukt

Christoph Rapp hob die Stromerzeugung und die CO<sub>2</sub>-Einsparung durch die Isarkraftwerke in München sowie der Uppenborn- und Leitzachwerke hervor. Die Wasserkraft-Nutzung sei historisch in der Regel ein Nebenprodukt anderer Ziele gewesen wie Gewässer-Sanierung, Grundwasseranhebung, Gewinn von Sied-

lungs- oder landwirtschaftlichen Flächen, Bewässerung, Hochwasserschutz und Schifffahrt.

Als weitere Vorteile der (SWM-) Wasserkraft nannte Rapp u.a. die lokale Wertschöpfung durch Bau und Unterhalt, eine lange Lebensdauer, Schwarzstartfähigkeit, Netzstabilisierung, Regenergie, Schaffung von neuen Habitaten sowie Reinigung der Flüsse von Müll.

### Wärmedämmung

Im Rahmen der Informationsveranstaltung „Dämmung bringt's!“ in der TH Rosenheim gab Prof. Dr. Harald Krause (Studiengang Energie- und Gebäudetechnologie) mit seinem Vortrag „Wärmedämmung – der Weg zum Niedrigstenergiehaus“ zunächst einen grundsätzlichen Überblick über das Thema.

Der auch als Energieberater fungierende Experte erinnerte daran, dass Deutschland gemäß dem Klimaschutzgesetz 2021 die Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2045 erreichen soll. Dazu muss laut verschiedenen Studien der Energiebedarf für Heizung und Warmwasser um ca. 50 Prozent sinken, 90 Prozent der Gebäude sind bis 2050 thermisch zu sanieren oder neu zu bauen. Geht es um die Dämmung, überwiegen mit Wärmepumpen und Fernwärme, beide aus regenerativen Quellen gespeist. Krause gab einige Beispiele für die Dämmung von Bestandsgebäuden: Der Wärmeverlust der 24 cm-Ziegelwand eines Gebäudes aus den

1950er und 60er Jahren lasse sich durch 16 cm Dämmstoff auf 1/10 vermindern. Konstruktiv gelöst werden könne dies beispielsweise durch ein Wärmedämmverbundsystem (WDVS) oder eine Holzständer-Konstruktion mit vorgehängter Fassade. Letzteres sei meist teurer, verbessere aber Flexibilität und Rückbaubarkeit.

Den Wärmeverlust eines typischen Daches mit nur 10 cm Zwischensparrendämmung könne durch volle Ausnutzung der Sparrenhöhe und zusätzlich 10 cm Aufdachdämmung auf ein Drittel verringert werden, fuhr der Professor fort. Bei Fenstern hätten sich die Wärmeverluste durch größere Rahmendicke, Wärmeschutzglas mit drei Scheiben und verbesserte Abstandhalter seit 1995 auf ein Drittel verkleinert.

Die Dämmung habe auch Einfluss auf das Heizsystem: Die Heizlast werde geringer, die niedrigere Vorlauftemperatur steigere die Effizienz einer Wärmepumpe. Daher sollte die Reihenfolge der Schritte zur energetischen Sanierung ebenso bedacht werden, wie die vielfältigen Förderungen für die Maßnahmen, erläuterte Krause. Architekt und Stadtplaner Robert Kellner bot seinerseits interessante Einblicke in die materialökologischen Aspekte der Wärmedämmung. Er stellte klar, wie weit Deutschland von seinen Energiesparzielen für 2030 noch entfernt ist. Dabei gehe es nicht nur um das Einsparen von Energie, gehörten zum nachhaltigen Bauen gemäß dem Leitfaden des Bundesbauministeriums doch drei Säulen, die ausgewogen berücksichtigt werden müssen: Ökonomie, Ökologie und Soziokulturelles, womit menschliche Gesundheit, soziale und kulturelle Werte gemeint seien. Zur Information über Umwelt- und Gesundheitsaspekte bei der Baustoffwahl empfahl

Kellner das Portal WECOBIS des Bundesbauministeriums und der Bayerischen Architektenkammer. Bei den Dämmstoffen äußerte sich Kellner kritisch zum expandierten Polystyrol (EPS), das bis 2016 das Flammschutzmittel HBCD enthielt. Dieses reiche sich in Lebewesen an, sei schwer abbaubar und giftig für Wasserorganismen; auch zu dem aktuell verwendeten Ersatzstoff gebe es ablehnende Meinungen. Ein Recycling von gebrauchtem EPS finde kaum statt, die thermische Verwertung „macht nur den Ofen voll“. Problematisch könnten aber auch die bei nachwachsenden organischen Dämmstoffen verwendeten Flammschutzmittel sein.

### Rückbau und Wiederverwertung

Vor dem Hintergrund schwindender Ressourcen gewinnen Kellner zufolge Rückbau und Wiederverwertung an Bedeutung. Insbesondere bei vielen WDVS-Dämmungen sei dies eher Theorie. Auf keinen Fall sollte das Abbruchmaterial Schadstoffe enthalten.

### Windkraft

Ebenfalls in der TH Rosenheim befassten sich Experten mit dem Thema „Mehr Windkraft in der Region?“

Prof. Dr. Frank Buttinger, Leiter des Studiengangs Energie- und Gebäudetechnologie an der TH, verdeutlichte mithilfe aktueller Diagramme wie den Energy-Charts des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) die bedeutende Rolle der Windenergie, insbesondere im Winter, für die Stromerzeugung. Bereits jetzt stammten in Deutschland 55 Prozent des erzeugten Stroms aus erneuerbaren Energien. Um jedoch das im

EE-Gesetz für 2040 angestrebte Windleistungsniveau von 160 GW an Land zu erreichen, sei in den kommenden Jahren ein jährlicher Zubau von ca. 7 GW erforderlich.

Basierend auf den Windkarten im Energieatlas Bayern identifizierte Buttinger potenzielle Standorte von Windenergieanlagen entlang der Grenzen des Landkreises Rosenheim. Die Finanzierung von Projekten stellt aus seiner Sicht kein Problem dar, seien doch erst kürzlich für ein Projekt im Hofolding Forst beeindruckende sechs Millionen Euro innerhalb von nur zweieinhalb Stunden per Crowdfunding gesammelt worden.

Auf dem Weg zum Projekt stellt laut Maria Burghardt, Leiterin der Beratung Windenergie bei der Energieagentur Ebersberg-München, das Wind-an-Land-Gesetz mit verbindlichen Zielen zur Ausweisung von Vorrangflächen einen wichtigen Rahmen dar. Bis zum Jahr 2027 seien für Bayern und seine Planungsregionen 1,1 und bis 2032 1,8 Prozent der Fläche als Ziel festgelegt. Dies sei deutlich mehr als die in der Region Südostoberbayern im Jahr 2015 ausgewiesenen 0,6 Prozent an Vorrangflächen, die weiterhin Bestand haben. Der Regionale Planungsverband sei mit der Ausweisung betraut, wobei Kommunen im Rahmen ihrer Planungshoheit zusätzliche Flächen festlegen können. Neben bereits genannten Standorten sieht Burghardt weitere potenzielle Gebiete in den Alpen, sofern Probleme wie Naturwald und Erschließung gelöst werden können.

Aus wirtschaftlicher Perspektive würden möglichst große Windkraftanlagen (WKA) geplant, mit Abmessungen von bis zu 199 Metern Nabenhöhe, einem Rotordurchmesser von 175 Metern und einer Leistung von 7,2 MW. Trotz ihrer Größe benö-

tigten WKA dauerhaft im Durchschnitt nur 0,35 Hektar, was für die höchste Flächeneffizienz unter allen EE Sorge. Bei Flächensicherung und Auswahl der Projektierer ist aus Burghardts Sicht eine aktive Beteiligung der Kommunen erforderlich, um den Frieden im Ort zu wahren und die lokale Wertschöpfung zu fördern.

### Neue Chancen

Stefan Schindler, Projektierer und Planer für WKAs in Deutschland und der Schweiz bei reecon in Stephanskirchen, wies auf weitere positive Wirkungen der Windkraft hin: Die dezentrale Stromerzeugung trage zur Unabhängigkeit von überregionaler EE-Erzeugung und -Transport bei. In Deutschland gebe es bereits 400.000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien, was auch den Technologie-Export stärke. Gleichzeitig sinke die Rohstoff-Abhängigkeit von anderen Ländern. Durch Gesetzesänderungen ergäben sich neue Chancen, bekräftigte Schindler: Das Genehmigungsverfahren werde durch die EU-Notfallverordnung, das vom Bund zugestandene „übertragende öffentliche Interesse“ sowie die Änderung weiterer Gesetze beschleunigt. Dadurch könne die Entwicklung eines Windenergieprojekts, die bisher vier bis zehn Jahre dauere, auf zwei bis drei Jahre verkürzt werden.

Mit Blick auf die Bürgerbeteiligung als zentralem Erfolgsfaktor unterstrich Schindler die Bedeutung transparenter Kommunikation. Mittlerweile sei gesetzlich geregelt, dass 0,2 Cent pro Kilowattstunde erzeugtem Strom an die Standortgemeinde fließen dürfen. Durch eine Flächenpool-Regelung profitierten zudem alle Grundeigentümer im Umfeld der Windkraftanlage. DK

## Klimafreundliches Wärmenetz im ländlichen Raum

EGIS eG weht Anlage in Bundorf ein

Startschuss für die Fernwärme auf dem Land: Die Bürgerenergiegenossenschaft EGIS eG und ihre Partner haben zusammen mit Stefan Vogel, MdL das Fernwärmesystem in Bundorf in Betrieb genommen. Die Anlage ist Teil einer ganzheitlichen Energieversorgung, zu der auch ein 125 Hektar großer Solarpark, einer der größten in Deutschland, sowie einige Ladesäulen für E-Fahrzeuge zählen. „Der Leuchtturmcharakter des Energiewende-Projekts hier im Landkreis Haßberge ist riesig. Das Konzept ist klug und beteiligt zudem die Anwohner; die ganze Gemeinde hat mit großer Zustimmung zur Realisierung beigetragen. Ich wünsche mir, dass wir für die Energiewende überall etwas mehr wie die Bundorferinnen und Bundorfer denken und handeln“, sagt Vogel zur Eröffnung der Fernwärme.

Die Fernwärmeversorgung in Bundorf besteht aus einer Heizzentrale mit zwei großen Luftwärmepumpen, einem Biomassekessel, einem Warmwasserspeicher und einem 1.600 Meter langen Fernwärmeleitungsnetz, das die klimafreundliche Wärme in die Gebäude bringt. Der Baubeginn war im Jahr 2023, parallel zur Errichtung des großen Solarparks in Bundorf. Seit Ende 2023 befindet sich das Fernwärmesystem im Probetrieb und ist nun, dank der Integration der Luftwärmepumpen, voll einsatzfähig. Den Strom für die Anlage liefert ein Teil des 125 Megawatt starken Photovoltaikparks, den die EGIS eG mit Ihrem Projektpartner, der MaxSolar GmbH, im September 2023 in Betrieb genommen hat. 1,5 Megawatt der installierten Leistung nutzt die Energiegenossenschaft nun für die Fernwärmeversorgung. Der Strom wird mittels Stromdirektleitung an die Heizzentrale am Ortsrand von Bundorf abgegeben. Die Großwärmepumpe erhitzt mit der Energie das Wasser

für die Wärmeversorgung. Angeschlossen sind aktuell über 20 private Haushalte sowie die öffentlichen Liegenschaften der Gemeinde wie das Rathaus, das Bürgerhaus und der Kindergarten.

### Energiewendeprojekte ganzheitlich denken

Betreiberin des Fernwärmesystems ist die Energiegenossenschaft EGIS eG. „Mit dem Projekt in Bundorf erzeugen wir Solarstrom, tragen zur umweltfreundlicheren Mobilität bei und schaffen eine nachhaltige Wärmeversorgung. Unser Ansatz, Erneuerbare-Energien-Anlagen ganzheitlich einzusetzen, schöpft ihr Potenzial erst richtig aus. Wir bringen damit Fernwärme auch in ländliche Regionen“, informiert Pascal Lang, Vorstandsvorsitzender der EGIS eG. Damit die Fernwärme unabhängig von den Sonnenstunden immer versorgt ist, nutzt das System sowohl die Vorteile der Luftwärmepumpentechnologie als auch die der

Hackschnitzelheiztechnik. „Zukünftig werden durch die kommunale Wärmeplanung und dem Ziel, Alternativen für Öl und Gas zu schaffen, viele Fernwärmesysteme auf Basis von Hackschnitzel errichtet“, vermutet Matthias Zimmermann, Teamleiter Fernwärme der EGIS eG. Hier setzt der von der EGIS eG gewählte Ansatz an, der die Abhängigkeit von sich veränderbaren Hackschnitzelpreisen auf ein niedriges Niveau reduziert.

Bürgermeister von Bundorf Hubert Endres zeigt sich überzeugt: „Hier wurde eine neuartige Lösung für die Wärmeversorgung im ländlichen Raum geschaffen, die, so sind der Gemeinderat und ich überzeugt, eine langfristig, preislich sichere Versorgung für unsere Bürgerinnen und Bürger gewährleistet.“ Die Gemeinden könnten auf diese Art ihre kommunale Wärmeplanung auf ein neues Level heben und ihre Bürgerinnen und Bürger dabei unterstützen, klimafreundlich Wärme zu beziehen. Bisher beschränkte sich Fernwärme als Lösung in der Wärmewende weitgehend auf städtische Gebiete.

### Akzeptanz durch Beteiligung

Die EGIS eG hat bewirkt, dass ein Teil des Solarparks, etwa 30 Prozent, sowie das gesamte Fernwärmesystem in Bundorf, dauerhaft in Bürgerhand verbleiben. Weitere Informationen: [www.egis-energie.de](http://www.egis-energie.de). □



Mit der Kraft der Sonne selbst Strom produzieren

## Sonnenenergie von Schwabens Dächern

**energie schwaben**

million

## GZ ZU GAST BEI ...

**Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?**  
Stadt Gemünden a.Main mit rund 10.000 Einwohnern.

**Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?**

Ich habe mein Amt am 01.05.2021 angetreten und bin hauptamtlicher Bürgermeister.

**Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?**

Vor meinem Amtsantritt war ich Beamter im Landratsamt Main-Spessart. Ich war in der Schulverwaltung als stellv. Sachgebietsleiter in der 3. Qualifikationsebene tätig. Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?



Stadt sind weiterhin im Fokus. Als Vier-Flüsse-Stadt hat natürlich auch das Thema Brückenbau und Brückensanierung Priorität. Neu hinzugekommen sind Themen wie Altstadtsanierung, Jugendförderung und Tourismusentwicklung. Alles in allem ein bunter Strauß an Aufgaben, die derzeit und in den nächsten Jahren zu bewältigen sind. Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Der Glasfaserausbau im Stadtgebiet hat bereits begonnen. In den nächsten Jahren werden alle Stadtteile nach und nach erschlossen werden. Der Bereich Straßenausbau ist ebenfalls in den nächsten Jahren in den Fokus zu nehmen. Alles vor dem Hintergrund knapper werdender Finanzkraft. Es wird interessant bleiben, all diese Herausforderungen zu meistern.

**Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?**

Wichtig ist eine gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung und natürlich mit dem Stadtrat.

**Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?**

In der Verwaltung finden selbstverständlich regelmäßige Besprechungen mit den Amtsleitungen statt aber auch ein Austausch mit allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Darüber hinaus werden die Bürgerinnen und Bürger durch verschiedene städtische Medien (wöchentliches Mitteilungsblatt, Bürger-App, Internet etc.) von aktuellen Vorgängen in Kenntnis gesetzt.

Die jährlich stattfindenden Bürgerversammlungen sind wichtig für den Austausch mit den Bürgern. Darüber hinaus hat jeder Bürger die Möglichkeit seine Anliegen schriftlich, mündlich oder auch persönlich bei mir vorzubringen.

**Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?**

Der Einfluss der Digitalisierung wächst ständig. Sitzungen der Gremien finden bereits mit digitalen Endgeräten statt. Die Möglichkeiten der Dienstleistungen für die Bürger werden nach und nach ausgebaut. Trotzdem ist es m.E. wichtig, dass der Bürger auch zukünftig die Möglichkeit hat, seine Anliegen persönlich und mit dem Gang ins Rathaus vorzubringen. Er kann auch weiterhin erwarten, kompetente Ansprechpartner vorzufinden. Wir sind derzeit alle mitten im Prozess der Digitalisierung. Wie es sich weiterentwickeln wird, bleibt spannend.

**Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?**

Wer etwas erreichen will, sucht Wege, wer es nicht verhindern will, sucht Gründe.

**Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?**

Als Bürgermeister, der einige wichtige Projekte und Aufgaben umgesetzt bzw. vorangebracht hat.

### Jürgen Lippert

Erster Bürgermeister  
der Stadt Gemünden a.Main

Die Kommunalpolitik eröffnet die Möglichkeit seine eigene Heimat mitzugestalten. Diese Chance wollte ich ergreifen, um an maßgeblicher Stelle die Entwicklung meiner Heimatstadt Gemünden a.Main mit ihren 14 Stadtteilen mit zu begleiten und auch mit zu lenken. Insbesondere war mein Ziel, die aufgelaufenen Herausforderungen anzugehen und entscheidend an der Umsetzung mitzuwirken.

**Wie haben Sie sich vorbereitet?**

Durch meine vorherige Zeit als Stadtrat der Stadt Gemünden a.Main waren viele Themen bereits bekannt, wenn auch nicht in der ganzen Tiefe. Darüber hinaus hatte ich aufgrund meiner Tätigkeit durchaus Vorerfahrungen in Bezug auf Sitzungsabläufe kommunaler Gremien. Eine konkrete Vorbereitung fand allerdings nicht statt.

**Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?**

Eine Übergabe der Dienstgeschäfte durch meinen Vorgänger fand nicht statt. So war die Einarbeitung in verschiedene Sachverhalte durchaus nicht ganz einfach, wengleich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung mir die Einarbeitung sehr erleichtert haben.

Die größte Herausforderung war die längst überfällige Sanierung bzw. der Neubau der Mainbrücke. Bereits vier meiner Vorgänger haben sich an diesem Thema versucht. Schlussendlich gelang es, die Maßnahme in meiner ersten Amtszeit anzugehen und umzusetzen.

**Welche Themen beschäftigen Sie momentan?**

Die Themen sind vielfältig. An großen Maßnahmen beschäftigt mich der geplante Neubau der Kindertagesstätte in Gemünden sowie die Entwicklung eines Neubaugebietes. Darüber hinaus natürlich die Beschaffung von Fahrzeugen und die Ausstattung für unsere vielen Feuerwehren. Auch die Themen Digitalisierung in der Verwaltung sowie in den Schulen in Trägerschaft der

### Bürgerbeauftragter:

## Schwimmen und Lesen Zwei Kernkompetenzen der Kinder stärken

Bürgerbeauftragter Wolfgang Fackler, MdL, zum Start der Freibadsaison 2024: Kinder müssen im und am Wasser sicher unterwegs sein. Zu einer gelungenen Freibadsaison gehört aber auch ein gutes Buch. Beides müssen wir stärken: Schwimmfähigkeit und Lesekompetenz unserer Grundschul Kinder!

Der Bürgerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Wolfgang Fackler, MdL, hebt zum Start der Freibadsaison 2024 hervor: „Es ist lebenswichtig, dass Kinder frühzeitig Schwimmen lernen. Dabei geht es nicht nur um die Bewegung oder um sportliche Leistungen, sondern um die grundlegende Schwimmfähigkeit der Kinder im Grundschulalter.“

### Eltern in der Pflicht

Fackler sieht dabei mehrere Ansatzpunkte. Neben professionellem Schwimmunterricht innerhalb oder außerhalb der Schule sieht der Beauftragte auch die Eltern in der Pflicht. Der Beauftragte regt darüber hinaus eine breite Diskussion an, um Verbesserungen zu erreichen. Dabei denkt er etwa an Schwimmcamps, Schwimmfestivals oder Wettbewerbe zwischen den Schulen.

### Nachholbedarf in Sachen Lesekompetenz

Wichtig ist Fackler aber auch: „Im Freibad geht es nicht nur um das Schwimmen. Im Sommer Zeit im Freibad zu verbringen, ist Lebensgefühl pur. Dazu gehört für mich auch ein gutes Buch.“ Die Lesekompetenz der Kinder in Bayern braucht Förderung. „Die richtige Auswahl an Literatur für Kinder ist wichtig, um den Spaß am Lesen zu fördern,“ so der Beauftragte. „Die aktuellen Ergebnisse der letzten Pisa-Studie haben gezeigt, dass bei der Lesekompetenz der Kinder in Deutschland Nachholbedarf besteht.“

### Aktuelle Tipps

Der Beauftragte freut sich daher über die aktuellen Lesetipps, die die Leiterin der Landesfachstelle für Büchereien und Bildung

im Sankt Michaelsbund und Präsidentin der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendliteratur, Frau Dr. Claudia Maria Pecher, vorgestellt hat. „Da ist sicher für alle etwas dabei“, so der Bürgerbeauftragte.

### Leseliste für Kinder

Die Präsidentin betont: „Wie das Schwimmen will auch das Lesen geübt sein – und soll doch vor allem Spaß machen. Meer, Wasser und Schwimmen sind seit jeher Erzählthemen in der Literatur: von Atlantis bis zu moderner preisgekrönter Kinderliteratur mit Büchern von Anne Becker, Stefanie Höfler oder Will Gmehling. Gerade ist ein neuer Band der Akademie mit dem Titel „Alles im Fluss! Wasserwelten in der Kinder- und Jugendliteratur“ erschienen, der die Geschichte und neuere Produktionen in den Blick nimmt. Jetzt haben wir eine aktuelle Leseliste zusammengestellt, die Lesen und Schwimmen exemplarisch verbindet.“ Diese Liste kann unter [www.akademie-kjl.de/buch-app-empfehlungen/extrablatt/](http://www.akademie-kjl.de/buch-app-empfehlungen/extrablatt/) eingesehen werden. □

### Euregio-Inntal Gemeindetag in Scheffau:

## Megatrends in bayerischen und Tiroler Gemeinden

Dass bayerische und Tiroler Gemeinden gemeinsam voneinander lernen und auf diese Weise noch effizienter Maßnahmen für ihre Bewohner umsetzen können, zeigte der Euregio Inntal- Gemeindetag in Scheffau. Bei diesem grenzüberschreitenden Austausch unter dem Vorsitz von Präsident Christoph Schneider präsentierten Rathaushäupter aus der Grenzregion „Best Practice“- Beispiele aus ihren Gemeinden. Auch gab es ausreichend Gelegenheit für Vernetzungsgespräche.

Neben den Themen „Pfleger in der Gemeinde“ (Bürgermeister Wolfgang Knabl/Gemeinde Söll), „Breitbandausbau und Digitalisierung in der Gemeinde“ (Bürgermeister Christian Tschugg/Scheffau), „Vermittlung zur Wertigkeit von Infrastrukturmaßnahmen der Gemeinde“ (Erster Bürgermeister Christoph Schneider/Neubeuern) und „Spannungsfeld Haupt- und Nebenwohnsitze in Gemeinden“ (Bürgermeister Ekkehard Wimmer/Walchsee) hielten Martin Hintermayr (Wasserburger Wohnungsbaugenossenschaft) und Irene Biebl-Daiber, Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Bernau am Chiemsee, erkenntnisreiche Impulsvorträge.

### Genossenschaftliches Wohnen auf dem Land

In seinem Referat über „Genossenschaftliches Wohnen als Chance für ländliche Gemeinden bei Wohnungsnot und Flächenknappheit“ sprach Geschäftsführender Vorstand Hintermayr von der GWG eG Wasserburg als „preisdämpfenden Marktakteur“. Gegründet 1950, habe das Unternehmen ca. 1.500 Wohnungen im Bestand. Jedes Jahr müssten etwa 3 Mio. Euro allein in Instandhaltungsmaßnahmen investiert werden. „Genossenschaftliches Wohnen bei uns zeichnet sich durch eine starke Stellung des Mieters, Professionalität in der Vermietung und im Bau aus“, betonte Hintermayr. „Unsere Mieter sind Mitglieder in unserer Genossenschaft (3 Anteile à 155 Euro) und verfügen dadurch über ein starkes, eigentumsähnliches Mietverhältnis.“ Eine Kündigung wegen Eigenbedarf sei

nicht möglich.

Die Mietverhältnisse der Genossenschaft, die sich auf einheimische Bürger konzentrieren, sind laut Hintermayr sehr auf Langfristigkeit ausgelegt; die durchschnittliche Mietdauer liege bei über 20 Jahren. Menschen mit Handicap, Alleinerziehende und Familien mit Kindern hätten Vorrang.

### Angebot für viele Lebenssituationen

Als „professioneller“ Vermietverfüge die GWG eG über eine langjährige Erfahrung im Vermietungsprozess und bei der laufenden Betreuung der Mietverhältnisse. Der Mix aus barrierefreien, zumindest barrierearmen Zwei-, Drei- und Vierzimmerwohnungen garantiere ein Angebot an viele Lebenssituationen und Generationen. Geheizt werde mit erneuerbarer Energie, wichtiger Aspekt sei ein hoher energetischer Standard.

Rathauschefin Irene Biebl-Daiber aus Bernau stellte das preisgünstige, vor zwei Jahren ins Leben gerufene ÖPNV-Angebot „Rosi“ – Mobil am Chiemsee vor. Es ermöglicht bedarfsgerechte Busfahrten auf Abruf. Die Nutzer können „Rosi“ je nach Fahrtwunsch über eine App oder per Telefon anfordern. Mit dem Shuttle fahre sie dann ohne feste Route oder Fahrplan an ihr individuelles Wunschziel. Dafür sind fünf Elektrofahrzeuge in den Gemeinden Aschau, Bad Endorf sowie Bernau, Breitbrunn, Prien und Gstadt, Eggstätt, Frasdorf, Höslwang, Rimsting und Samerberg im Einsatz. Spezielle Haltestellenschilder zeigen an, wo

„Rosi“ überall hält und wo ein Zu- und Ausstieg möglich ist.

Für die Durchführung des On-Demand-Verkehrs für die kommenden sechs Jahre beauftragte der Landkreis Rosenheim die beiden Deutsche Bahn-Töchter Regionalverkehr Oberbayern GmbH (RVO) und ioki GmbH.

### Begeistern für Europa

Simon Lochmann, Leiter der Abteilung Südtirol, Europaregion und Außenbeziehungen des Landes Tirol, hob im Anschluss die wichtige Rolle der Euregios für den Grenzraum hervor und rief die Politiker dazu auf, ihre Kommunen und ihr Umfeld für die Europawahl zu begeistern. Nur durch eine rege Wahlbeteiligung könne sichergestellt werden, dass das Sicherheitsprojekt Europäische Union erfolgreich fortgeführt wird.

Auch der Europa-Gemeinderat und Kitzbüheler Stadtrat Andreas Fuchs-Martschitz bekräftigte die wichtige Rolle der Europäischen Union als Wertegemeinschaft und verdeutlichte, dass es unverzichtbar sei, diese täglich zu leben und zu verteidigen. „Das sind Grundpfeiler der Demokratie“, so Fuchs-Martschitz abschließend. **DK**

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045  
Fachblatt der KPV in Bayern  
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle  
Redaktion:  
Constanze von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,  
Jan Kiver  
Telefon 08171 / 9307-11  
Ständige Mitarbeiter:  
Sebastian Franz (KPV)  
Peter Müller  
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.  
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.  
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.  
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Anzeigen und Vertrieb:  
Monika Steer (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-12  
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 57 vom 01.01.2024  
Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan  
Veranstaltungen:  
Theresa von Hassel (verantwortlich)  
Telefon 08171 / 9307-10  
Erscheinungsweise:  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben)  
Jahresbezugspreis Inland:  
€ 76,10 zzgl. MWSt.  
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWSt.  
Sammelabo ab 10 Zeitungen:  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.  
Kündigung:  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag  
Verlags- und Geschäftsleitung:  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anne-Marie von Hassel  
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried  
Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 9307-22  
eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)  
Internet: [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)  
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:  
Constanze von Hassel  
Theresa von Hassel  
Anne-Marie von Hassel  
Druck und Auslieferung:  
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergsstr. 1, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

### Landkreis München:

## Gemeinsam Barrieren überwinden

Aktionsplan für die Belange von Menschen mit Behinderung wird fortgeschrieben

Über eine Milliarde Menschen weltweit leben mit langfristigen Behinderungen. Mit der Frage, wie öffentliche und unsichtbare Barrieren minimiert und Beruf und Alltag inklusiver gestaltet werden können, beschäftigt sich das Landratsamt München seit vielen Jahren.

Nach acht Jahren soll nun der 2015 beschlossene Aktionsplan für die Belange von Menschen mit Behinderung im Landkreis München unter Einbeziehung von Bürgerschaft und Akteuren aus dem sozialen Bereich fortgeschrieben werden.

Mit seinem Aktionsplan für die Belange von Menschen mit Behinderung hat der Landkreis München seit 2015 mehr als 130 Maßnahmen in 9 Handlungsfeldern – darunter Wohnen, politische Teilhabe und Information, Mobilität und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, (früh-)kindliche Bildung, Freizeit, Kultur und Sport, Schule, Arbeit und Beruf, Assistenz sowie Gesundheit – definiert. Eine Evaluation erfolgte 2022 und zeigte, dass die bisherigen landkreisweiten Maßnahmen nicht alleine ausreichen, um Inklusion nachhaltig zu verwirklichen. Mit Beschluss des Sozialausschusses aus dem Mai 2023 soll der Aktionsplan weiterhin unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie mit Vertreterinnen und Vertretern einschlägiger Organisationen sozialräumlich fortgeschrieben werden. Im Rahmen der Fortschreibung

des Aktionsplans, der auf der UN-Behindertenrechtskonvention basiert, sollen weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen erarbeitet werden. Hierzu werden messbare Indikatoren zu ihrer Überprüfung entwickelt. Dabei sollen auch Anregungen aus der kommunalen Familie, der Bürgerschaft sowie zahlreicher Akteure im sozialen Bereich einfließen. Dazu wurde der Landkreis München in insgesamt sechs Planungs- und Gestaltungsregionen nach dem ISAR-Prozess (integrierte, sozialraumorientierte Arbeit) eingeteilt. Diese Einteilung ermöglicht eine schnellere und passgenauere Ermittlung notwendiger Maßnahmen. Den Anfang macht die Region sechs, die aus den Gemeinden Baierbrunn, Gräfelfing, Grünwald, Neuried, Planegg, Pullach i. Isartal, Schäftlarn und Straßlach-Dingharting besteht. Die weiteren Regionen können der folgenden Abbildung unter [www.landkreis-muenchen.de/themen/chancengleichheit/leben-mit-einer-behinderung/aktionsplan-un-brk/](http://www.landkreis-muenchen.de/themen/chancengleichheit/leben-mit-einer-behinderung/aktionsplan-un-brk/) entnommen werden. □

## Gelebte kommunale Partnerschaften

Unter den tausenden kommunalen Partnerschaften sind natürlich die grenznah benachbarter Städte, Gemeinden und Landkreise die lebendigsten, weil Zusammenarbeit und Austausch häufig, billig, unkompliziert und persönlich stattfinden.

So hat der wirtschaftliche Aufschwung des Landkreises Cham mit seinem fast wöchentlich die Grenze überquerenden Landrat Franz Löffler, auch den täglich 6.000 einreisenden Fachkräften aus dem Landkreis der gegenüberliegenden Choden-Hauptstadt Domazlice (Taus), die deshalb auch nicht zum Sudetenland gehörte, zu verdanken.

### Viel mehr als nur der Drachenstich

Das alte Grenzstädtchen Furth im Wald strahlt nicht nur mit dem Drachenstich, sondern 2025 auch mit der Landesgartenschau und schon seit 2005 mit dem Europadirektbüro Brüssels weit über seine Partnerstadt Taus bis ins Egerland und den Böhmerwald hinaus. Weitere Beispiele sind das von der EU mitfinanzierte Centrum Bavaria-Bohemia in Schönsee, der Partnerstadt der gegenüberliegenden Paneuropastadt Pobežovice (Ronsperg) oder die Partnerschaft von Donaustauf mit Prameny (Sangerberg) oberhalb Marienbads.

### Modelle für gute Nachbarschaft

Vor allem die Euregios Agriensis mit Cheb (Eger) und Böhmerwald mit dem anderen grenznahen Europadirektbüro in Freyung sowie die AG Mittlerer Böhmerwald sind bereits

### Regionalpartnerschaften:

## Motor für Partnerschaften mit tschechischen Kommunen

Podiumsgespräch des Sudetendeutschen Heimatrates

Als Vorbild für kommunale Partnerschaftsarbeit kann die Regionalpartnerschaft zwischen Mittelfranken und Südmähren dienen. Dies wurde beim Sudetendeutschen Tag in Augsburg bei der Podiumsdiskussion des Sudetendeutschen Heimatrates zum Thema „Deutsche und Tschechen – kommunale Partnerschaften“ deutlich.

Nach Frankreich hat Mittelfranken seit den 1970er Jahren partnerschaftliche Beziehungen. Seit der Gebietsreform in Frankreich 2016 ist es jetzt die Region Nouvelle-Aquitaine. 2000 kam die Regionalpartnerschaft mit der Woiwodschaft Pommern in Polen dazu, flankiert von fünf kommunalen Partnerschaften. Christa Naaß schlug im Bezirkstag Mittelfranken vor, eine solche Partnerschaft auch mit Südmähren zu installieren. Zunächst reiste eine Delegation zum „ersten Anknüpfen“, so Peter Daniel Forster, Bezirkstagspräsident Mittelfranken. Erschwerend war, dass es in Südmähren wie auch Mittelfranken von 2015 bis 2024 mehrere Wechsel im Kreishaupt-

seit 1990 Modell für gute Nachbarschaftspolitik europaweit geworden.



V.l.: Der Kreisbetreuer von Horsovsky Tyn (Bischofteinitz) Peter Pawlik aus Otterfing mit Professor Dr. Gerhard Sabathil, dem neu gewonnenen Ortsbetreuer für Pobežovice (Ronsperg). □

### Gegenseitige staatliche Vertretung

Von zentraler Bedeutung für Bayern und Tschechien ist natürlich die gegenseitige staatliche Vertretung durch das Münchner Generalkonsulat unter JUdr. Ivana Červenková, und die Vertretung des Freistaats in Prag seit 1. Mai neuerdings durch den langjährigen Europaabgeordneten und Vorsitzen-

den der sudeten-böhmischen Ackermannsgemeinde, den vielsprachigen Martin Kastler, der schon die Hanns-Seidl-Stiftung in Prag geleitet hatte, und dort eng mit der Vertretung der Sudetendeutschen Landsmannschaft Peter Barton zusammenarbeitet.

### Hunderte sudetendeutscher Kreis- und Ortsbetreuer

Die ältesten seit dem 2. Weltkrieg im Kalten Krieg nicht einfach und oft gegen politischen Widerstand entstandenen Beziehungen sind aber die hunderte sudetendeutscher Kreis- und Ortsbetreuer zu ihren Heimatgemeinden und ihren vertriebenen und geflüchteten Mitwohnern. Auch wenn manche in den acht Jahrzehnten seither nicht mehr nachzubersetzen waren, sind viele doch sehr lebendig, besonders bei den jährlichen Pfingsttreffen der Sudetendeutschen, gemeinsamen Besuchen in den Heimatorten und in den Regionalbeilagen der Sudetendeutschen Zeitung aus München.

### Erinnerung an Richard Coudenhove-Kalergi

Umso mehr freute sich der Kreisbetreuer von Horsovsky Tyn (Bischofteinitz) Peter Pawlik aus Otterfing mit Professor Dr. Gerhard Sabathil den Enkelsohn des letzten sudetendeutschen Bürgermeisters von Pobežovice (Ronsperg) als neuen Ortsbetreuer gewonnen zu haben, der nicht nur mit dem jetzigen Bürgermeister Martin Kopecky befreundet, sondern auch mit der gräflichen Familie des berühmtesten Sohns der Stadt, dem visionären Gründer der Paneuropabewegung Richard Coudenhove-Kalergi eng verbunden ist. □

manns- bzw. Bezirkstagspräsidentenamt gab.

### Landwirtschaft als verbindendes Element

Thematisch anknüpfen ließ sich im landwirtschaftlichen Segment. In Triesdorf befinden sich die landwirtschaftlichen Lehranstalten, Südmähren ist die bedeutendste Weinbauregion Tschechiens mit einer Schule für Weinbau. Als die Corona-Beschränkungen vorbei waren, beschloss der Bezirkstag Mittelfranken 2023 die Gründung der Regionalpartnerschaft mit der Region Südmähren. „Wir verstehen diese Partnerschaft auch in dem Sinn, kleinen Gemeinden Hilfen für eigen-

ne kommunale Partnerschaften zu geben“, konkretisierte Forster. Dabei sind ihm besonders die Jugend und die Vereine wichtig. Vor Ort müssten entsprechende Komitees gegründet werden. Mit Freude verwies er darauf, dass Ende Juni die erste Gemeindepartnerschaft zwischen dem Markt Arberg und dem süd-mährischen Dolní Dunajovice besiegelt wird. Positiv ist, dass eine Mitarbeiterin im Büro für Regionalpartnerschaften Tschechisch spricht.

### 118 Nationen in Waldkraiburg

Völlig anders sieht es in Waldkraiburg, einer der bayerischen Vertriebenenstädte, aus. Seit 1980 ist Waldkraiburg Patenstadt der Sudetendeutschen aus dem Adlergebirge. Und auf Antrag der Sudetendeutschen Landsmannschaft hat der Waldkraiburger



Die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer. V.l.: Peter Daniel Forster (Bezirkstagspräsident Mittelfranken), Robert Pötzsch (Bürgermeister Waldkraiburg), Moderator Toni Dutz (Bürgermeister Wiesau), Irene Novák, Petra Laurin, Stefan Bosse (Oberbürgermeister Kaufbeuren). Bild: Markus Bauer

## GZ PINOS WELT

Manchmal ist das mit der deutschen Geschichte doch verflocht schwer. Am Pfingstdienstag strahlte das ZDF eine „Terra X History“-Sendung unter dem Titel „75 Jahre Deutschland – Deutschland hat Geburtstag! Vor 75 Jahren wird die Bundesrepublik gegründet – und die DDR“ aus. Mehr gequirter Quark auf einmal geht sicher nicht mehr.



Wann Deutschland geboren wurde, ob mit dem Vertrag von Verdun 843, mit der Thronbesteigung Heinrichs I 919, mit dem Westfälischen Frieden 1648 oder doch erst mit der Reichsgründung 1871 – darüber mögen Historiker sich die Köpfe heiß reden. 1949 jedenfalls gab es Deutschland schon lange, es musste nach zwölf Jahren skrupelloser Terrorherrschaft und fünf Jahren infernalischem Krieg allerdings wieder aufgerichtet und neu orga-

Dann gab es eine Sondermünze, allerdings keine zu 2 Euro, die man dann täglich benutzen könnte (eine solche gab es wenigstens zur Feier der Paulskirchen-Verfassung vor 175 Jahren – immerhin ein Meilenstein der deutschen Demokratiegeschichte), sondern zu 20 Euro, die nur in Sammleralben oder als mäßig originelles Geschenk zur Firmung auftauchen dürfte.

Klar, landauf, landab wurde beflaggt, auch bei uns am Rathaus. Ernüchternd war, wie viele Besucher an der Pforte erst mal gefragt haben „Warum heute die Fahnen?“ und nachdem der Pförtner sie aufgeklärt hat, mit „Ey, OK, wusste gar nicht, dass heute Verfassungstag ist“ zum Dank antworteten.

Die regierungsamtliche Propagandatruppe hat all ihre Kraft und finanziellen Mittel auf zwei Feste der Demokratie in Berlin und Bonn konzentriert, auf denen sich die Regierungspolitiker präsentieren und blamieren konnten (Habeck: Heizungsgesetz als Versuchsanordnung für die Energiewende), aber nichts unternehmen, um Feierstimmung auch im weiten Land zu erzeugen, vor allem da, wo nicht die Eliten wohnen, sondern die Einstellung gegenüber unserer Demokratie etwas kritischer ist.

Vereinzelte hat man sich darüber lustig gemacht, dass über den Berliner Himmel ein paar Fallschirmspringerschüler mit Fahnen abgesprungen sind, während in Paris oder Rom am Nationalfeiertag die Patrouille de France bzw. die Freccia Tricolori die jeweiligen Nationalfarben aus den Düsen ihrer Jets in den Himmel zaubern. Aber das ist OK. Wenn wir keine einsatzbereiten Streitkräfte haben, brauchen wir auch keine Kunstflugstaffel. Im Übrigen steht es den Deutschen gut zu Gesicht, die Nation eine Nummer kleiner zu feiern.

Populärer als der Verfassungstag wird in diesem Jahr sicher der Tag des Anpiffs der Fußball-EM der Männer sein. Mal sehen, ob es wieder ein Sommermärchen mit sympathischen Zeichen der Zusammengehörigkeit der Deutschen, gekrönt von einer weltoffenen Grundeinstellung gibt.

Zur Verfassung wie zum Fußball passt übrigens ein Wort von Walter P. Chrysler: „Das wahre Geheimnis des Erfolges ist die Begeisterung“.

## Bedauerlich defizitäre Geschichtskennntnisse

nisiert werden. Den Zeitläuften geschuldet in zwei getrennten staatlichen Einheiten.

Weil Deutschland in den westlichen Besatzungszonen als demokratischer, föderaler und freiheitlicher Staat organisiert werden sollte, gab es tatsächlich einen 75. Geburtstag zu feiern, und zwar am 23. Mai: Den Geburtstag des Grundgesetzes, der freiheitlichsten, beständigsten und wehrhaftesten Verfassung, die der Gesamtstaat je hatte. Erst in den Ländern der alten Bundesrepublik gültig, ist es seit die DDR und damit die zweite deutsche Diktatur zur Fußnote der Geschichte wurde, die Verfassung unseres ganzen Landes.

Wie hat Deutschland also sich und sein Grundgesetz gefeiert? Das Bundesfinanzministerium hat eine echt coole Sonderbriefmarke herausgegeben, deren Motiv ein gedrucktes Grundgesetz ist, das lässig in einer Jeans-Gesäßtasche steckt. So wie unsere Verfassung halt sein sollte – Teil unseres täglichen Lebens. Problem: Die Post verkauft Sondermarken nur noch an ganz wenigen Verkaufsstellen und wer Briefe überhaupt noch schreibt, vermeidet ja eher Briefmarken, die man hinten ablecken muss. Chance vertan, an das Jubiläum in den Briefkästen breit zu erinnern.

## Ihr Pino

Stadttrat 1985 die Patenschaft für die Stadt Haida übernommen. Darüber hinaus besteht seit 1997 eine Städtepartnerschaft mit Sartrouville nahe Paris. Laut Bürgermeister Robert Pötzsch leben aktuell Personen aus 118 Nationen in Waldkraiburg – mit entsprechenden Kulturen. „Wir feiern zusammen, es entstehen Freundschaften und Partnerschaften“, merkt er an. Doch er sieht auch etwas betrüblich in die Zukunft: „Die Kultur aus der Vergangenheit, besonders von den Heimatvertriebenen, wird immer weniger. Die Stadt Waldkraiburg hat keine eigene Kultur entwickelt. Wenn die Aufbaukultur nicht mehr da ist – und damit die Erinnerung, der Rückblick, und auch das Lernen aus der Vergangenheit, dann fehlt ein wichtiges Stück Heimat und Kultur.“ Und genau dieses Erbe mache, so Pötzsch, eine Vertriebenenstadt aus.

### Gemeinsamer Blick auf die Geschichte

Neugablonz, ein Stadtteil von Kaufbeuren, ist eine weitere Vertriebenenstadt. Die Stadt im Allgäu hat seit September 1991 eine Städteliason mit Ferrara in Italien, seit Juli 1992 mit Szombathely in Ungarn und – naheliegend – seit September 2009 mit Gablonz an der Neiße (Jablonec nad Nisou). Zu Gablonz an der Neiße gab es keine Alternative als tschechische Partnerstadt. „Wir mussten keine andere finden, es war ja die Originalstadt“, erläuterte Oberbürgermeister Stefan Bosse. Neben dem guten Verhältnis der Bürgermeister ist für den Kaufbeurer Rathauschef speziell hier der „gemeinsame Blick auf die Geschichte“ von Bedeu-

tung. Auch Bosse, seit fast 20 Jahren im Amt, stellte fest, dass seit Gründung der Partnerschaft in Gablonz an der Neiße inzwischen der fünfte Rathauschef amtiert. „Aber ist es immer gelungen darzustellen, dass die Partnerschaft wichtig ist“, bilanzierte Bosse, der auch die Heimatvertriebenen in die Partnerschaftsarbeit einbezieht.

„Es gab damals auf tschechischer Seite Vorurteile“, erläuterte Petra Laurin aus Gablonz an

der Neiße. Zusammen mit Irene Novák vermittelte sie die gemeinsame Geschichte von Deutschen und Tschechen in Böhmen und Mähren. So schufen sie eine gute Basis für die Städtepartnerschaft mit Kaufbeuren/Neugablonz. „Städtepartnerschaften sind eine sehr wichtige Sache. Aber die zwischen Kaufbeuren/Neugablonz und Gablonz an der Neiße ist eine ganz besondere“, drückte Irene Novák ihre Begeisterung aus. **Markus Bauer**

### Stadt Kempten:

## Familiennetzwerk bündelt Informationen

Das vor einem halben Jahr neu gegründete „Netzwerk für Familienleistungen Kempten“, dessen Ziel es ist, die Transparenz für insgesamt 59 nebeneinanderstehende familienpolitische Einzelleistungen in Kempten zu erhöhen, bündelt ab sofort alle wichtigen Informationen auf der Internetseite [www.kempten.de/familiennetzwerk](http://www.kempten.de/familiennetzwerk). So sollen sich Hilfesuchende leichter orientieren können und schneller Lösungen finden.

Im Vordergrund steht der Überblick über finanzielle Leistungen für Familien verschiedener Leistungsträger.

Zu den Leistungsträgern gehören die Familienkasse Bayern Süd, die Agentur für Arbeit Kempten-Memmingen, das Zentrum Bayern Familie und Soziales Schwaben, die AOK Kempten-Oberallgäu-Lindau, die Caritas Kempten-Oberallgäu, die Diakonie Allgäu sowie verschiedene Ämter des Sozialreferats der Stadt Kempten.

Die Mitarbeitenden informieren sich gegenseitig über Abläufe und Neuerungen, so dass Familien mit ihren Anliegen gleich zur richtigen Stelle gelotst werden.

„So soll sichergestellt werden, dass Hemmnisse abgebaut und die Leistungen da ankommen, wo sie gebraucht werden“, erläutert Oberbürgermeister Thomas Kiechle. Kempten möchte damit noch familienfreundlicher werden.

### Wie es weiter geht

Weitere Projekte des Netzwerks, wie ein Wegweiser, Workshops und Vorträge sind bereits in Vorbereitung. Die nächste Informationsveranstaltung zu finanziellen Familienleistungen findet am 16. Juli 2024 von 9 bis 11 Uhr statt – online oder in der Arbeitsagentur Kempten. □

Stadt Würzburg:

## Fly me to the Musikbücherei

Angesummt-Werden als Berufsrisiko

Im Kosmos der Würzburger Stadtbücherei gibt es eine klangvolle Galaxie namens Musikbücherei. Eine gewaltige Ansammlung von Jazzgrößen, klassischen Kompositionen und massentauglichen Popstars, angeordnet im 2. Obergeschoss des Falkenhauses.

Wer diesen interstellaren Raum einmal völlig losgelöst erforschen möchte, braucht natürlich ein geeignetes Mess-Instrument. Die Ukulele zeigt exemplarisch, welche Saiten die beiden Musikspezialisten des Hauses mit fein aufeinander abgestimmten Angeboten bei der Kundschaft zum Schwingen bringen möchten.

### Theoretisch und praktisch zum Profi werden

Manfred Ullrich, der Leiter der Musikbücherei, ist stolz darauf, dass seine Ukulelen zum Ausleihen bereits im Orbit waren, noch lange bevor die „Bibliothek der Dinge“ an den Start ging. Inzwischen hat es sich vielleicht herumgesprochen, dass man in der Stadtbücherei nicht nur Bücher, sondern beispielsweise auch Mischpulte, Mikrophone oder Synthesizer kostenlos nach Hause mitnehmen kann. Die Ukulele übernahm hier quasi als „Ur-Ding“ wichtige Pionierarbeit und steht für eine große Lust an „neuen Medien“, einer konsequenten Orientierung an Kundenwünschen und

einem Bildungsbegriff, der sich ständig ausdehnt.

Die Angebote der Bücherei sollen nicht durch einen strengen Bildungskanon „erziehen“, sondern mit den richtigen „Spielsachen“ zu lebenslangem Lernen, Experimentieren und Freude an der Musik ermuntern. Wer im OPAC, der Medien-Suchmaschine der Stadtbücherei, nach „Ukulele“ sucht, erhält neben den aktuell drei Mini-Gitarren zahlreiche weitere Treffer: Songbücher, CDs, Kurse mit Video-Tutorials oder gar Spielfilme, in denen das Instrument eine kleine Nebenrolle hat. Sachbücher zeigen, dass sich Ukulelen zur Interpretation von Barockmusik oder als Banjo-Ersatz im Bereich Folk/Country eignen. Es gibt ein Ukulelen-Notenbuch nur für Billie-Eilish-Fans oder auch für alle, die schon jetzt Weihnachtslieder einstudieren wollen. Ratgeber informieren über die verschiedenen Stimmweisen des Instruments oder geben wertvolle Reparaturtipps. Man kann durch die Bücherei theoretisch und praktisch zum Ukulelen-Profi werden.

Dieses Suchergebnis belegt,

was die Bücherei heute alles leistet und wie sich die Philosophie des Hauses über die Jahrzehnte immer wieder verändert hat. 1937 noch am damaligen Theaterstandort gegründet, gab es immer wieder markante Einschnitte. So zum Beispiel 1969 als die „Phonothek“ eröffnete und man sich vom Personal plötzlich an drei Hörplätzen eine von zunächst 394 Schallplatten auflegen lassen konnte. Neben Beethoven erklangen hier auch die Beatles. Oder was könnte besser zu diesem Jahr passen als eine Schallplatte mit Tondokumenten von der ersten Mondlandung?

Heute ist das Vinyl, das zwar aktuell ein großes Revival erlebt, wieder aus der Abteilung verschwunden. CDs sind nun einmal viel pflegeleichter und die erfolgreichsten Tonträger müssen über die Jahre durchaus einiges aushalten. Auf stolze 479 Ausleihen kommt bislang Peter Gabriels Album „So“. Ein vielleicht unerwarteter Spitzenreiter und auch auf den nächsten Plätzen folgen mit Simon and Garfunkel (Filmmusik „The Graduate“), den Rolling Stones („Love you live“) oder Emerson, Lake & Palmer nicht unbedingt die üblichen Verdächtigen von Michael Jackson bis Herbert Grönemeyer. In der Rubrik Klassik gibt es mit Mozarts „Cosi fan tutte“ und Bachs „Violoncello-Suiten“ schon eher Favoritensiege.

Mit dem Siegeszug von Spotify und YouTube gingen die CD-Ausleihen zuletzt dramatisch zurück. 2004 war das erfolgreichste Jahr aller Zeiten. Damals wurden rund 9.000 Bücherei-CDs in Jahresfrist stolze 163.000 Mal ausgeliehen.

Im vergangenen Jahr wurden hingegen die aktuell rund 7.400 CDs nur noch 17.600 Mal verbucht. Sehr gefragt ist weiterhin die Rubrik „Preisgekrönt“, mit der sich die Stadtbücherei am „Preis der deutschen Schallplattenkritik“, „Opus Klassik“ oder hervorragenden Besprechungen in Zeitschriften orientiert und somit auch anspruchsvolle Werke und Interpretationen empfiehlt. Auch der gute alte BRAVO-Sampler ist in Zeiten von kostenlos verfügbaren Playlisten aber weiter sehr gefragt. Ullrich weiß viel über die Vorlieben seiner Kundschaft. Aus den Ausleihstatistiken lässt sich einiges ablesen, doch unverzichtbar ist natürlich insbesondere das persönliche Gespräch.

Nicht selten wird dem Diplom-Bibliothekar mit Zusatzausbildung zum Musikbibliothekar auf der Suche nach Noten oder CDs auch etwas vorgesungen oder vorgesummt. „Die Leute sind dann schwer beeindruckt, wenn ich aus dem Stegreif sagen kann ‚Jesus bleibet meine Freude – Bach Werke Verzeichnis 147!‘. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass fast immer die gleichen rund 20 Melodien vorgetragen werden. Diese hat man nach einigen Jahren dann natürlich drauf“, gibt sich der Musikexperte mit einem breiten persönlichen Interesse, von Bach über Jazz bis zu den griechischen Liedermachern, ganz bescheiden. Aus den persönlichen Begegnungen lernt er auch, die Verschlagwortung der Medien zu perfektionieren – dies sei das Herz jeder Bücherei. So gibt es beispielsweise auch die Suchkategorie „Hochzeit“, weil eben schon häufig nach passender Musik für Trauungen gefragt wurde und sich dieser Bezug meist nicht direkt aus einem Albumtitel ergibt. Und nicht jeder will CDs ausleihen, manche bringen auch CDs.



Die vielseitige und manchmal auch viersaitige Musikbücherei: Manfred Ullrich machte bereits 1979 ein Praktikum im Falkenhaus. Seit 1982 gehört der heutige Leiter der Abteilung fest zum Team und hat in dieser Zeit das weite Feld Musik immer wieder neu präsentiert.  
Bild: Georg Wagenbrenner

Die Bücherei hat einige langjährige Kooperationspartner, wie beispielsweise das Africa Festival, das über die Jahre die „Weltmusik“ in der Stadtbücherei mitgeprägt hat. Auch Würzburgs Musikschaffende bringen immer wieder ihre neuen Publikationen in der Musikbücherei vorbei.

### Potential der Digitalisierung

Und was war vor der Compact Disk und der Langspielplatte? Über Jahrzehnte waren dies Notenbücher. Allein die Gesamtausgabe Mozarts füllte in der Abteilung über Jahrzehnte zwei komplette Regalwände. Was schließlich ins Magazin wandert, ist selbstverständlich nicht verloren, sondern weiter in der Suchmaschine und so kann man auch seltene Schätze wie beispielsweise sämtliche Noten, die dem Falkenhaus vom Komponisten Berthold Hummel vermacht wurden, weiter studieren oder aus-

leihen. Doch es ist wie in der gesamten Innenstadt: nicht alle Waren werden in den Schaufenstern der 1A-Lage präsentiert – im Falkenhaus wäre dies der großzügige Marktbereich im Erdgeschoss mit Ausstellungen im monatlichen Wechsel. Neue Ware drängt ständig nach. Die Digitalisierung bietet laut Ullrich auch bei der chronischen Raumnöte der Stadtbücherei große Potentiale. Schon heute sieht man selbst in Konzertsälen auf den Notenständern immer häufiger Tablets. Dieser papierlose Trend dürfte sich weiter verstärken und auch die Musikbücherei in der Würzburger Stadtbücherei einmal mehr verändern; so wie eBooks und Tolino viele gedruckte Romane und Sachbücher ersetzt haben. Mit der Fortschreibung der Digitalisierung dürften weitere Regalmeter frei werden. Das Bibliotheks-Team wird sich auch für diese „unendlichen Weiten“ etwas einfallen lassen. □

### Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12, die am 20. Juni 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk
- Arbeitsplatz Kommune
- Wasser · Abwasser
- Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark

### Altersversorgung

[www.pluspunktrente.de](http://www.pluspunktrente.de)

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSÖRGUNG

### Brunnensanierung / Brunnenregenerierung



Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg  
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

### Energiedienstleistung



Abonnieren Sie unseren  
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:  
[www.gemeindezeitung.de/newsletter](http://www.gemeindezeitung.de/newsletter)

### Fahnenmasten / Fahnen

**FAHNEN  
KÖSSINGER**

Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling  
Tel. 09451 9313-0 • [www.fahnen-koessinger.de](http://www.fahnen-koessinger.de)

Länderfahnen  
Gemeindefahnen  
Maste  
Bekleidung  
uvm.

### Glasfaser / Glasfaserausbau

**GLASFASER**  
Schnell, Stabil, Zukunftssicher.



[www.telekom.de/glasfaser](http://www.telekom.de/glasfaser)

### Glasfaser / Glasfaserausbau

**UG  
G** UNSERE GRÜNE  
GLASFASER

## Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:



0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser  
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning  
[unseregrueneglasfaser.de](http://unseregrueneglasfaser.de)

### Kommunen kompetent erreichen:

[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

### Informationssicherheit und Datenschutz



[www.Mein-Datenschutzberater.de](http://www.Mein-Datenschutzberater.de)

DSGVO  
ext. DSB  
ext. ISB  
LSI-Siegel  
BSI Kommunal  
CISIS12  
Schulungen  
eLearning

### Kommunalberatung



Firmensitz Schwerin  
0385/30 31-251  
info@kubus-mv.de

[www.kubus-mv.de](http://www.kubus-mv.de)

Standort München  
089/44 235 40-00  
bayern@kubus-mv.de

### Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die  
kommunale Immobilienentwicklung

[www.bayerngrund.de](http://www.bayerngrund.de)



### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**MONIKA STEER**  
Telefon 08171.9307-12  
steer.monika@gemeindezeitung.de

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**THERESA VON HASSEL**  
Telefon 08171.9307-10  
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

### Kommunale IT

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

### Kommunalfahrzeuge

Eine komplette  
Produktpalette für  
effektive Räumarbeiten

**BUCHER  
municipal**

Driven by better

### Kommunalfahrzeuge



## Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, [www.beuthhauser.de](http://www.beuthhauser.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, [www.beuthhauser.de](http://www.beuthhauser.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

### Kommunalfinanzierung

### Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de)



### Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf  
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

[www.kfb-reuth.de](http://www.kfb-reuth.de)



### Teichrettung



WENIGER ALGEN.  
INTAKTE GEWÄSSER.  
WIR MACHEN DAS!

[WWW.MIKROBIOM-LAB.DE](http://WWW.MIKROBIOM-LAB.DE)

